

böll thema

26-1

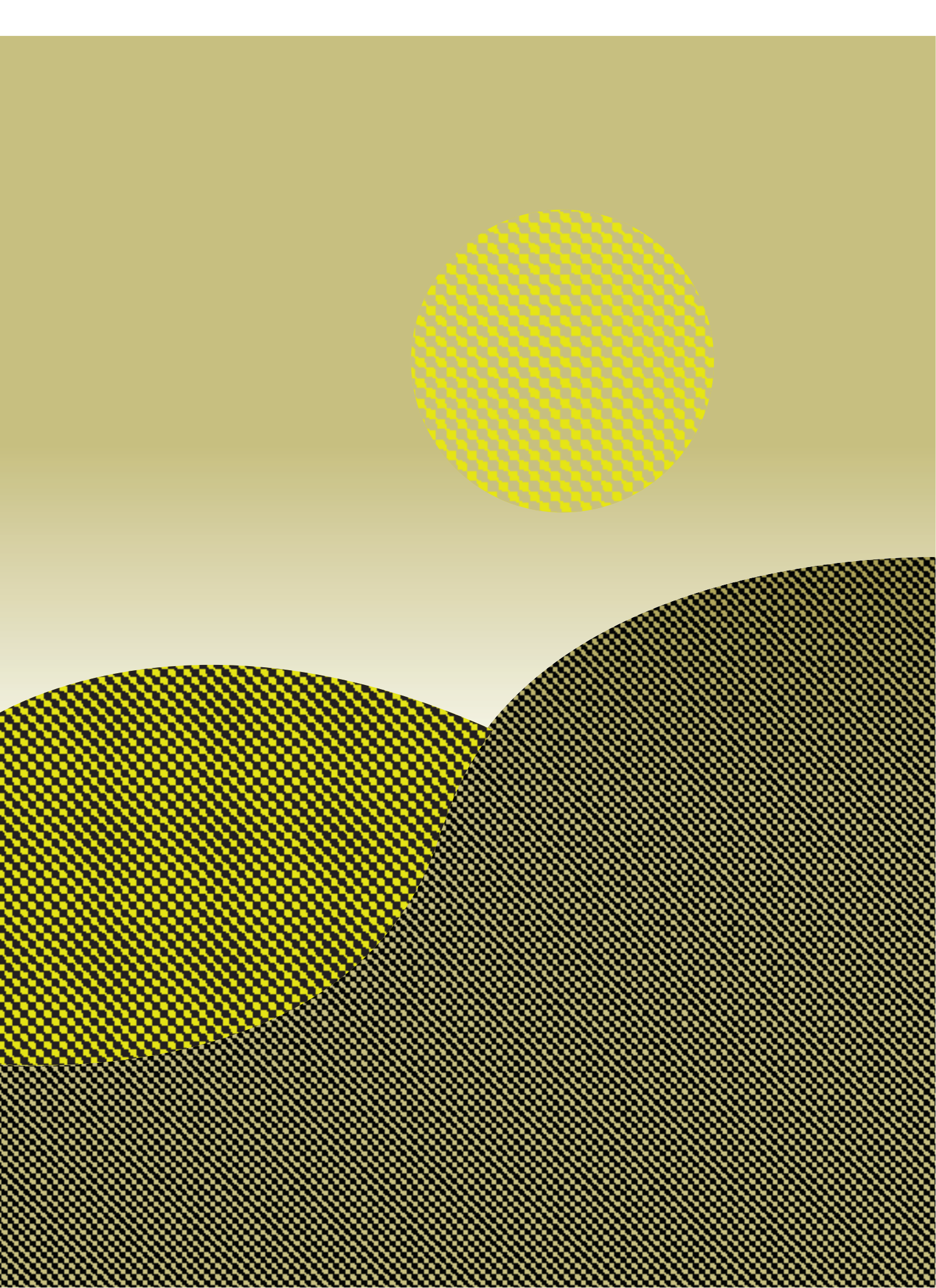
Auftrag: Joschka Fischer
und Franziska Brantner
über die Rolle der Grünen

Vertrauen: Rainer Forst und
Felix Banaszak über Freiheit,
Fairness und Fortschritt

Verantwortung: Bürgerinnen und
Bürger machen Staat



Wir, die Republik



Liebe Leserinnen und Leser,

viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Land blicken mit Sorge in die Zukunft. Die Krisen sind zu zahlreich, die Entwicklungen zu widersprüchlich und die Unsicherheiten zu groß. Rechtsextreme und autoritäre Kräfte gewinnen an Einfluss, während demokratisches Engagement unter Druck gerät – sei es durch Anfeindungen im Alltag oder durch gezielte Angriffe auf Institutionen. Gleichzeitig erleben viele Menschen ganz konkret, was strukturelle Krisen bedeuten: steigende Lebenshaltungskosten, wirtschaftliche Umbrüche und Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz. Hinzu kommen internationale Konflikte und eine geopolitische Lage, in der vertraute Gewissheiten brüchig geworden sind – nicht zuletzt eine entkernte transatlantische Partnerschaft mit den USA, deren demokratische Zukunft nach 250 Jahren auf der Kippe steht.

Zweifel, Frustration und Erschöpfung sind nachvollziehbare Reaktionen. Und doch wäre es ebenso verkürzt, daraus nur Ohnmacht abzuleiten. Denn gerade in dieser Situation zeigt sich, was Demokratie im Kern ausmacht: Sie ist kein statisches Gefüge, sondern ein offener Prozess. Einer, der davon lebt, dass wir uns einmischen, Position beziehen und Verantwortung übernehmen.

Wir sind ja nicht nur Betroffene der Geschichte, sondern auch ihre Mitgestalter:innen. Aus den Rechten, die uns die demokratische Ordnung garantiert, erwächst auch Mitverantwortung – nicht als Last, sondern als Chance. Die Möglichkeit, darüber zu streiten, wie wir leben wollen. Die Möglichkeit, unterschiedliche Perspektiven produktiv aufeinanderprallen zu lassen. Und die Möglichkeit, aus dieser Auseinandersetzung heraus gemeinsame Wege zu entwickeln.

Dieses Heft versteht sich als Beitrag zu diesem Prozess. Es betrachtet die Krisen unserer Zeit nicht nur als Bedrohung, sondern auch als Handlungsauftrag. Als Aufforderung, neu darüber nachzudenken, was unsere liberale Republik ausmacht, wie wir sie stärken und damit auch einen neuen Gemeinsinn entwickeln können und wie wir unsere Rolle in Europa und der Welt gestalten wollen. Die Beiträge versammeln unterschiedliche Stimmen und Ansätze, um den Raum möglicher Antworten sichtbar zu machen. Demokratischer Streit ist kein Zeichen von Schwäche, sondern Ausdruck von Lebendigkeit, solange wir uns als Teil eines gemeinsamen Projekts begreifen: einer vielfältigen, offenen und solidarischen Republik.

Lassen Sie uns diese Herausforderung gemeinsam annehmen! Es liegt an uns Bürgerinnen und Bürgern, zu neuer Kraft zu finden, um unsere Freiheit zu verteidigen und den Blick auf eine gute Zukunft zu richten. Denn die Republik, das sind wir alle.

Ihr Jan Philipp Albrecht



Jan Philipp Albrecht,
Vorstand der Heinrich-
Böll-Stiftung

Editorial

- 1 Von Jan Philipp Albrecht

Wo wir stehen

- 3 **Mehr Republik wagen!**
Warum es sich lohnt, die alte Idee der Republik neu zu entdecken.
Von Roman Schmidt

Dossier

- 7 **Die Republik in Zahlen**
Daten, Fakten und Befunde zur liberalen Demokratie und zu den Menschen, die sie in Beruf und Ehrenamt tragen.
Von Sebastian Bukow

Gespräch

- 14 **Gemeinsam bekommen wir es hin**
Ein Plädoyer für breite Bündnisse und mehr Präsenz vor Ort.
Im Gespräch:
Katharina Schulze und Jan Philipp Albrecht

Die neue Republik

Ein gemeinsamer Aufbruch

In Bildern

Porträtserie
»Die neue Republik«
Der Berliner Fotograf Christian Werner hat Menschen aus unterschiedlichen Berufen und Regionen porträtiert, die unsere Republik im Alltag tragen und prägen. Eine Auswahl der Serie zeigen wir in diesem Heft. Die Ausstellung ist ab dem 25. Juni in der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin zu sehen.

Das Große Interview I

- 16 »Das sind die Aufgaben unserer Zeit«
Was ist jetzt zu tun, Franziska Brantner und Joschka Fischer?
Interview: Peter Unfried

Der Blick nach außen

- 20 »A republic, if you can keep it.«
Im 250. Jubiläumsjahr der USA baut Präsident Trump die Republik in Richtung Autokratie um.
Von Seyla Benhabib

Das Große Interview II

- 22 »Freiheit und Fairness: Grundpfeiler einer Republik für alle?«
Rainer Forst und Felix Banaszak über Fortschrittvertrauen, soziale Gerechtigkeit und die Rolle des Staates.
Interview: böll.thema

Reportage

- 26 **Ein Tag in Deutschland – Bürger:innen machen Staat**
Vom Pumpwerk bis zur Bauaufsicht: Eine Reportage über Menschen, die den Staat am Laufen halten.
Von Jens Uthoff und Jonas Waack

Gespräch

- 32 **Im Namen des Volkes – so fern, so nah**
Eine Richterin und ein Laienrichter darüber, wie sich der Staat im Gerichtssaal anfühlt.
Moderation: David Muschenich

Thesen

- 38 **Das Ganze an einem Ort**
Plädoyer für eine republikanische Renaissance der Kommunen in zehn Punkten.
Von Katja Dörner und Peter Siller

Statement

- 41 **Demokratie beginnt am Empfangsschalter**
Die Kommunen werden als Schnittstellen zu den Bürger:innen zu wenig beachtet, analysiert Claudia Kalisch.
Von Claudia Kalisch

Protokoll

- 42 **Wenn aus Gemeinschaft Gesellschaft wird**
Vier Beispiele zeigen, wie Ehrenamt Zusammenhalt stiftet, Respekt fördert und eine Republik vor Ort mit Leben füllt.
Protokoll: Manuela Heim

Meinung

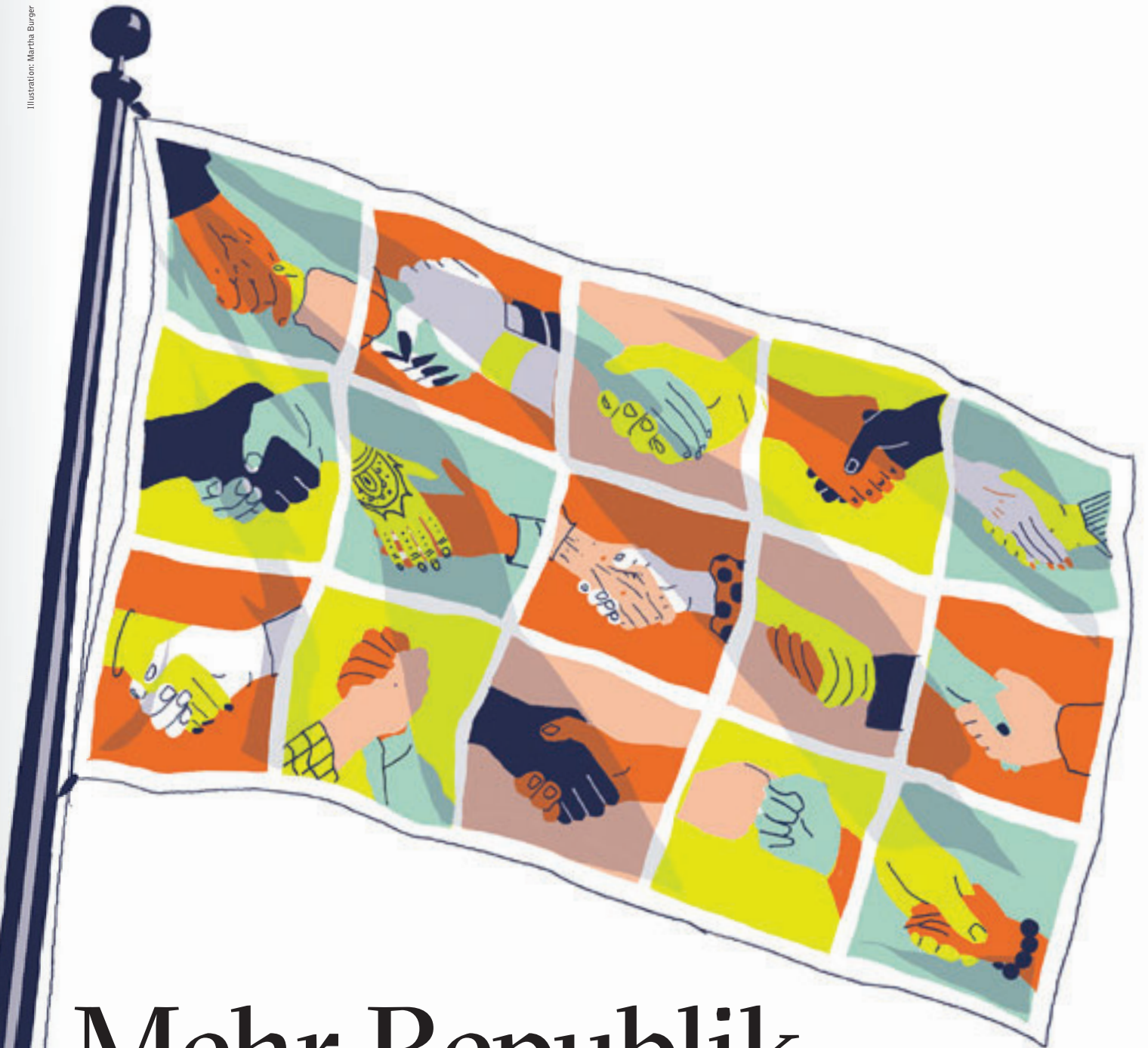
- 48 **Das Land lieben, die Menschen verteidigen, den Nachbarn beistehen**
Stephan Anpalagan verweigerte den Kriegsdienst. Heute setzt er sich für die Bundeswehr ein.
Von Stephan Anpalagan

Streitgespräch

- 50 **Brauchen wir eine neue Dienstpflicht?**
Wehrpflicht oder ein neuer Gesellschaftsdienst – wozu darf der Staat seine Bürgerinnen und Bürger verpflichten? Leon Eckert und Quentin Gärtner im Gespräch.
Moderation: Rabea Haß

Das letzte Wort

- 56 **Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Wirklich?**
Die Politikwissenschaftlerin Juliane Lang über die Rolle des Staates, sexualisierte Gewalt und Tradwives.
Von Juliane Lang



Mehr Republik wagen!

Zur Rolle von Mitte-Links für einen demokratischen Aufbruch, und warum es lohnt, sich dabei an die alte Idee der Republik zu erinnern, sie neu zu entdecken und mit Leben zu füllen.

Text: Roman Schmidt

Bürger sind Erwachsene und haben einen Anspruch darauf, als solche behandelt zu werden.

Jürgen Habermas, 2020

Die Welt ordnet sich neu. Demokratien stehen im Wettbewerb mit autokratischen Gesellschaftsmodellen. Die transatlantische Sicherheitsarchitektur, auf die sich Europa jahrzehntelang verlassen und seinen Frieden gründen konnte, zerfällt. Und auch im Inneren unseres Kontinents erleben wir, wie das Vertrauen in demokratische Institutionen erodiert und das Misstrauen von politischen Unternehmern erfolgreich bewirtschaftet wird. Kluges Krisenhandeln ist deshalb entscheidend – wem es abgeht, wirkt seltsam aus der Zeit gefallen. Doch selbst das beste Handwerk kann den Auftrag an die politischen Grundströmungen nicht ersetzen, sich in der neuen Zeit auch neu zu orientieren. Das heißt, sich zu verständigen, was die eigenen Grundwerte in der Übersetzung auf unsere veränderte Gegenwart bedeuten – und welche Rolle sich daraus für das Handeln im demokratischen Wettbewerb ergibt.

Die Herausforderung ist mit Begriffen wie »Zeitenwende« und »multipolare Weltordnung« benannt worden. Schwerer fällt es, sie ernsthaft zum Ausgangspunkt politischer Strategiebildung zu machen, insbesondere auch für Mitte-Links. Sicher: Es gibt berechtigte Gründe für Zurückhaltung und Skepsis. Etwa die Sorge, die große Errungenschaft einer postheroischen deutschen Gesellschaft könnte mitabgewickelt werden. Doch es hilft nichts: Wie gut wir uns im globalen Konflikt um Macht und Werte behaupten, wird maßgeblich darüber entscheiden, wie frei wir in Zukunft leben werden. Es wäre töricht von Mitte-Links, diese existenzielle Bewährungsprobe nicht auch als die eigene zu begreifen. Denn wir haben keine andere Republik in der Hinterhand.

Abwendung und Zuwendung

Laut einer repräsentativen Umfrage der Körber-Stiftung von 2025 haben nurmehr 45 Prozent der Befragten in Deutschland großes oder sehr großes Vertrauen in die Demokratie (Demokratie in der Krise, Umfrage 2025). Auch der Demokratiemonitor 2025 der Bertelsmann-Stiftung diagnostiziert sozial gespaltene Wahlbeteiligung,

Abwendung von demokratischer Politik und Legitimationsdefizite fast aller ihrer Institutionen. Während die Ansprüche vieler Bürger:innen an die Politik und den Staat steigen, sinkt das Vertrauen in unser politisches System und seine Leistungsfähigkeit.

Zugleich zeigt etwa die Forschung von More in Common (vgl. Dossier »Die Republik in Zahlen«, in diesem Heft), dass die große Mehrheit der Menschen durchaus eine tiefe Verbindung zu ihrem Land empfindet: 83 Prozent mögen Deutschland und sind froh, hier zu leben, 72 Prozent fühlen sich persönlich mit dem Land verbunden, darunter auch eine große Mehrheit der Befragten mit Einwanderungsgeschichte. Gleichzeitig wünschen sich 77 Prozent eine verbindliche Debatte darüber, wie wir zusammenleben wollen. Derzeit erleben viele Menschen Deutschland in einem »Noch-Modus« (More in Common): Seine von vielen geschätzten Langzeitstärken wie Leistungsfähigkeit, Solidität und demokratische Handlungsfähigkeit stehen unter Druck. Gute öffentliche Infrastrukturen – von Schulen über Schienen bis zum Katastrophenschutz – sind nicht bloß ein wirtschaftlicher Faktor, sondern ein sichtbares Versprechen der Republik an ihre Bürger:innen. Das Land hat zu lange von der Substanz gezehrt, zu wenig in die Zukunft investiert, und die Deutschen empfinden die Lage als eine Kränkung ihres in Infrastrukturpatriotismus sublimierten Nationalstolzes. Man sieht es ja am Beispiel der Bahn, und in der Tat: So kann es nicht weitergehen.

Warum »Lieferten« nicht reicht

Eine häufig formulierte Antwort lautet deshalb: Ihr müsst besser abliefern! Und wer könnte dagegen etwas einwenden. Infrastrukturinvestitionen, Entbürokratisierung, ein gut funktionierender und handlungsfähiger Staat – all das ist notwendig und der Handlungsbedarf in der überbürokratisierten Bundesrepublik immens. Dank der »Initiative für einen handlungsfähigen Staat«, aber auch von Netzwerken wie Re:Form und NEXt liegen nun sehr konkrete Vorschläge

für Reformprogramme auf dem Tisch. Demokratisch legitimierte Entscheidungen müssen in einem nachvollziehbaren Zeitraum und in wiedererkennbarer Form umgesetzt werden können. Das schließt auch den selbstkritischen Umgang mit progressiven Errungenschaften ein, etwa jenen umfangreichen Einspruchsrechten, mit deren Hilfe politische Entscheidungen inzwischen von allen Seiten systematisch beklagt werden. Hier haben die US-amerikanischen Autoren Ezra Klein und Derek Thompson mit ihrer »Abundance-Agenda« eine wichtige transatlantische Debatte im politischen Betrieb angestoßen.

Doch wer die aus verschiedenen Gründen wieder gewachsene Staatsbedürftigkeit in der Bevölkerung allein mit staatlichem »Lieferten« beantworten will, macht einen doppelten Fehler. Erstens entpolitisiert eine reine Output-Orientierung das Verhältnis zwischen Staat und Bürger:innen. Sie verlagert die Verantwortung für die Erneuerung des gesellschaftlichen Wohlstands allein auf staatliche Institutionen und entlässt sowohl die Wirtschaft als auch die Bürger:innen aus ihrer Verantwortung. Das kann schon nominell nicht aufgehen: In Deutschland werden etwa 85 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Investitionen privatwirtschaftlich getätigt – ohne die Einsicht und das Mittun von Unternehmen und Bürger:innen in ihrer doppelten Rolle als Wirtschaftsbürger und Staatsbürger wird keine Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft gelingen. Es werden vielmehr Erwartungen geweckt, die der Staat selbst in Friedenszeiten ohne zunehmenden Personalangel und ohne erhebliche Transformationsanforderungen kaum erfüllen könnte. In der aktuellen Situation wird die Devise »Leben Sie, wir kümmern uns um den Rest« vollends zum gefährlichen Kurzfristkalkül. Vertrauensaufbau setzt Ehrlichkeit voraus.

Zweitens fehlt dem »Lieferten«-Ansatz eine überzeugende, Orientierung und Perspektive vermittelnde Sinnstruktur. Indem er die Bürger:innen systematisch als Kund:innen, also als Konsumierende von Angeboten und Leistungen, adressiert, verkennt er den Bedarf nach Sinnstiftung, Teilhabe und demokratischer Selbstwirksamkeit, gerade in Krisenzeiten. Eine outputorientierte Staatsreform ist unbedingt notwendig. Aber sie ist nicht hinreichend, um als demokratische Gesellschaft materiell wie ideell in der neuen Zeit bestehen zu können.

Mehr Republik wagen?

Warum nun könnte es für Mitte-Links lohnen, sich in dieser Situation an die alte Idee der Republik zu erinnern, sie neu zu entdecken und mit Leben zu füllen? Was wäre damit gemeint und was durch eine stärker republikanische Orientierung zu gewinnen?

Das Republikanische ist ein schillerndes Begriffsfeld, das in verschiedenen politischen Kulturen und Epochen ganz Unterschiedliches bedeutet. So wegweisend sein ideengeschichtliches Erbe seit der bürgerrepublikanischen Selbstermächtigung gegen Despotie und Fremdherrschaft war, so disparat ist seine politische Gegenwart: In den USA ist es von einer Partei besetzt, deren aktuelle Politik mit der republikanischen Tradition überhaupt nicht übereinzubringen ist; in Frankreich transportiert es staatsbürgerliche Emphase (»Die Kinder der Republik«) – und wiederholte Enttäuschung; und die Bundesrepublik trägt es zwar im Namen, doch ideengeschichtlich fristet die Republik insbesondere auf der Linken ein Nischendasein. Zuletzt haben sich hierzu-lande vor allem sehr konservative Kreise darum bemüht, sie als Projekt der Rechten zu reklamieren (die Älteren erinnern sich zudem noch an die rechtsextreme Kleinpartei Die Republikaner). Zugegeben: Keine sonderlich vielversprechende Ausgangslage – und doch lohnt es, das Republikanische inhaltlich zurückzugewinnen und in mancher Hinsicht überhaupt erst für Mitte-Links in Deutschland zu entdecken.

Die zwei Säulen: Freiheit und Bürger:innen-Power

Denn im Kern bezeichnet der Republikanismus eine so einfache wie anspruchsvolle wie unbedingt zeitgenössische Idee: Er ist eine politische Philosophie der Freiheit, die die Bürger:innen als soziale Wesen begreift und ernst nimmt. Deshalb betont er die umfangreichen sozialen, kulturellen und infrastrukturellen Voraussetzungen von

Freiheit. Der politische Philosoph Philip Pettit hat dafür den Ausdruck von »Freiheit als Nicht-Beherrschung« (*non-dominatio*) geprägt: Es geht nicht einfach darum, als einzelner Mensch vom Staat in Ruhe gelassen zu werden, sondern um den strukturellen Schutz aller Bürger:innen gegen Willkür – durch gute Gesetze, leistungsfähige Institutionen und eine funktionierende öffentliche Ordnung. Freiheit verwirklicht sich nicht nur gegen den Staat, sondern auch durch den Staat. Ideengeschichtlich eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber doch eine wichtige, die beim libertären Liberalismus und seinen autoritären Freunden in Vergessenheit geraten ist.

Der moderne Republikanismus ist also keineswegs ein Gegenprojekt zur liberalen Demokratie, wie der Ideenhistoriker Felix Heidenreich etwa in seinem Buch »Demokratie unter Druck: Ein Republikanismus der Nachhaltigkeit« (2026) betont. Man sollte vielmehr – mit ihm und im Anschluss an den Sozialphilosophen Axel Honneth – ruhig von einem *liberalen Republikanismus* sprechen, denn es geht um eine republikanische Perspektive *innerhalb* der »strukturell-liberalen Ordnung« (Heidenreich) der liberalen Demokratie und ihren Prinzipien wie Gewaltenteilung, Grundrechten, Minderheitenschutz. Auf der Innenseite dieses gemeinsamen Rahmens ermöglicht die republikanische Perspektive dann Akzentverschiebungen zugunsten von politischen Entscheidungen, die nicht-liberale Maßnahmen (*Policies*) einschließen können. Aktuell betrifft das zum Beispiel die Frage einer geschlechter- und generationengerechten Ausgestaltung von verpflichtenden Gesellschaftsdiensten, etwa nach dem Vorbild des finnischen Gesamtverteidigungsansatzes. Aber auch die Plattform- und Social-Media-Regulierung ist eine republikanische Machtfrage ersten Ranges, denn der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit durch Desinformation, algorithmische Polarisierung und die Konzentration von

Kommunikationsmacht in wenigen privaten Händen untergräbt den gemeinsamen öffentlichen Raum, in dem demokratische Aushandlung stattfindet.

Der republikanische Freiheitsbegriff liegt damit eigensinnig quer zu den vertrauten politischen Zuordnungen von rechts und links (und auch zu den Flügeln innerhalb der grünen Strömung). Er steht einem abwehrrechtlichen Rechtsstaatsliberalismus ebenso entgegen wie einem neoliberalen Minimalstaatsverständnis – aber auch dem Full-Service-Wohlfahrtsstaat, der »liefert« und »umbaut«, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger damit etwas zu schaffen hätten.

Das führt auf die zweite und für die gegenwärtige politische Situation vielleicht entscheidende Dimension republikanischer Politik: die zentrale Rolle der Bürger:innen selbst – »Bürger:innen-Power«. Bürgerschaftliche Einbeziehung meint dabei, erstens, die ernsthafte Ansprache der Bevölkerung in ihrer Rolle als Bürger:innen (*citoyens*), denen zugemutet und zugetraut wird, die öffentlichen Fragen als ihre eigene Sache zu erleben. Damit ist ein anderes Bild von bürgerschaftlichem Selbstverständnis aufgerufen als in klassischen Beteiligungskonzepten: allgemeinpolitischer, in der Regel weniger zeitintensiv und weniger isoliert von der alltäglichen Lebenswelt, vor allem der des Arbeitsplatzes, denn wir Bürger:innen sind ein »arbeitender Souverän« (Axel Honneth, 2023). Das Bedürfnis danach, in diesem selbstverständlicheren und politischeren Sinne als Bürger:innen angesprochen und ernst genommen zu werden, ist da: 83 Prozent der von More in Common Befragten geben an, sich gegenwärtig regelmäßig Gedanken darüber zu machen, wie sich das Land entwickeln soll (MiC, Gemeinsame Zukunft, 2025). Zweitens braucht es eine damit verbundene Politik des öffentlichen Raums, die die Begegnung von Menschen auch jenseits des Arbeitsplatzes über die

»Der Republikanismus ist eine politische Philosophie der Freiheit, die die Bürger:innen als soziale Wesen begreift und ernst nimmt.«

»Wir brauchen jetzt eine neue Verständigung darüber, was uns verbindet und wofür wir bereit sind, uns gemeinsam einzusetzen.«

Grenzen ihrer Milieus hinweg konsequent stärkt. Das betrifft die sogenannten »Dritten Orte« im weiten Sinne, von beiläufigen Begegnungen im ÖPNV, im Gym und in der Bar bis hin zur Vereinsarbeit. Und, drittens, umfasst »Bürger:innen-Power« die Bereitschaft, offen über Pflichten gegenüber der Gesellschaft zu sprechen – nicht als autoritäre Geste, sondern im Sinne einer Beweislastumkehr zugunsten des Mittuns. Ein zu selten diskutierter Aspekt eines verpflichtenden und entlohnten Republikdienstes in Blaulichtorganisationen, bei der Bundeswehr oder im zivilen Bereich ist, dass er gerade weniger Privilegierte vom Rechtfertigungs- und Abwägungsdruck entlastet, dem freiwillige Formen von Engagement wie etwa der Bundesfreiwilligendienst und Ehrenämter immer unterliegen.

Nur etwa ein Viertel der Bürger:innen steht Veränderungen grundsätzlich kritisch gegenüber (Deutschland-Monitor 2025). Menschen nehmen Zumutungen in Kauf, wenn es dabei fair zugeht und klar ist, was das gemeinsame Ziel ist. Von wo, wenn nicht von Mitte-Links, sollen die dafür nötigen Impulse kommen? Gerade die bündnisgrüne Strömung hat eine lange Tradition, auf Bürger-Sinn und Bürgerinnen-Stolz zu setzen, insbesondere in lokalen Kontexten, und dabei auf die nötigen Rahmenbedingungen zu pochen – und loszulegen, ohne ihre Erfüllung abzuwarten. An diese wichtigen Ressourcen aus der Zeit der sozialen Bewegungen der BRD – und in anderer Form der Bürgerbewegung in der DDR – lässt sich anknüpfen, um sie als Beitrag von Mitte-Links in ein breiteres republikanisches Bündnis einfließen zu lassen.

Dafür braucht es allerdings die Entscheidung, sich aufs Spielfeld zu stellen und nicht von der Seitenlinie aus einen Abgesang auf die Bundesrepublik anzustimmen. Die demokratischen Nationalstaaten bleiben, ob man es nun begrüßt oder nicht, bis auf Weiteres die wichtigsten politischen Arenen in Europa – auch wenn unsere

Republiken rechtlich wie auch vom Selbstverständnis her längst tiefgreifend von der Europäischen Union und der gemeinsamen europäischen Identität durchwirkt sind. Zugleich muss sich ein so verstandenes Bekenntnis zur Bundesrepublik aller restaurativen und nostalgischen Untertöne entledigen und seinen Ausgangspunkt in der gewachsenen Vielfalt unserer Herkunft, Erfahrungen und Lebensentwürfe nehmen.

Die neue Republik: ein gemeinsamer Aufbruch

Die »Bonner Republik« ist Geschichte, die DDR ohnehin. Aber auch die Zeit der »Berliner Republik« und die sie begleitende liberale Hegemonie sind sichtbar an ihr Ende gekommen. Wir leben in einer Zeit des Übergangs und der Bewährung, bei der es darauf ankommt, die liberale Ordnung unserer Republik zu schützen und ihren bürgerschaftlichen Kern zu erneuern.

Dabei werden Impulse aus Berlin nur bedingt weiterhelfen. Der Bund kann aber viel dafür tun – und manches unterlassen –, um gute Rahmenbedingungen zu setzen, gerade auch für mehr Gestaltungskraft vor Ort. Er kann einer modernen, gut funktionierenden und diskriminierungsfreien Staatlichkeit den Weg bereiten. Er kann für mehr Fairness und Teilhabe sorgen und dem demokratiegefährdenden Ausmaß an Ungleichheit deutlich entschiedener entgegenreten als bisher. Immer mit dem Ziel, dass wir als demokratische Gesellschaft wieder besser auf der Höhe unserer eigentlich beträchtlichen Möglichkeiten handeln können. Dazu möchten wir mit dem »Republik-Projekt« der Heinrich-Böll-Stiftung in den kommenden Jahren einen Beitrag leisten.

Wir brauchen jetzt eine neue Verständigung darüber, was uns verbindet und wofür wir bereit sind, uns gemeinsam einzusetzen. Die Verfassung setzt den bewährten Rahmen, aber eine Republik zeichnet sich dadurch aus, dass ihr Leitkonsens von den

Bürger:innen selbst verhandelt und angeeignet wird. Er ist nichts Kulturelles, Gegebenes und Unveränderliches, sondern er muss im demokratischen Prozess hergestellt und auch erneuert werden. Das gilt nicht zuletzt im Hinblick auf die Einwanderungsrepublik.

In Deutschland leben Millionen von Menschen, die in der wachsenden Zahl der globalen Konflikte durch familiäre oder freundschaftliche Beziehungen »skin in the game« haben. Wir müssen lernen, mit den daraus resultierenden Konflikten grundrechtsklar und empathisch umzugehen. Der Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen der Diskriminierung ist kein Zugeständnis an bestimmte Gruppen in der Gesellschaft, sondern die selbstverständliche Grundlage des republikanischen Versprechens. Es geht darum, gemeinsam zu werden, wer wir sind.

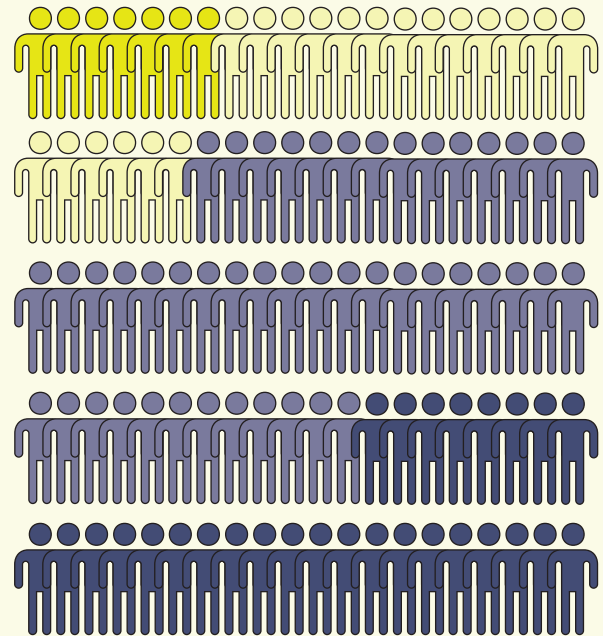
Es gibt durchaus ermutigende Zeichen, die auf langsame mentalitätsgeschichtliche Veränderungen im Sinne eines modernen Republikverständnisses hinweisen. So sehen im bis zum Jahr 2000 ausschließlich blutsrechtlich geprägten Deutschland inzwischen immerhin 72 Prozent das »Deutschsein« als erwerbbar an, auch für Menschen, die nicht in Deutschland geboren wurden. Der Aussage, dass die Einwanderung der sogenannten »Gastarbeiter« Deutschland zu einem besseren Ort gemacht hat, stehen heute 58 Prozent positiv und weitere 24 Prozent neutral gegenüber (MiC, Identität(en), 2025). Vor die Wahl gestellt, wem sie die Geschehnisse ihres taumelnden ökonomischen Powerhouses anvertrauen, haben sich die Baden-Württemberger:innen kürzlich für Cem Özdemir entschieden. Wer hätte das gedacht.

Dr. Roman Schmidt ist Leiter der Programmlinie Demokratie und Gesellschaft im Bereich Inland der Heinrich-Böll-Stiftung.

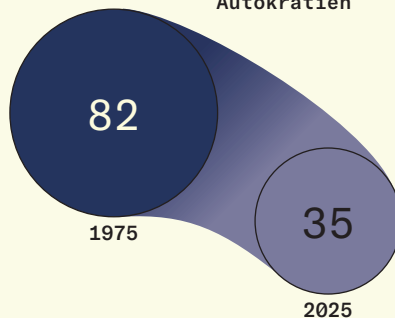
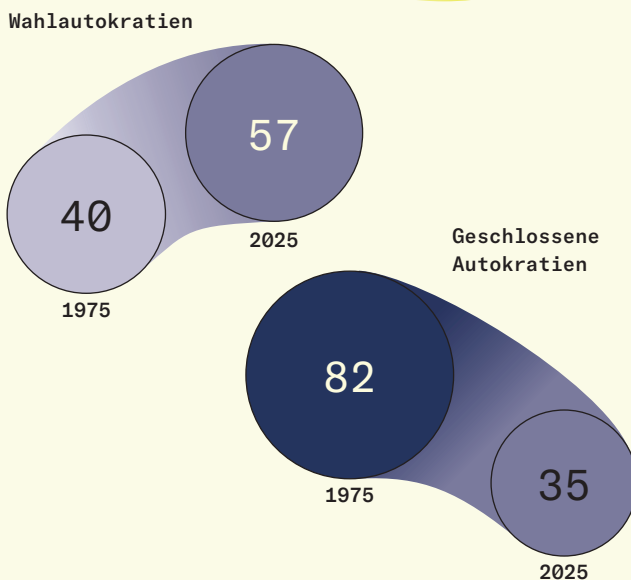
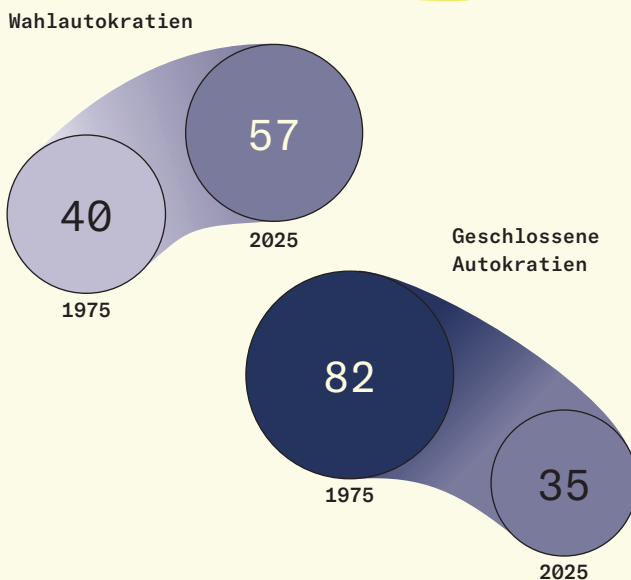
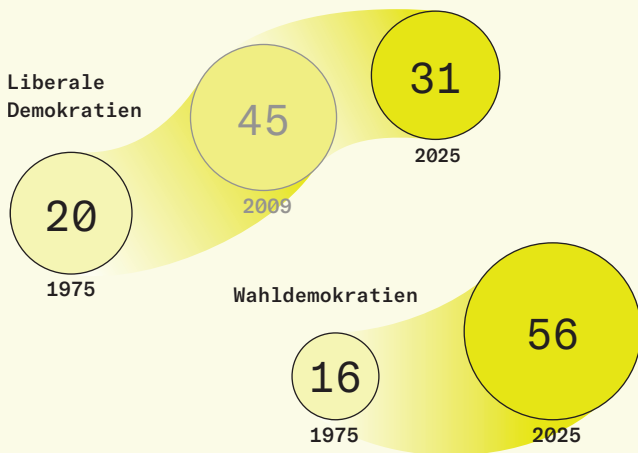
Die Republik in Zahlen

Text: Sebastian Bukow

Im Alltag scheint oft selbstverständlich, was eigentlich bemerkenswert ist: dass wir seit Jahrzehnten in stabilen demokratischen Verhältnissen leben. In einem Staat, der von seinen Bürger:innen selbst getragen und gestaltet wird und der mittlerweile weitreichende Freiheits- und Gleichheitsrechte garantiert. In einer Republik, die vielfältiger, aber auch kontroverser geworden ist. In der aber zugleich Gemeinsamkeiten Identität stiften. Doch die Republik steht unter Druck, sie muss von den Bürger:innen selbst erneuert und zukunftsfest gemacht werden.



Anteil der Weltbevölkerung nach Regimetypen:
Nur 7 Prozent der Menschen weltweit leben 2025 in liberalen Demokratien.



Demokratie weltweit unter Druck

Die Welt ist demokratischer als vor 50 Jahren. Immer wieder gehen Länder den Schritt in die Demokratie oder redemokratisieren sich nach einer autokratischen Phase. Aber: Autokratisierung prägt die Gegenwart, die Zahl der Demokratien ist wieder rückläufig. 2009 gab es mit 45 »liberalen Demokratien« die historisch höchste Anzahl, nun sind es noch 31: Die aktuelle »dritte Welle der Autokratisierung« erfasst viele Demokratien, aus »liberalen Demokratien« werden »Wahldemokratien«. Das heißt, dass jenseits von Wahlen zentrale liberal-demokratische Elemente eingerissen werden: Eine wirksame Kontrolle der Exekutive, eine starke Rechtsstaatlichkeit und gleiche Bürgerrechte brechen weg, die Demokratiequalität sinkt. Besonders drastisch in Ausmaß und Geschwindigkeit ist dieser Rückbau in den USA. Immer deutlicher wird: Die liberal-demokratische Republik ist keineswegs selbstverständlich.

»Mit seinen Eichen, seinen Linden, werd ich es immer wiederfinden.«

Die Identität der Deutschen ist kompliziert, dies kommt schon in Heinrich Heines Gedicht »Denk ich an Deutschland« zum Ausdruck. Gerade heute, im Lichte einer wechselhaften Geschichte und einer veränderten Gesellschaft, wird wieder diskutiert: Wer sind wir, was eint und was unterscheidet uns? Einen wichtigen Beitrag zu dieser Debatte liefert die Studie »Deutsche Identität(en)«, die More in Common im Sommer 2025 erhoben hat. Ausgewählte Ergebnisse zeigen verbindende Motive und Ansätze zu der Frage, welche Gesellschaft wir sein wollen.

»Wo es ums nationale Selbstverständnis geht, kommt die Bundesrepublik meist verhaltener daher als manch andere westliche Demokratie. Zugleich fühlen sich die meisten hierzulande Deutschland verbunden. Stabile Demokratie, Leistungsstärke und sozialer Ausgleich sind nur drei der Motive, die Menschen für die Zukunft ihrer Republik wichtig sind.«

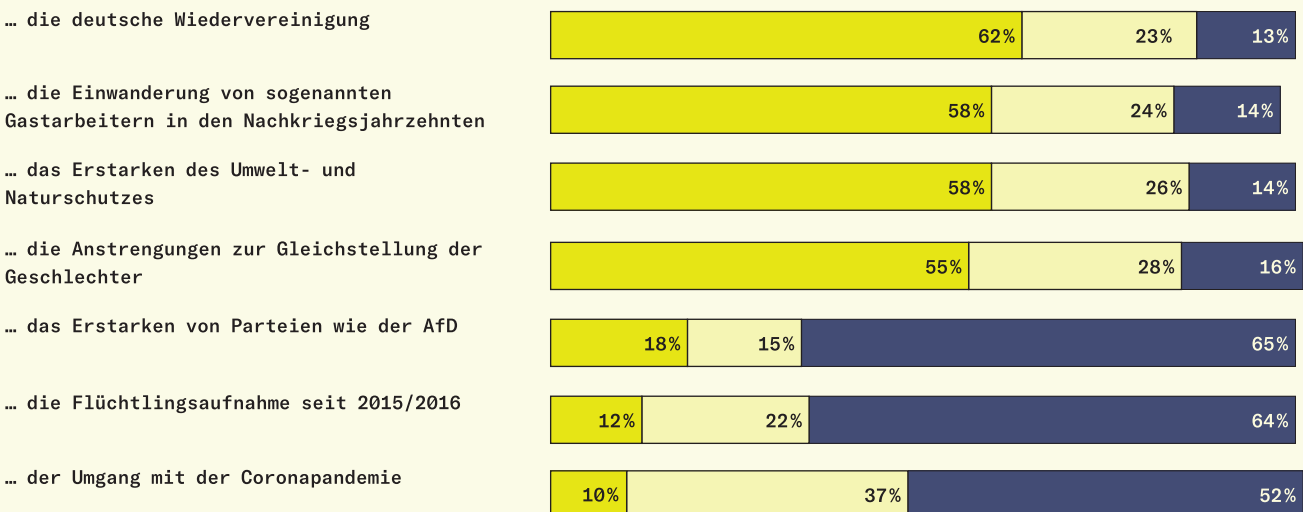
Jérémie Gagné, Lead Forschung, More in Common

»In vielen Köpfen hierzulande existiert das Idealbild Deutschlands als eines besonders soliden und verlässlichen Landes. Dazu gehört mehr als nur starke Wirtschaft und intakte Infrastruktur – dazu gehört gerade auch das bürger-schaftliche Engagement seiner Menschen. Eine lebendige Zivilgesellschaft und eine bewährte demokratische Kultur prägen unser Land. All dies ist das große Potenzial unserer Republik.«

Katarina Peranić, Geschäftsführerin, More in Common

Was Deutschland besser macht: Akzeptanz braucht Debatte – und Zeit

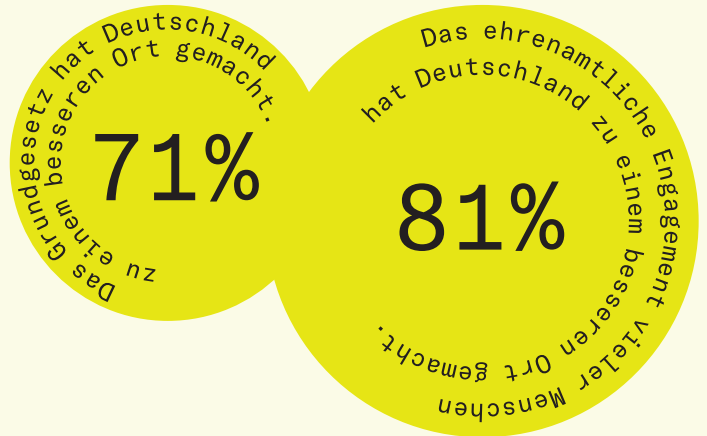
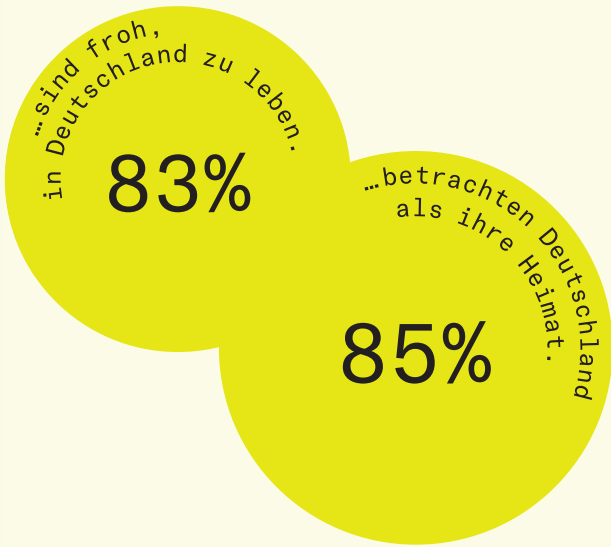
■ hat Deutschland besser gemacht
■ weder/noch
■ hat Deutschland schlechter gemacht



Haben die folgenden Entwicklungen Deutschland Ihrer Meinung nach bislang alles in allem zu einem besseren oder schlechteren Ort gemacht? Abweichungen von 100 Prozent: keine Angabe/weiß nicht; Werte gerundet.

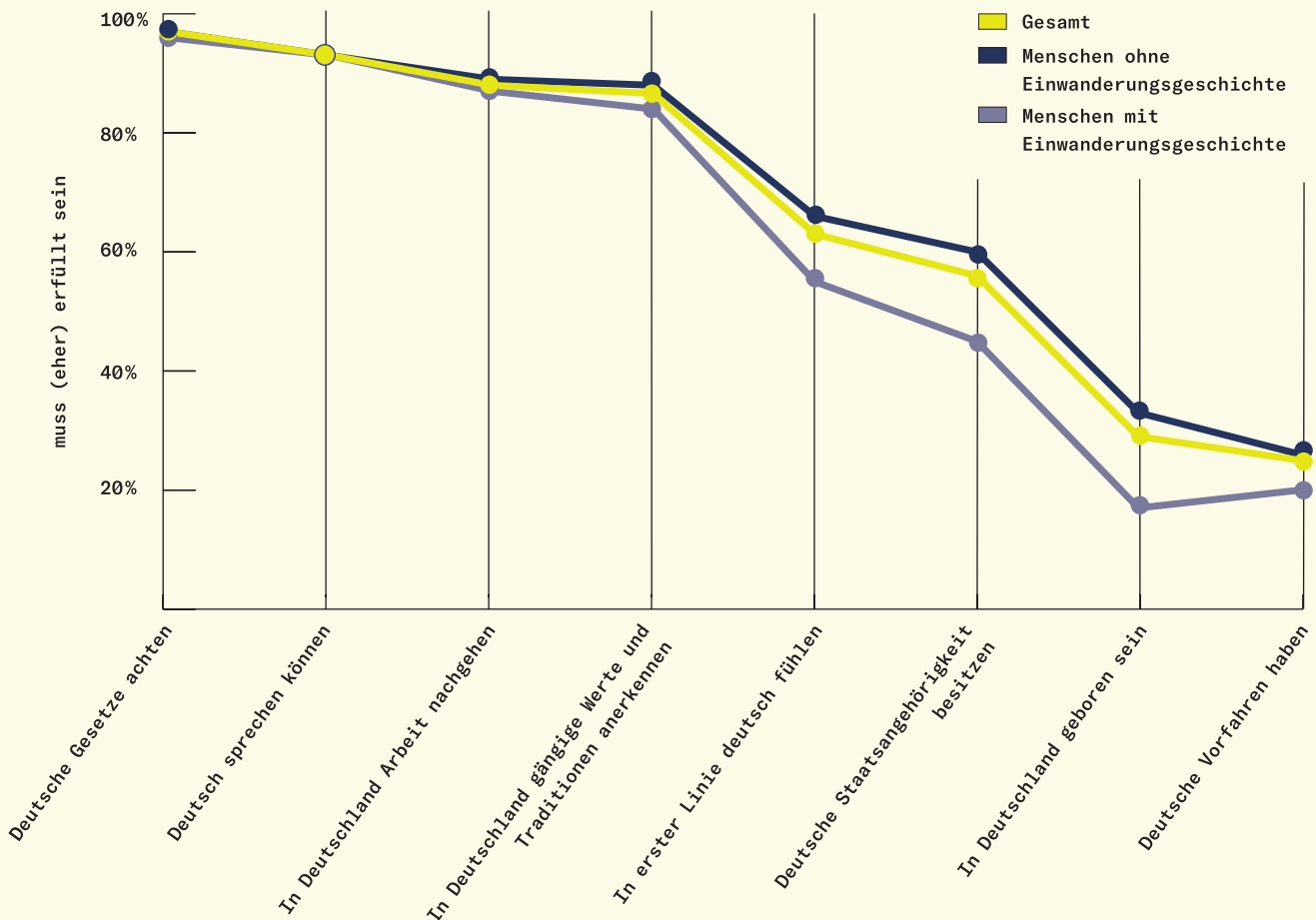
► Zum Weiterlesen

More in Common ist eine internationale gemeinnützige Organisation, die sich für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts einsetzt.
www.moreincommon.de



Quelle: More in Common, 2025: Deutsche Identität(en)?
 Wer wir als Gesellschaft sein wollen

Wer gehört dazu? Beitrag und Selbstverständnis, nicht Geburt und Vorfahren entscheiden

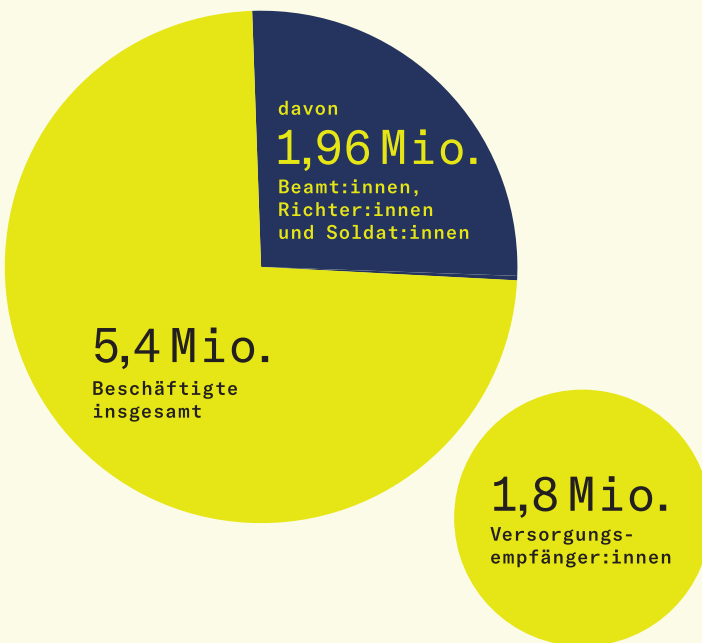


In welchem Maße müssen die folgenden Bedingungen Ihrer Meinung nach erfüllt sein, damit jemand zur deutschen Gesellschaft gehört? Items zu Darstellungszwecken leicht textlich gerafft.

Die Republik, von den Bürger:innen getragen

Der öffentliche Sektor ist entscheidend für einen funktionierenden Staat. Zivilgesellschaftliches Engagement trägt die Gesellschaft, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und erhöht die individuelle Lebensqualität. Es gibt aber auch ein wachsendes Problem mit der »dunklen Seite« der Zivilgesellschaft, in der sich antidemokratische Kräfte vernetzen und organisieren.

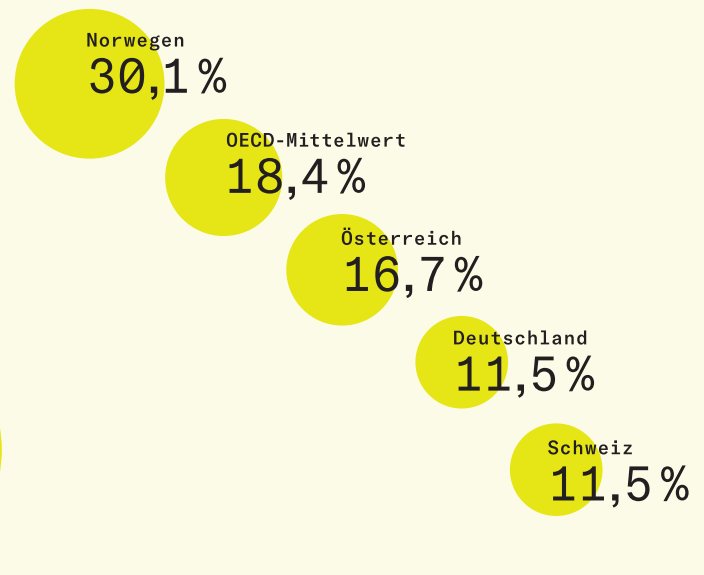
Beschäftigte und Versorgungsempfänger:innen des öffentlichen Dienstes



Beschäftigte nach der Art des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses (Stand: 06.2024) sowie Versorgungsempfänger:innen (Stand: 01.2025)

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2026

Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Sektor (2023)



Die Länder unterscheiden sich nicht nur darin, wie ausgeprägt der staatliche Sektor ist, sondern auch, wie er aufgestellt ist. In Deutschland sind viele Bereiche privatwirtschaftlich organisiert und daher hier nicht erfasst.

Quelle: OECD, 2025: Government at a Glance

Weniger Beamte, mehr Angestellte wagen

Über 5 Millionen Menschen in Deutschland arbeiten im Staatsdienst, ganz überwiegend auf Landes- und Kommunalebene. Ein im OECD-Vergleich niedriger Anteil, wobei in Deutschland viele öffentliche Aufgaben an privatrechtlich organisierte Unternehmen ausgelagert und damit hier nicht erfasst sind. Rund ein Drittel der Beschäftigten sind Beamte, die – in der preußisch-deutschen Tradition – in einem besonderen öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen. So sollen Beamte die hoheitlichen Aufgaben in besonderer Verlässlichkeit erfüllen.

Ein Knackpunkt ist dabei nicht die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, sondern der hohe Anteil an Beamt:innen außerhalb der Kernaufgaben. Die Folgen: einerseits Ungleichheiten im Vergleich mit Angestellten, etwa durch lebenslange Absicherung, durch am Alleinverdienermodell orientierte höhere Bezüge

und Versorgungsansprüche oder die Befreiung vom sozialstaatlichen Sicherungssystem. Andererseits hohe Kosten und Zukunftslasten. Schon heute liegen die Ausgaben für Pensionen und Hinterbliebenenversorgung bei über 65 Milliarden Euro jährlich (ca. 1,5 Prozent des BIP). Und: Spezifische gesellschaftliche Gruppen, etwa Personen mit Migrationsgeschichte, sind im öffentlichen Dienst weiterhin unterrepräsentiert.

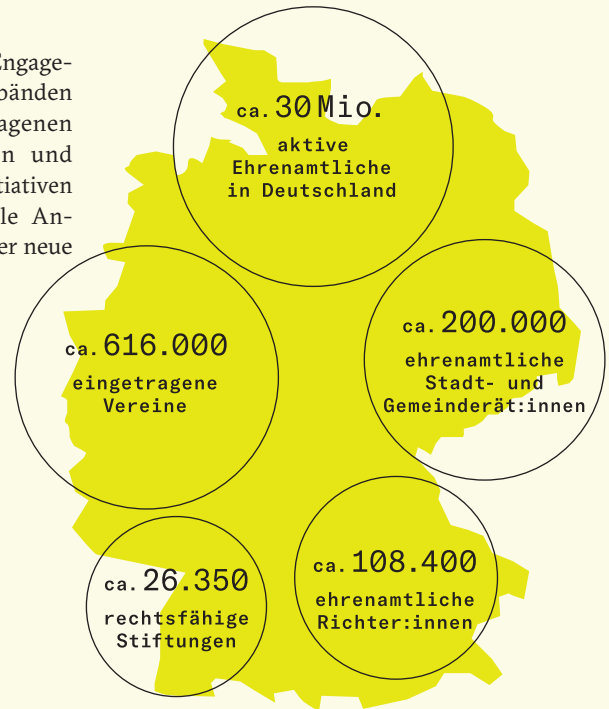
Das aktuelle System ist auf Dauer nach Experteneinschätzung nicht finanzierbar. Gerade weil der öffentliche Dienst systemrelevant ist, ist der Reformbedarf groß: Kosten und Ungerechtigkeiten prägen die Republik für Jahrzehnte und gefährden die Akzeptanz eines starken öffentlichen Sektors. Während in Deutschland Reformen bislang gescheitert sind, sind sie in der Schweiz und in Österreich gelungen.

Die engagierte Republik

Engagement verbindet. Das Engagement im Land ist weiterhin hoch. Fast 37 Prozent der Wohnbevölkerung Deutschlands ab 14 Jahren haben sich in den letzten 12 Monaten ehrenamtlich engagiert. Ehrenamtlich heißt: Das Engagement muss aktiv, unentgeltlich, öffentlich, gemeinschaftlich und gemeinwohlorientiert sein. Also zum Wohle anderer, nicht nur zum eigenen Vergnügen. Quasi gelebter Republikanismus.

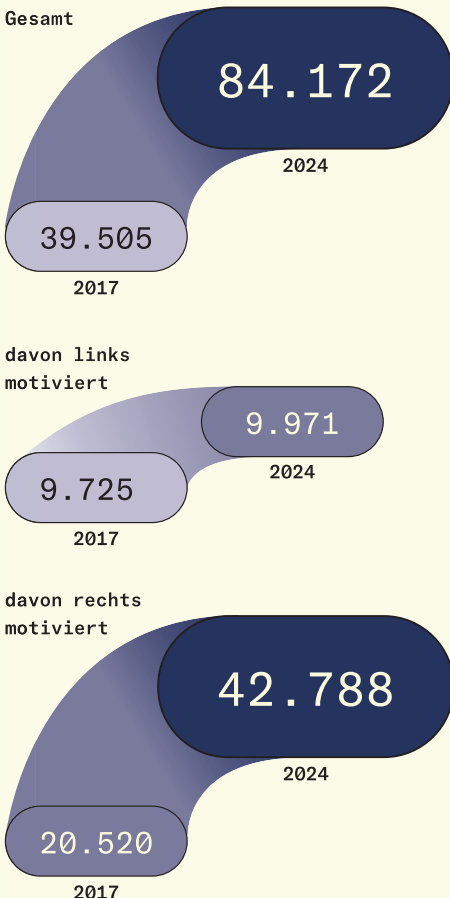
Bemerkenswert: Zeitaufwand und Häufigkeit des Engagements sind zuletzt gestiegen. Das Engagement ist in den jüngeren Altersgruppen am höchsten, Frauen und Männer sind gleichermaßen engagiert. Bei Personen mit Migrationshintergrund und mit eigener Zuwanderungserfahrung ist das Engagement gegen den allgemeinen Trend zuletzt angestiegen. Und: Gerade bei jungen Menschen (14 bis 29 Jahre) besteht bei zwei von drei der aktuell Nicht-Engagierten die Bereitschaft, sich künftig freiwillig zu engagieren.

Generell gilt: Über die Hälfte des Engagements findet in Vereinen und Verbänden statt. Mit über 600.000 eingetragenen Vereinen, über 26.000 Stiftungen und unzähligen nicht eingetragenen Initiativen bieten sich für alle Interessen viele Angebote – zudem werden immer wieder neue Vereine und Initiativen geschaffen.



Quellen: Freiwilligensurvey 2024; Sozialbericht 2024; Bundesverband Deutscher Stiftungen; Körber-Stiftung; Bundesamt für Justiz

Politisch motivierte Kriminalität in Deutschland



Quelle: Bundesministerium des Innern/Bundeskriminalamt, 2025: Fact Sheet Bundesweite Fallzahlen 2024 – Politisch motivierte Kriminalität

Die dunkle Seite der Zivilgesellschaft

Die Vereinslandschaft in Deutschland ist regional, vielfältig und von eher kleinen Vereinen geprägt. Vereine bringen Bürger:innen zusammen und stärken Gemeinschaft vor Ort. Sie setzen sich zunehmend auch für politische Belange ein, um über die Organisationsgrenzen hinaus zu wirken. Sie sind ein Aktivposten der demokratischen Gesellschaft. Zunehmend entstehen aber auch Vereinigungen, die sich gegen die Demokratie richten. Diese »dunkle Seite« der Zivilgesellschaft, vorrangig am rechten und rechtsextremen Rand, hat den Nutzen von Vereinen, Nachbarschaftsinitiativen, Dorfkneipen und lokalen Projekten erkannt. Ob Sportverein, Kultur- oder Musikszene, die Strategie ist klar: Niederschwellige Angebote führen dazu, dass antidemokratisches Gedankengut an Akzeptanz gewinnt. Sie tragen dieses in die gesellschaftliche Mitte, schaffen neue Zugänge und stärken rechte Netzwerke.

Dazu kommt: Prodemokratische Akteur:innen werden zunehmend zum Feindbild erklärt. Sie werden aktiv eingeschüchtert und geraten unter politischen Druck von rechts und aus der demokratischen Mitte. Wenn etwa Förderprogramme wie »Demokratie Leben!«, vor über zehn Jahren unter Angela Merkel eingeführt, kurzfristig hinterfragt und Förderungen gestrichen werden, wird deutlich: Ein falsch verstandenes Neutralitätsgebot im Zuge eines Kulturkampfes der rechten Mitte

verschärft den Druck, wie jüngst das Vorgehen gegen HateAid oder die Amadeu Antonio Stiftung zeigt. In Zeiten, in denen politisch motivierte Kriminalität von rechts massiv zunimmt, ist das eine echte Gefahr für die Republik.

Sebastian Bukow ist Politikforscher in der Heinrich-Böll-Stiftung und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Trier, seine Forschung adressiert vorrangig das Themenfeld Parteien, Demokratie und Gesellschaft sowie politische Kommunikation.

► Zum Weiterlesen

Amadeu Antonio Stiftung (2026), Feindbild Zivilgesellschaft: Sicherheitsreport zu Angriffen auf Demokratieprojekte, www.amadeu-antonio-stiftung.de

Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzbericht 2024, www.verfassungsschutz.de

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (Becker et al.; 2021): Rechte Einflussnahmen und Übergriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft: Phänomene, Bedarfe und Reaktionen, www.iss-ffm.de/publikationen

Viktoria

- 1 Was machen Sie? Ich bin Stewardess bei der Deutschen Bahn.
- 2 Was ist Ihnen wichtig im Leben? Abgesehen von meiner bezaubernden Familie: meine Arbeit! Das Wohlbefinden und die Wertschätzung unserer Gäste und meines Arbeitgebers erfüllen mich jeden Tag aufs Neue und sind zugleich die beste Motivation meines Lebens.
- 3 Was verbinden Sie mit Deutschland? »Das Land der Dichter und Denker.« Ich verbinde mit Deutschland eine zutiefste Dankbarkeit, weil meine Familie vor langer Zeit in so ein privilegiertes Land immigrieren musste/wollte.



Die
neue

Republik

Porträtserie von
Christian Werner



Manjang

- 1 Was machen Sie? Ich bin Pfleger, und die Arbeit gefällt mir sehr.
- 2 Was ist Ihnen wichtig im Leben? Gesundheit und Seelenfrieden: Ich habe gelernt, dass ich niemandem helfen kann, wenn ich nicht auf mein eigenes körperliches und seelisches Wohlbefinden achte.
- 3 Was verbinden Sie mit Deutschland? Pünktlichkeit und Direktheit: Ich finde, die Deutschen sind sehr direkt, und sonntags ist es sehr ruhig.

Gemeinsam bekommen wir es hin

Im Gespräch: Katharina Schulze
und Jan Philipp Albrecht

Die Republik verändert sich, und die Grünen müssen sich noch weiter öffnen: Katharina Schulze und Jan Philipp Albrecht plädieren für breite Bündnisse, mehr Präsenz vor Ort und Räume, in denen Menschen sich einbringen können.

Jan Philipp Albrecht: Wenn ich mir die Entwicklung im Land anschau, sehe, wie Grüne zuletzt auch wieder Wahlen gewonnen haben, etwa in Baden-Württemberg oder München –, dann fällt mir auf, dass die Vielfalt an Biografien, Alter und sexueller Orientierung in politischen Ämtern zunimmt. Bald könnte dann auch endlich eine Frau Bundespräsidentin oder auch bayerische Ministerpräsidentin werden, beides wäre ja überfällig. Wie siehst du das: Ist Vielfalt im Amt heute schon die neue Normalität, ist die Vielfalt in der Demokratie angekommen?

Katharina Schulze: Ich würde sagen: Wir sind auf dem Weg – aber noch nicht am Ziel. Es ist ermutigend, zu sehen, dass Menschen zunehmend Persönlichkeiten wählen, die für etwas stehen: für Erfahrung, Haltung und konkrete Ideen. Und ja, die Vielfalt unserer Gesellschaft findet langsam ihren Weg in Parlamente und Regierungen. Aber solange wir Vielfalt noch extra erwähnen müssen, ist sie noch keine Selbstverständlichkeit. Genau daran müssen wir weiter arbeiten. Und ich finde, gerade wir Grüne zeigen: Vielfalt ist kein Risiko – sie ist eine demokratische Stärke.

Albrecht: Ja, wenn ich auf die Grünen, aber auch auf die anderen Parteien blicke, habe ich schon den Eindruck, dass sie sich mit einer Vielfalt im Nahbereich noch schwertun. Vielfalt im Allgemeinen gerne, aber im Konkreten dann vielleicht doch noch nicht, könnte man sagen. Hier prägt eine sozialstrukturell und gesellschaftskulturell homogene Gruppe das parteiliche Selbstverständnis. Und wenn grüne Politik dann breite gesellschaftliche Mehrheiten überzeugt, dann haben manche Sorge, dass dieser Erfolg die eigene politische Identität beschädigen könnte. Heißt: Auch wenn das Verlangen der Menschen nach einer starken, breit aufgestellten politischen Kraft Mitte-Links sicher da ist, gilt es offenbar noch Überzeugungsarbeit zu leisten. Wie findet die Partei den Mut dafür, das ganze Land, die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite in den Blick zu nehmen und Vielfalt auch bei sich selbst zu begrüßen?

Schulze: Dieser Mut entsteht, wenn wir begreifen: Unsere Stärke liegt gerade darin, unterschiedliche Menschen für gemeinsame Werte zu gewinnen. Unsere Tradition

zeigt doch: Grüne Politik war immer dann besonders wirksam, wenn sie Bündnisse geschmiedet hat. Breite Allianzen sind kein Verrat am grünen Kern – sie sind seine konsequente Weiterentwicklung und führen dazu, dass wir unsere Ideen umsetzen können. Und das ist doch unser Anspruch! Das gelingt uns in der Praxis auch immer wieder, auch in Bayern, wo wir ja noch in der Opposition sind. Ich denke dabei an unsere erfolgreichen Bürger- und Volksentscheide, wie z.B. »Rettet die Bienen«, das erfolgreichste Volksbegehren in Bayern für mehr Artenschutz.

Albrecht: Jetzt müssen wir allerdings berücksichtigen, wie stark die globalen Ereignisse die Menschen verunsichern. Das spüren wir ja selbst alle am eigenen Leib, das verfolgen wir aber auch in der Stiftung, im Inland und in unseren Büros weltweit, sehr genau, die Unsicherheit ist überall, die Zuversicht schwindet. Umso wichtiger, die Arbeit und Gemeinschaft vor Ort zu stärken. Es geht um Initiativen in Nachbarschaftszentren, Vereinen, Bibliotheken, Jugendhäusern oder direkt auf Plätzen und Straßen. Also genau dort, wo die Folgen politischer

Entscheidungen spürbar werden, etwa bei steigenden Mieten, bröckelnder Infrastruktur oder fehlenden Begegnungsräumen.

Schulze: Genau, und gleichzeitig müssen wir diese lokalen Aktivitäten immer in Verbindung mit einem größeren Zielbild bringen. Es geht um mehr als nur Engagement, es geht auch um eine gemeinsam getragene Republik als Schutzraum, als Handlungsraum der Bürgerinnen und Bürger. Der entscheidende Punkt ist: Menschen müssen wieder erleben, dass ihr Engagement einen Unterschied macht – für sich selbst und für die Gemeinschaft.

Albrecht: Das ist zentral, das mit der Selbstwirksamkeit. Dazu gehört aber auch, dass wir unser Land modernisieren müssen, und das an vielen Stellen zugleich. Das kann nicht »die Politik« zentral steuern und alleine umsetzen. Große Veränderungen wie die Energie- und Wärmewende sind immer auch Gesellschaftsprojekte, und die sind nur zu stemmen, wenn viele das mittragen. Ob uns allen diese Modernisierung gelingt, wird sehr davon abhängen, wie wir den Gedanken einer Republik-Erneuerung mit Leben und Leidenschaft füllen. Dabei geht es uns um eine liberale, vielfältige Demokratie. Aber statt die eigene Individualität in Abgrenzung zur Gemeinschaft zu sehen, müssen wir sie endlich wieder in Zuwendung zu ihr verstehen.

Schulze: Und genau dafür müssen wir den Republik-Gedanken ausbuchstabieren und konkret machen. Das beginnt im Alltag: mit Werkstätten, offenen Treffen, Initiativen in Stadtteilen oder Genossenschaften – überall dort, wo Menschen mitmachen, sich einbringen und mitentscheiden können. Entscheidend ist, dass die Menschen merken: Ich weiß, was ich konkret tun kann. Und ich bin damit nicht allein. Zusammen bekommen wir es hin, das ist ganz wichtig.

Albrecht: Da kann ich dir nur zustimmen. Konkret heißt das aber für uns als politische Strömung auch, die Arbeit im Wahlkreis, bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, wieder höher zu gewichten als die Verbändearbeit in der Hauptstadt. Und dass wir Menschen mit Lebensgeschichten außerhalb der Politik stärker einbinden müssen. Und es wird sicher auch heißen, die Kunst des Kompromisses zu üben, anstelle einer reinen Lehre. So entsteht mehr direkte Verbindung

»Menschen müssen erleben, dass ihr Engagement einen Unterschied macht – für sich selbst und für die Gemeinschaft.«

zwischen lokalem Tun und gesellschaftlicher Veränderung: Menschen erleben, dass ihr Engagement Teil eines größeren Ganzen ist – und dass kollektive Selbstwirksamkeit real und erfahrbar wird.

Schulze: Genau, diesen republikanischen Geist brauchen wir auch im politischen Wettbewerb der demokratischen Parteien untereinander. Kooperation ist die stärkste Antwort auf diejenigen, die spalten und verunsichern. Die demokratische Mitte hat mehr Gemeinsamkeiten, als sie sich oft eingesteht. Unser Ziel muss sein: diese gemeinsame Basis größer zu machen – nicht kleiner. Das erwarten übrigens auch die Menschen von uns. Sie wollen Lösungen für die Probleme und nicht einen Wettbewerb, wer schuld daran ist, warum wieder irgendetwas nicht funktioniert.

Albrecht: Wir wissen beide: Klingt einfach, ist aber sehr anspruchsvoll. Dafür braucht es mehr, auch interne Räume zum strategischen Austausch, zur gegenseitigen Information, zur Rollenklärung und zur kooperativen Erarbeitung von gemeinsamen Antworten progressiver Kräfte von Links bis in die Mitte hinein. Um das zu erreichen, dürfen wir nicht mehr vor dem nächsten Zielkonflikt zurückschrecken, sondern müssen Ort und Akteur für die Aushandlung neuer Kompromisse sein. Es gilt, das Gemeinsame zu verhandeln, auszutariieren und dann aber auch mit Gestaltfreude umzusetzen!

Katharina Schulze ist seit 2013 Mitglied des Bayerischen Landtags und vertritt als direkt gewählte Abgeordnete den Wahlkreis München-Milbertshofen. Als Fraktionsvorsitzende der Grünen-Fraktion ist sie zugleich die demokratische Oppositionsführerin im Landtag.

Jan Philipp Albrecht ist Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Zuvor war er als Landesminister in Schleswig-Holstein (2018-2022) und Abgeordneter im Europäischen Parlament (2009-2018) für Bündnis 90/Die Grünen aktiv.

16

Das Große Interview I

»Das sind die Aufgaben unserer Zeit«



▲ Franziska Brantner
▶ Joschka Fischer

Interview: Peter Unfried

Was ist jetzt zu tun, Franziska Brantner und Joschka Fischer?
Die Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen und der erste
grüne Vizekanzler über die Lage der Nation.

Peter Unfried: Herr Fischer, Sie entwickeln in Ihrem neuen Buch »Wer sind wir?« eine überarbeitete Identität der Bundesdeutschen. Verteidigungsfähig, machtpolitikfähig, führungsfähig, entschlossen europäisch. Wie soll sich das denn real vollziehen?

Joschka Fischer: Das ist eine Frage, die Sie nicht an mich stellen dürfen. Ich bin gerade 78 geworden.

Darf ich trotzdem noch mal fragen, oder soll ich gleich an Frau Brantner weitergeben?

Joschka Fischer: Wenn die Europäer sich jetzt nicht zusammenfinden, dann werden wir Spielball globaler Großmächte. Die EU hat aus meiner Sicht wichtige Aufgaben, nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, sondern auch im Technologie- und Handelsbereich. Aber wir müssen uns von den Vorstellungen lösen, denen auch ich lange angehangen habe: dass sozusagen organisch aus den Nationalstaaten ein gesamt-europäischer Staat wird. Das sehe ich nicht mehr. Wir müssen von den Nationalstaaten ausgehen, vor allem in der Verteidigung. Den Aufbau einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft wird die EU nicht leisten können, denn dafür ist sie nicht gebaut. Wir brauchen dazu auch Großbritannien und Norwegen, und innerhalb der EU läuft es daher auf Deutschland und Frankreich hinaus.

Franziska Brantner: Du nennst es Verteidigungsgemeinschaft, ich nenne es immer Verteidigungsgemeinschaft, aber das ist ja gehüpft wie gesprungen, wie man bei uns sagt. Ohne die Briten wird es nicht klappen, und wenn du Glück hast, macht Norwegen noch mit, vielleicht sogar die Türkei und Kanada. Wir Grüne hatten ja lange diesen Gedanken: alles nur in der EU, alle 27 immer zusammen und alles nur im Rahmen dieser Verträge. Mit anderen zusammen ist es mir gelungen, diese Position zu ändern, denn das wird so nicht funktionieren.

Fischer: Allerdings müssen wir als Deutsche, als Land in der Mitte Europas, ein Prinzip beherzigen: Nie mehr allein!

Brantner: Das steht für mich außer Frage: Nie wieder allein. Über mich wird ja gern gesagt, dass ich manchmal eher französisch denken würde als deutsch, aber natürlich geht es nur deutsch-französisch. Ich versuche das immer, dem Herrn Merz schmackhaft zu machen, indem ich sage, mach deine Adenauer.

Was heißt das?

Brantner: Er bezieht sich ja immer auf Adenauer. Aber er macht ja leider keine



Fischer: Das »potenziell« kannst du ruhig streichen.

Brantner: Das »potenziell« streiche ich. Aber darf ich dir mal eine Frage stellen? Weil ich es in deinem Buch sehr spannend fand, wie du auch dieses Deutsch-Französische betont hast. Die französischen Außenminister damals, Védrine und de Villepin, waren ja auch nicht deine besten Freunde, aber ihr habt ja trotzdem immer etwas hingekriegt. Wie?

Fischer: Ich bin gerne bereit, das zu beantworten, aber nicht in Anwesenheit Dritter und am Mikrofon. Grundsätzlich begreifen die Franzosen uns als schwierigen Partner, was wir ohne jeden Zweifel sind, und wir sie, was ohne jeden Zweifel auch richtig ist. Ich denke, die Anerkennung der Unterschiede und der unterschiedlichen Stärken, der kulturellen Differenzen und die Übertragung ins Politische, auch was die Rolle der Nation anbetrifft, sind Voraussetzungen für die Zusammenarbeit.

Brantner: Das Wissen um die Differenzen ist extrem wichtig. Wenn man, zum Beispiel, im Rahmen einer Verteidigungsunion auch über nukleare Teilhabe sprechen würde, dann kommt in der deutschen Debatte immer die Frage: Und was machst du, wenn Le Pen Präsidentin wird? Oder Bardella Präsident? Gemeint ist: Das geht nicht, denn die werden uns im Zweifel nicht verteidigen.

Worauf wollen Sie hinaus?

Brantner: Das Interessante ist, dass es in Frankreich als viel realistischer gilt, dass bei uns die Nazis wieder regieren, als dass bei ihnen Bardella Präsident wird. Ich erinnere auch dran, dass Frau Le Pen die EU-Fraktion der AfD für zu rechtsradikal hält.

Fischer: Die deutsch-französische Erbfeindschaft gründet in der Zeit der nationalen Konfrontation. Das sehe ich mit einer gewissen Sorge. Der deutsche Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus ist nicht vergleichbar mit dem Rechtsextremismus in anderen Ländern.

Adenauer-Politik im europäischen Sinne. Das Deutsch-Französische war, ehrlich gesagt, auch unter der Ampel nicht besonders gut. Selbst ich hatte gehofft, dass Merz das besser hinbekommt als Olaf Scholz.

Fischer: Im Gegenteil.

Brantner: Im Gegenteil. Etwas Gemeinsames hinzubekommen, auch in der Rüstung, ist aber überlebenswichtig in diesen Zeiten, wo die Amerikaner nicht nur sagen, wir sind nicht mehr für Europa da, sondern potenziell gegen Europa.

Inwiefern?

Fischer: Ganz einfach. Die Franzosen hatten ihren De Gaulle, wir hatten unseren Hitler. Das ist der Unterschied.

Die deutsche Demokratisierungs- und Zivilisierungsgeschichte nach 1945 ist aller Ehren wert.

Brantner: Aber, Herr Unfried, ich finde, man darf nicht unterschätzen, wie dünn diese Ebene der Zivilisierung in unseren Nachbarländern wahrgenommen wird. Mit welcher Sorge nicht nur in Frankreich, sondern auch in Polen auf die AfD geschaut wird. Und mit welcher Sorge auf die ziemlich deutsche Wiederaufrüstung Deutschlands vor dem Hintergrund des Rückzugs der Amerikaner aus Europa. Vielleicht sollten wir das zumindest mal zur Kenntnis nehmen.

Fischer: Das heißt, für unsere Nachbarn kommt ein wesentlicher Teil der Geschichte zurück. Und daher stellt sich mir die Frage: Würden wir heute mit der AfD nochmals einen Zwei-plus-Vier-Vertrag bekommen ...

... mit dem die endgültige innere und äußere Souveränität des vereinten Deutschlands hergestellt wurde.

Fischer: Ich meine nein.

Brantner: Ich glaube auch nicht.

Fischer: Ich halte es für einen großen Fehler, dass die Parteien der demokratischen Mitte diese historische Debatte nicht führen. Die AfD ist ein historisches Problem. Es geht um Deutschland, seine Geschichte, sein Rolle in Europa, sein Selbstverständnis – europäisch oder national, kurzum unsere Identität. Die ökonomischen Probleme tragen dazu bei. Aber das zentrale Problem ist ein historisches. Sie wollen zurück zu einem anderen Deutschland. Sie wollen hinter Adenauer zurück. Wir müssen die notwendige Sensibilität im Umgang mit unseren Nachbarn entwickeln, und die sehe ich eben nur sehr eingeschränkt.

Ich sehe eher, dass unsere kulturelle und verdienstvolle Sensibilität nun dazu führt, dass wir nicht bereit sind für bestimmte unangenehme Dinge, die jetzt notwendig sind.

Fischer: Zum Beispiel?

Knallharte Machtpolitik zur Verteidigung unserer liberal-emanzipatorischen Errungenschaften. Mehr Fischer!

Fischer: Ach, was. Die Grünen haben in der ganzen Ukraine-Krise eine sehr realistische, werte- und auch machtbasierte Position. Das ist eine große Leistung, die ich der Partei nicht zugetraut

hätte. Nachdem wir 2005 Rot-Grün beendet hatten, dachte ich, jetzt geht es zurück zu den pazifistischen Illusionen.

Brantner: Ich erhebe ebenfalls Einspruch. Die Ukraine hast du erwähnt, Joschka. Ich habe die drei Jahre, die ich im Wirtschaftsministerium war, intensiv an Rohstoffunabhängigkeit gearbeitet. Das ist eine der hauptsächlichsten Sicherheitsfragen unserer Zeit, ob wir souverän existieren können oder nicht. Wenn es dann auch um Rohstoff-Recycling ging, da wurde ich teilweise ausgelacht, als Öko-Frau. Da habe ich gesagt, Leute, hier geht es nicht um Öko, sondern Hardcore um Unabhängigkeit von China. Das ist nur ein Beispiel. Als wir gesagt haben, wir brauchen 5 Prozent des BIP für Verteidigung, wurden wir von der CDU dafür angegangen. Nachher haben sie sich mit unserer Hilfe ein unbegrenztes Verteidigungs-Budget gegeben. Also, es gibt viele Vorwürfe, die man uns machen kann. Aber dass wir nicht bereit seien, die notwendigen unangenehmen Dinge zu tun, das finde ich nicht zutreffend.

Fischer: Überhaupt nicht. Ich stimme dir hundertprozentig zu.

Vielleicht darf man bei all der Begeisterung daran erinnern, dass die Grünen die Bundestagswahl 2025 krachend verloren haben und abgewählt wurden.

Fischer: Na ja, das Debakel der Grünen bei der Bundestagswahl war ja nicht nur das Ergebnis, sondern es war ein inhaltliches. Sie haben die riesige Chance verspielt, das ureigenste grüne Thema mehrheitsfähig zu machen. Aber nun bieten sich unerwartet wieder zwei große Chancen.

Jetzt bin ich gespannt.

Fischer: Erstens: Der Sieg bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg. Das war eine beeindruckende Aufholjagd von Cem Özdemir. Zweitens: Der Sieg bei der OB-Wahl in München. Das hat auch eine enorme Strahlkraft, die ich nicht unterschätzen würde. Und ich bin kein Experte mehr in grünen Dingen.

Worin besteht die Chance?

Fischer: Wenn die Grünen die Situation ernst nehmen, in der sich das Land und der Kontinent befindet, mit dem neuen Nationalismus, dann müssen sie jetzt erwachsen werden. Und erwachsen heißt: Mehrheitsfähig. Das Ziel muss sein, grüne Themen mehrheitsfähig zu machen. Schauen Sie: Der Bundeskanzler bramarbasiert immer noch über Verbrenner. Erneuerbare Energie ist aber jetzt in der Transformation von einem rein grünen Thema zu einem Sicherheitsthema geworden. Und wenn

ich die Zeichen der Zeit richtig deute, ist das keine kurzfristige Entwicklung. Die Chance auf Mehrheitsfähigkeit ist jetzt da.

Was ist die Aufgabe der Grünen heute, jetzt, sofort, Frau Brantner?

Brantner: Joschka Fischer hat absolut recht, dass wir die Aufgabe haben, die Rettung des Klimas mit den Grundlagen von Sicherheit, Freiheit und Wohlstand zu verknüpfen. Wir in Deutschland und Europa müssen wettbewerbsfähig werden, wir müssen bei den Technologien vorne an der Spitze dabei sein, wir müssen verteidigungsfähig sein, europäisch. Und wir müssen die Klimafrage gemeinsam und wirtschaftlich innovativ hinbekommen und als Grüne dafür die besten Rezepte haben. Das wäre mein Anspruch.

Das ganze Paket?

Brantner: Das sind die Aufgaben unserer Zeit. Die SPD verharrt ja im Gestern oder Vorgestern, und die CDU geht leider auch wieder mehr und mehr in diese alten Richtungen zurück.

Fischer: Ja, das passiert unter dem Druck der AfD.

Brantner: Wir haben in den Regierungsjahren sehr unter dem Ideologievorwurf gelitten. Am Anfang hat es pragmatisch geklappt, aber dann ist das gekippt. Im letzten Jahr haben wir erreicht, dass der Ideologie-Vorwurf momentan wieder die Seite gewechselt hat.

Inwiefern?

Brantner: Wer in Zeiten von Iran-Krise und steigenden Ölpreisen sagt, wir setzen weiter auf den Verbrenner und mehr neue Gaskraftwerke als nötig, ist derjenige, der ideologisch verbohrt ist und weder die Sicherheitskomponente noch die Klimakomponente sieht. Aber wir haben es mit fragilen Stimmungen zu tun. Deshalb müssen wir pragmatisch sein und aufzeigen, wie viele Menschen davon profitieren können. Das andere ist, da stimme ich Joschka Fischer total zu, dass man das nicht mehr nur als Nachhaltigkeitsthema voranbringt, sondern natürlich auch als Sicherheitsthema. Erneuerbare Energien sind Freiheits-, aber eben auch Friedensenergien. Und das Dritte: Spätestens seit letztem Herbst thematisieren wir das auch als soziale Frage.

Die Grundfrage der Zeit in einer ziemlich gelähmten Situation ist doch die: Wie findet man gesellschaftliche Mehrheiten für eine Koalition, die die dringlichen Dinge

tatsächlich macht, die seit Längerem nicht gemacht werden?

Fischer: Darf ich? Erstens: Cem Özdemir hat den Weg zu einer neuen Mehrheit aufgestoßen. Der Wille des baden-württembergischen Wahlvolks ist sehr klar: Sie wollten den Ministerpräsidenten Özdemir, und sie wollten eine starke CDU.

Zweitens?

Fischer: Zweitens: Baden-Württemberg ist in einer tiefen Deindustrialisierungskrise, durch die überproportionale Abhängigkeit des Landes von der Automobilindustrie und den Murks, den sowohl die Politik auf Landes- und Bundesebene als auch die Wirtschaft in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gemacht hat. Der Erfolgsmaßstab einer grün-schwarzen Regierung wird sein, ob es gelingt, neue Möglichkeiten zu eröffnen, also jenseits von Mercedes und Mahle [einem Automobil-Zulieferer; die Redaktion] den Schritt in die digitale Zukunft zu tun. Baden-Württemberg hat die Chance, beides hinzubekommen, eine funktionierende grün-schwarze Regierung und digitale Wirtschaft.

Wie kommen Sie darauf?

Fischer: Es ist auch im Interesse der Union. Und ihr kommt an einem nicht vorbei. Das ist die Personalfrage. Ich erwähne ja nicht umsonst Cem Özdemir. Der hat eine Art, Menschen anzusprechen, die nicht viele von uns haben. Ihr werdet auf Dauer Personalfragen nicht ausklammern können, Franziska. Das betrifft auch die Frage, wie weit diese gemischten Chöre eine Zukunft haben, die die Grünen präsentieren.

Das klingt nach einer rhetorischen Frage.

Fischer: Also für mich hat das keine Zukunft.

Brantner: In der Frage der Koalition würde ich sogar noch einen Schritt weiter gehen. Ich glaube, wenn wir das in dem wichtigen Industrieland Baden-Württemberg mit der CDU gut hinbekommen, dann könnten wir der Impuls für die Reform auf Bundesebene sein. Das hat Winfried Kretschmann auch schon angestoßen: Staatsmodernisierung. Die Frage von Ökonomie, Ökologie, aber auch die IT- Frage, Technologieführerschaft. Wenn Baden-Württemberg es schaffen könnte, die europäische Alternative zu Palantir aufzubauen, dann reicht es ja weit über das Bundesland und selbst über Deutschland hinaus. **Mehrheiten kriegt man dafür, dass man den Leuten nichts zumutet. Das gilt nicht nur für Merkel, sondern in geringerer Maße auch für Kretschmann. Wenn man**

sagt: Leute, wir machen jetzt progressive Politik, dann rennen alle schreiend davon.

Brantner: Was Sie über Kretschmann sagen, stimmt doch nicht. Baden-Württemberg war vielleicht nicht immer unter dem klassischen Label progressiv, aber die Politik ist vorwärtsgerwandt. Was haben wir, was hat Kretschmann gemacht? Die Gesundheitswirtschaft gestärkt, ohne Ende. Die KI- und IT-Branche, das Cyber Valley aufgebaut. In Heidelberg den ganzen Biomed- und Tech-Hub unterstützt. Ich könnte noch viel mehr nennen. Ich mag den Begriff progressiv nur begrenzt, ich bevorzuge vorwärtsgerichtet – und das ist für mich eindeutig vorwärtsgerichtete Politik.

Sagen Sie das jenen grünen Freundinnen und Freunden, die Kretschmann immer gern als konservativ ausgeschimpft haben.

Brantner: Momentan ist die Frage nicht nur, ob wir nach rechts oder links gehen, sondern: Gehen wir einfach immer weiter zurück, oder gehen wir nach vorne? So gesehen ist das, was Cem Özdemir anbietet, sehr progressiv. Und ja, wir müssen insgesamt stärker darüber reden, was wir in den einzelnen Bundesländern erreichen. Was wir in Schleswig-Holstein alles erreichen. Oder in Nordrhein-Westfalen. Was Tarek Al-Wazir in Hessen erreicht hat. Wir haben es seltenst geschafft, unsere wirklich guten Landesregierungserfahrungen als positive Beispiele zu erzählen. Das machen die bei der CDU immer viel besser. Und der Söder so oder so.

Ich bleibe bei meinem Vorurteil: Der notwendige Republikanismus, das Mittragen einer neuen und härteren Kultur, steht im Widerspruch zu unseren schönen Identitätsvorstellungen, und deshalb weichen wir aus.

Fischer: Falsch. Deutschland hat sich in den vier Jahren, in denen jetzt der Krieg in der Ukraine tobt, dramatisch verändert. Es ist heute einer der führenden materiellen Unterstützer der Ukraine. Gut, wir haben ein Ost-West-Problem in dieser Frage. Aber, was haben wir damals diskutiert: Brauchen wir Drohnen? Unbewaffnet, hieß es damals. Das ist doch eine Debatte, über die man heute nur noch schmunzeln kann. Die Barriere ist weg zwischen: Verteidigung ist pfui und Zivil ist gut.

Viele Leute, rechtskonservativ wie links-emanzipatorisch, suchen Halt, weil die Realität so komplex ist.

Fischer: Da ist nichts komplex. Der Putin führt Krieg gegen die Ukrainer und auch gegen uns. Der Trump hat sich verabschiedet als wichtigster Sicherheitspartner, was die USA über Jahrzehnte waren. Wir sind allein als Europa und müssen es jetzt allein hinkriegen.

Brantner: Aber was meinen Sie denn damit, dass man Sachen integrieren muss, die man nicht will?

Wir waren doch die Guten.

Fischer: Deswegen ist er ja bei der taz gelandet.

Brantner: Also wir streiten viel bei den Grünen. Wir haben auch noch viele Themen zu klären. Aber wir haben als Grüne komplett angenommen, dass wir in einer anderen Welt, in einer anderen Zeit sind und uns der stellen müssen. Wir sind europäische Deutsche, deutsche Europäer, die für die Souveränität dieses Kontinentes kämpfen, sodass es den in Zukunft mit seinen Werten auch noch gibt.

Franziska Brantner ist Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen und Bundestagsabgeordnete. In der Ampel-Koalition (2021–2025) war sie Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.

Joschka Fischer ist Berater und Publizist. Er war Außenminister und Vizekanzler der rot-grünen Bundesregierung (1998–2005).

Peter Unfried ist Chefreporter der taz und Chefredakteur von taz FUTURZWEI, Magazin für Zukunft und Politik.

► Zum Weiterlesen

Joschka Fischer:

Wer sind wir? Deutschland auf der Suche nach seiner Identität, Kiepenheuer & Witsch 2026.

In seinem neuen Buch analysiert Joschka Fischer die Rolle Deutschlands in einer neuen Weltordnung, zeigt Risiken und Chancen einer Nation im Herzen Europas in Zeiten geopolitischer, technologischer und wirtschaftlicher Transformationen auf.

Eine Republik, wenn ihr sie bewahren könnt – so brachte einer der Gründerväter der USA, Benjamin Franklin, die Verletzlichkeit der neu verfassten republikanischen Ordnung zum Ausdruck. Zugleich verwies er auf die Daueraufgabe, eine Verfassung mit bürgerlichem Leben zu füllen, um sie zu erhalten. In diesem Jahr feiert die US-amerikanische Unabhängigkeitserklärung ihr 250. Jubiläum, während US-Präsident Trump ebenjene Republik in Richtung Autokratie umbaut.

»A republic, if you can keep it.«

Drei Fragen an Seyla Benhabib zur Lage der USA

böll.thema: Wie würden Sie den Zustand der amerikanischen Republik 250 Jahre nach ihrer Gründung beschreiben?

Kurz vor dem 250. Jahrestag ihrer Gründung steht die amerikanische Republik vor einer ihrer bisher schwersten Krisen. Wir haben einen Krieg gegen den Iran begonnen, der weder vom US-Kongress noch den Vereinten Nationen gebilligt wurde, und trotz eines prekären Waffenstillstands könnten die Kampfhandlungen noch weitergehen. Erst kürzlich drohte der US-Präsident dem Iran mit Völkermord – nicht dem Regime oder gar der Nation, sondern dem Iran als Zivilisation. Zivilgesellschaftliche Einrichtungen, wie etwa Universitäten, wurden nach weitgehend unbegründeten Antisemitismusvorwürfen mit exorbitanten Geldstrafen belegt. Ein Beispiel: Die UCLA, eine öffentliche Universität in Kalifornien, wurde angewiesen, eine Milliarde Dollar Strafe zu zahlen. Große Anwaltskanzleien und Medienunternehmen entlassen entweder Beschäftigte, die Hörigkeit gegenüber der Trump-Regierung verweigern, oder, wie bei Medienkonglomeraten zu sehen ist, stellen ausschließlich regierungsfreundliche Kommentator:innen und Journalist:innen ein.

Nach seiner katastrophalen Entscheidung in der Rechtssache Trump gegen die Vereinigten Staaten (603 U. S. 593 [2024]), welche die Immunität des Präsidenten vor Strafverfolgung mutmaßlich auf sämtliche »Amtshandlungen« ausdehnte, beschränkte der Oberste Gerichtshof der USA in der Rechtssache »Learning Resources, Inc. v. Trump« (607 U. S. [2026]) richtigerweise die Befugnis der Exekutive, im Alleingang Zölle einzuführen. Dies war aber unter Umständen zu wenig und kam zu spät, da sich das Gefühl breitmacht, dass der Kongress und die Gerichte einer autokratischen Herrschaft nichts mehr entgegenzusetzen haben.

Ob die Vereinigten Staaten ihren 251. Jahrestag noch als Republik erleben werden, hängt vom Ausgang der Wahlen im November 2026 ab. Deren Legitimität untergräbt die Trump-Regierung auf verschiedene Weise: Wahlbezirke werden parteistrategisch neu zugeschnitten, die Rechtmäßigkeit von Briefwahlen und spät eingehenden Stimmzetteln wird angefochten, und die Anforderungen, um an der Wahl teilzunehmen, werden geändert. Das Vertrauen in den demokratischen Prozess wird allmählich vergiftet.

Was ist in diesen Zeiten notwendig, um die USA als demokratische Republik zu erhalten und zu stärken, und welche Rolle spielen die Bürger:innen dabei?

In seiner Abhandlung »Memorial and Remonstrance against Religious Assessments« schrieb James Madison, »eines der grundlegenden Ziele unserer jungen Republik bestand darin, dass sie ›den Verfolgten und Unterdrückten aller Nationen und Religionen ein Asyl bietet, unserem Land Glanz verleiht und die Zahl ihrer Bürger zu mehren verspricht« (zit. nach NY Times, 5. April 2026, S. 12.) Vorbei sind die Zeiten, in denen Emma Lazarus, ganz im Geiste von Madison, in ihrem Gedicht »The New Colossus« die Freiheitsstatue als »Mutter der Exilanten« betitelte und ihr den berühmt gewordenen Ausspruch in den Mund legte: »Gebt mir eure Müden, eure Armen, eure geknechteten Massen, die sich danach sehnen, frei zu atmen, den elenden Abschaum eurer gedrängten Küsten.«

Die zweite Trump-Regierung führt eine Kampagne der Kriminalisierung, Rassifizierung und des »Othering« gegen Einwanderer:innen ohne gültige Aufenthaltspapiere oder Aufenthaltsstatus. Die Umsetzung des in den USA immer noch geltenden Asylrechts wurde an der Südgrenze praktisch eingestellt.

Doch wie die Ereignisse des Winters 2026 in Minnesota gezeigt haben, besitzen viele einfache Bürger:innen noch immer Zivilcourage und Anstand. Mit einem neuen ethischen Konzept der »Nachbarschaftlichkeit« helfen sie Migrant:innen, denen die Abschiebung in Lager oder ins Ausland droht. Sie unterstützen einander bei der Kinderbetreuung, versorgen sich gegenseitig mit Mahlzeiten, gründen Nachbarschaftsgruppen, um sich gegenseitig zu warnen, wenn ICE-Beamte in ihren Straßen auftauchen. Zwei mutige Bürger, Renée Good und Alex Jeffrey Pretti, wurden deswegen ermordet. Bei den »No Kings«-Kundgebungen am 28. März gingen fast acht Millionen Menschen in knapp 3.300 Städten in allen 50 Bundesstaaten auf die Straße. Solche Akte der Zivilcourage weiten sich aus, die Zivilgesellschaft erwacht.

Jeder Widerstand gegen Autokratie ist auf eine solche Mobilisierung der Bürger:innen angewiesen. Aber auch in Regierungseinrichtungen und anderen hochrangigen Institutionen muss sich etwas tun. Befehlshabende und Soldat:innen müssen bereit sein, Befehle zu verweigern, die dem humanitären und dem Kriegsvölkerrecht widersprechen – was bei einem Krieg zur Auslöschung der »iranischen Zivilisation« der Fall gewesen wäre. Es braucht mehr Whistleblower in Regierungsbehörden, die illegale und abwegige Vorhaben zur Einschüchterung von Regimegegnern an die Öffentlichkeit bringen. Höhere wie auch untergeordnete Gerichte müssen die Verfassung beharrlich verteidigen.

Welche Perspektive sehen Sie für demokratische Republiken als politisches Modell weltweit, und was kann man von den europäischen Staaten allgemein und der Europäischen Union im Besonderen verlangen und erwarten?

Die zweite Trump-Regierung hat nicht nur Teile des amerikanischen öffentlichen Dienstes und des Verwaltungsapparates zerstört, indem sie Elon Musk mit seinen Methoden darauf losließ, sondern auch den Grundfesten des Völkerrechts und der institutionellen Nachkriegsordnung großen Schaden zugefügt. Als erste mutige Stimme bezeichnete der kanadische Premierminister Mark Carney diesen tiefgreifenden Wandel nicht als Übergang, sondern als »Bruch«. In diesem unbeständigen und unberechenbaren internationalen Umfeld kommt den Ländern und Institutionen der Europäischen Union eine große Aufgabe zu.

Die EU ist die erste wirklich neuartige politische Einheit, die über das Westfälische Nationalstaatsmodell hinausgeht. Aktuell zwingen die Rivalitäten unter

den Großmächten der Welt eine neue Geopolitik auf, geprägt durch territoriale Eroberungen und Annexionen (Ukraine, Venezuela, Gaza) sowie schamlose Zugangsforderungen nach dem Öl, den Edelmetallen und Bodenschätzen anderer Völker. In solchen Zeiten muss sich die Europäische Union für die Einhaltung des Völkerrechts einsetzen. Sie muss die Grundsätze einer regelbasierten Ordnung entschlossen verteidigen, weil es dazu keine Alternative gibt: Rivalitäten zwischen Großmächten entfesseln früher oder später große oder kleine Kriege; und auch ohne Kriege breitet sich Tyrannei über die unterworfenen Nationen aus.

Die Vereinigten Staaten brauchen Verbündete. Das Scheitern des Unterfangens im Iran hat gezeigt, dass militärische Überlegenheit allein nicht ausreicht, um politischen Wandel zu bewirken. Angesichts des beispiellosen Schadens, den die Trump-Regierung der internationalen Ordnung zufügt, treten Kanada und das Vereinigte Königreich als Verbündete der EU auf den Plan.

Allerdings muss die EU auch vor ihrer eigenen Haustür kehren, denn eine rassistische Asyl- und Migrationspolitik ist nicht nur in den USA zu beobachten; »Non-Entrée«-Maßnahmen breiten sich in ganz Europa aus; der Flüchtlingsschutz wird in Drittstaaten ausgelagert; und wie Bundeskanzler Merz kürzlich für syrische Asylsuchende vorschlug, könnten Geflüchtete zwangsweise in ihre frühere Heimat rückgeführt werden, nachdem sie sich jahrzehntelang in ihren Zufluchtsländern ein neues Leben aufgebaut haben. Auch dies untergräbt Völkerrecht und Menschenrechtsabkommen. Diese Politik beschleunigt nur die Verbreitung ethno-nationalistischer und rassifizierender Ideologien, wie wir bereits in Ungarn, Italien, Schweden, Dänemark und Frankreich beobachten konnten. Die EU muss ihre grundlegenden Verpflichtungen gegenüber Völkerrecht und Menschenrechten erfüllen.

Seyla Benhabib ist emeritierte Professorin für Politische Theorie und Politische Philosophie an der Yale University und eine der bedeutendsten Philosophinnen ihrer Generation. 2025 erhielt sie den Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken, den der Hannah Arendt Verein für politisches Denken e.V. gemeinsam mit der Freien Hansestadt Bremen und der Heinrich-Böll-Stiftung vergibt.

Wo sollte sich der Staat wieder wirksamer zeigen – und wo sich zurückziehen? Der Politikwissenschaftler und Philosoph Rainer Forst und der Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Felix Banaszak im Gespräch über falsch verstandene Demokratievorstellungen, soziale Gerechtigkeit und die Frage, wie neues Vertrauen in den Fortschritt und damit in die Zukunft entstehen kann.

»Freiheit und Fairness: Grundpfeiler einer Republik für alle?«

böll.thema: Wie steht es um Fairness und Teilhabe in Deutschland?

Felix Banaszak: Es gibt auf mehreren Ebenen ein wachsendes Ungerechtigkeitsempfinden. Das betrifft die materielle Verteilung von Einkommen und Vermögen, aber auch die Verteilung von Lebenschancen, die zunehmend von der Postleitzahl abhängen. Dazu kommt ein Unbehagen mit dem mangelnden Funktionieren des Staates. Zugespielt: Der Staat ist abwesend, wo Menschen ihn eigentlich stärker erwarten und bräuchten, etwa bei Sicherheit oder der Schaffung von Infrastrukturen. Und er ist zu präsent, wo es eigentlich um Selbstentfaltungskräfte und Selbstwirksamkeit von Bürgerinnen und Bürgern geht – bei Gründungen und Unternehmertum etwa. Viele der polarisierten Auseinandersetzungen, die wir gerade erleben und die sich an Fragen von Zugehörigkeit und Identität festmachen, sind eigentlich ungeklärte Fragen von materieller Teilhabe und Sicherheit. Der autoritäre Kulturkampf ist erfolgreich, weil er als Stellvertreter für ungelöste materielle Konflikte sowie Konflikte von Teilhabe und Fairness fungiert.

Rainer Forst: Ich teile diese Diagnose in vieler Hinsicht. Es gibt dieses wachsende Ungerechtigkeitsempfinden, und zwar mit guten, aber auch mit ideologisch verformten Gründen. Die These, dass die Resonanz auf die kulturellen Zuspitzungen, Ausgrenzungen und Brutalitäten, die wir etwa vonseiten der AfD immer wieder hören müssen, sehr viel mit realen materiellen Ungerechtigkeiten zu tun hat, trifft zu. Aber eine rein materialistische Analyse greift zu kurz. Denn beim Ungerechtigkeitsempfinden von Menschen, die zur AfD neigen, wird eine Verrohung des (ohnehin ideologieanfälligen) Gedankens sichtbar, dass es bei der Gerechtigkeit darum geht, wer was sozialetisch »verdient«. Diese Menschen haben den Eindruck, Leute mit »nichtdeutscher« Herkunft würden bei der Verteilung bestimmter Ressourcen ungerechterweise

bevorzugt – ebenso wie »faule« Arbeitslose. Hier verkehrt sich ein Ungerechtigkeitsempfinden selbst in Ungerechtigkeit, da ganze Gruppen aus der »Verdienstgemeinschaft« xenophob und sozialdarwinistisch ausgeschlossen werden. Richtig ist aber, dass die Existenz und Zunahme sozialer Ungleichheit in einer – wohlgemerkt – wohlhabenden Gesellschaft politisch unerträglich sind. Und diese Ungleichheiten prägen das Bild des öffentlichen Lebens. Ein Beispiel: Eine Familie mit relativ geringem Einkommen geht durch eine Innenstadt, bleibt vor einem gut besuchten, noblen Restaurant stehen und studiert die Preise dort. Dann rechnen die mal durch, was ein Essen für so eine Familie dort kosten würde – utopisch. Da kann man sich vorstellen, wie dieser Teil der Innenstadt für diese Familie als ein ganz fremder Ort erscheint. So entsteht eine tiefgreifende soziale und kulturelle, auch politische Entfremdung, die sich als Ressentiment verfestigt. Und dieses kann, wie wir derzeit erleben, ideologisch verformt zu einer rechtsextremen Verhärtung führen. Für eine Partei, die wie die Grünen angetreten ist, um eine Form des republikanischen demokratischen Miteinanders jenseits sozialer Ausgrenzungen zu ermöglichen, ist dies eine riesige Herausforderung, zumal die Politiken einer ökologischen Transformation von diesen Gruppen als soziale Zumutung empfunden werden.

Wo wäre anzusetzen, um diese negative Wahrnehmung von Veränderung zu durchbrechen? Wo seht ihr gesellschaftliche »Stabilisatoren«?

Forst: Ich würde weniger von Stabilisatoren sprechen, das scheint mir eine zu defensive, zu sehr am Status quo orientierte Formulierung zu sein. Ich würde sagen, dass in der aktuellen Phase des vielfach diagnostizierten Verlusts von Fortschrittshoffnungen Politik versuchen muss, eine Fortschrittsperspektive aufzuzeigen – gerade für Menschen, die unter großen sozialen und kulturellen Beklemmungen und Diskriminierungen leben. Derzeit gelingt dies tragischer- und paradoxerweise primär autoritären Bewegungen, die – so reaktionär sie sind – eine politische, sozusagen regressiv-progressive Perspektive aufweisen hin zu einer Zukunft, die eine Vergangenheit abbildet, die es so nie gab. Hier drückt sich eine Sehnsucht nach radikaler, strukturverändernder Politik aus, die sich bis zur Realitätsverweigerung steigern kann (Stichwort Klimawandel). Das ist eine Reaktion auf viele Jahrzehnte des neoliberalen Politikmodus der Anpassung, dem zufolge größere strukturelle, progressive Veränderungen nicht möglich schienen. Und jetzt kommen die Autoritären daher und sagen: Natürlich können wir radikale Politik machen, im nationalistischen Kettensägenmodus. Und dahin geht das Momentum, weil dort »echte« Veränderung annonciert wird. Wir sollten deshalb weniger nach Stabilisatoren suchen als nach einer Sprache und einer Perspektive für wirklich fortschrittliche Politik. Wir dürfen nicht den soziologischen Zeitdiagnosen folgen, die ein Ende des Fortschritts

verkünden. Der Modus der »Verteidigung« der Demokratie ist verständlich, genügt dabei aber nicht. Der beste »Stabilisator« ist die Entwicklung von Fortschrittsperspektiven, die sowohl auf eine materiell wie auch kulturell inklusive Gesellschaft abzielen – Fortschrittsvertrauen würde ich das nennen.

Banaszak: Wer die demokratische Mitte stabilisieren will, darf sie nicht beruhigen und betätscheln, sondern muss sie herausfordern. Es ist ein Irrglaube, dass es eine große Veränderungsmüdigkeit in der Gesellschaft gäbe. Meine These ist: Es ist die ausbleibende Veränderung – verstanden als Fortschritt und Verbesserung –, die die Menschen ermüdet und von diesem demokratischen System entfremdet. Deswegen ist jede Strategie, die auf die Verteidigung von etwas Bestehendem zielt, in der aktuellen Lage zum Scheitern verurteilt. Was sind Stabilisatoren in meiner Wahrnehmung? Funktionierende staatliche oder mit dem Staat verbundene Institutionen. Es hat einen Grund, dass Zohran Mamdani sich in New York so stark auf kostenlosen Nahverkehr und universelle staatliche Dienste bezogen und nicht das Individualeinkommen in den Fokus gesetzt hat.

Forst: Ich finde den Punkt sehr wichtig, dass wir hier über die Leistungen und Präsenz einer funktionierenden, nach Gerechtigkeit zumindest strebenden Staatlichkeit sprechen. Aber ich will auch hervorheben, dass man, wenn es um die Verteidigung der Demokratie geht, an erster Stelle die Prinzipien der Demokratie verteidigen muss, auch, um einen Status-quo-Bias zu vermeiden. Denn wir leben in einer äußerst gefährlichen politischen Phase, wo wir Gefahr laufen, dass der Begriff der Demokratie verloren geht, mit der falschen Verkürzung auf eine unbeschränkte Herrschaft der Mehrheitsmeinung, die keine weiteren Rechtfertigungspflichten mehr akzeptiert. Wir müssen uns vor einer falschen Vorstellung von Demokratie hüten, die irgendwann nicht mehr nur nationalistisch, sondern völkisch ausbuchstabiert wird. Dann verkehrt sich Demokratie in ihr Gegenteil, die Herrschaft der autoritären Willkür.

Wie hängt aus eurer Perspektive die demokratiepolitische Dimension mit der materiellen Dimension von Sozialstaatlichkeit und Teilhabe zusammen?

Forst: Es gibt eine ganze Reihe von Punkten, wo Sozialstaatlichkeit in einem umfassenden Sinne – eigentlich reden wir da über soziale Gerechtigkeit – gefordert ist. Sozialstaatlichkeit wird oft so wahrgenommen, als ginge es primär um eine Grundsicherung der Existenz. Das ist wichtig, aber der Begriff ist sehr viel weiter und betrifft die gesellschaftliche Grundstruktur insgesamt, also auch das ganze System von Steuern und Abgaben, das derzeit so gelagert ist, dass Leute, die nur relativ moderate Einkommen erwirtschaften, die Debatten über die künftigen Belastungen etwa in der Renten- oder Krankenversicherung als eine riesige Bedrohung wahrnehmen, weil sie jetzt schon nicht mehr über die Runden kommen.

Verantwortliche Politik muss für diese Leute aufzeigen, dass an Fairness in einer Gesellschaft nicht nur rhetorisch festgehalten wird: Die Grundfrage der Gerechtigkeit in einer demokratischen Republik ist, ob Ungleichheiten der Lebensverhältnisse noch in irgendeinem Sinne öffentlich unter Freien und Gleichen rechtfertigbar wären. Und wenn man die Frage so stellt, dann muss man darüber erschrecken, wie sehr wir uns darin eingerichtet haben, über grundlegende strukturelle Defizite unserer Gesellschaft gar nicht mehr zu reden, weil sie unabänderlich scheinen. Ich plädiere dafür, die Begriffe Demokratie und Gerechtigkeit sehr eng miteinander zu verkoppeln. Die Demokratie ist die politische Form der Gerechtigkeit, und sie ist deshalb auch die politische Form sozialer Gerechtigkeit. Eine Gesellschaft, die gravierende Ungerechtigkeiten in der Entwicklung von Einkommen und Vermögen nicht adressiert, verliert damit nicht nur an Qualität der Gerechtigkeit, sondern auch an demokratischer Qualität, weil wir einander schulden, zu erklären, wieso wir unter diesen Verhältnissen zunehmender Feudalisierung materieller Lagen leben und wieso wir sie nicht ändern.

Banaszak: Ich mache das mal konkret an einem Beispiel fest: Für einen Großteil meiner Generation ist der Traum vom Eigenheim, selbst am günstigeren Stadtrand oder auf dem Land, ausgeträumt. Den Glauben daran, dass man vom eigenen Lohn ein Haus im Laufe des eigenen Lebens abbezahlt, ohne sich zu Tode zu arbeiten, haben immer weniger. Gleichzeitig sind in den Krisen die Vermögen Einzelner weiter obszön angewachsen. Da klafft also eine riesige Lücke zwischen den vielen, die über die Runden kommen, und den wenigen Reichen – Erstere haben aber keine Mittel, sich gegen die Macht der Letzteren zu behaupten, weder gegen die ökonomische noch die damit verbundene politische Macht. Stattdessen schaut man nach unten und nimmt stärker wahr, dass der Unterschied zwischen Mittelschicht und vermeintlich leistungslos Alimentierten nicht groß genug sei. Die These in der Ampel war nun, dass eine Bürgergeld-Reform die Gesellschaft wieder zusammenbringt. Auch ich war davon überzeugt. Nur ist das Ergebnis leider ein anderes, weil sich gerade der Konflikt zwischen Menschen mit geringem, aber selbst erwirtschaftetem Einkommen und Menschen ohne eigenes erwirtschaftetes Einkommen zugespitzt hat, oder besser gesagt: zugespitzt wurde – verbunden mit einer zumindest in Teilen rassistischen Komponente, wenn man an die Abfrage der Vornamen denkt, wie sie von Rechtsaußen vorgenommen wird. Wenn dann der ökonomische Druck mit einem Versagen der Institutionen zusammenkommt, leidet das Vertrauen in den Staat. Und ich ergänze noch einen Gedanken: Es ist richtig, die Last von Steuern und Abgaben nach oben umzuverteilen. Es ist aber ebenso wichtig, Akzeptanz für das Zahlen von Steuern und Abgaben generell zu



▲ Felix Banaszak

schaffen – durch das Vertrauen, dass aus dem Geld, das man abgibt, das Richtige gemacht wird. Am Ende entscheiden Menschen über die Legitimation von politischen Entscheidungen danach, ob es ihrem Empfinden von Gerechtigkeit einerseits und der Anerkennung ihrer Leistung andererseits entspricht.

Viele Menschen haben das Gefühl, dass das Land vor allem von der Substanz lebt und staatliche Infrastrukturen nur noch bedingt funktionieren. Insofern nachgefragt: Ja, liefern ist nötig – aber ist es auch hinreichend?

Banaszak: Eine angemessene Politik für eine »neue Republik« – wenn ich das mal so ausrufen darf – muss klarer unterscheiden, wo der Staat gebraucht wird und dann auch Verlässlichkeit bieten muss und wo tatsächlich die Selbstentfaltung, die aktive Bürgergesellschaft dominieren sollen. Es ist nicht Aufgabe des Staates, jeden Millimeter des gesellschaftlichen Lebens zu organisieren, er ist kein Lieferdienst der Alltagsbewältigung. Aber es ist Aufgabe des Staates, Menschen den Raum für eigenes, selbstbestimmtes Engagement, für freie Entfaltung, für Unternehmertum zu geben, weil die Grundbedürfnisse gesichert und weil die Grundfunktionen des Staates gewährleistet sind.

Forst: Outputlegitimation ist offensichtlich relevant, aber sie ist eigentlich nie eine reine Outputlegitimation, weil immer öffentlich diskutiert, erklärt und gerechtfertigt werden muss, auf welche Outputs es aus welchen Gründen ankommt. Das hat etwas mit der Beteiligung an politischen, aber auch an zivilgesellschaftlichen Prozessen zu tun. Die Zivilgesellschaft ist keine von der Politik abgekoppelte Größe, in der die Leute sehen müssen, wie sie zurechtkommen, sondern die Zivilgesellschaft muss den Input und einen Resonanzraum liefern für politische Debatten. Darin habe ich immer eine Stärke der grünen Partei gesehen. Und die muss man auch beibehalten – in sozialen Bewegungen verankert zu sein, aber auch dort, wo zum

Beispiel in migrantischen Milieus die Berührungängste groß sind, weil man sagt: Die etablierte Politik hat eigentlich für mich keinen Platz vorgesehen. Und das gilt auch für Gegenden in denen inzwischen die AfD fast die einzige politisch aktive Kraft ist und sich andere Parteien nicht mehr reintrauen, nicht nur im Osten. Das ist eine verheerende Entwicklung von zivilgesellschaftlicher Verwüstung.

Haben wir das Gemeinsame zu sehr aus dem Blick verloren, in einem sicherlich notwendigen Kampf um die nachholende Modernisierung und Liberalisierung der Bundesrepublik? Müssten wir uns aus einer Mitte-Links-Perspektive solchen republikanischen Orten wieder stärker zuwenden?

Banaszak: Absolut. Das Unbehagen damit, in Räume zu gehen, in denen man nicht nur beklatscht wird, müssen wir hinter uns lassen. Mir geht es nicht darum, die Errungenschaften einer progressiven, freiheitlichen Entwicklung der Gesellschaft infrage zu stellen oder auf dem Altar von vermeintlicher Mehrheitsfähigkeit zu opfern. Im Gegenteil. Wir müssen uns aber stärker damit auseinandersetzen, warum diese Prozesse eine solche Gegenwehr auslösen. Deshalb wünsche ich mir eine Reflexion im progressiven Spektrum über die Gefahren des Kulturkampfes und über die Frage, wie es gelingt, kulturkämpferische Auseinandersetzungen zu verlassen, ohne an Substanz, an Programmatik oder Werten zu verlieren. Denn es geht dabei um Gerechtigkeit, es geht um Freiheit. Freiheit von Gewalt. Freiheit von Unterdrückung. Deswegen sind diese Kämpfe weiterhin richtig und notwendig. Aber gerade mit Blick auf die Sprachlosigkeit, die es in den USA zwischen unterschiedlichen Milieus mittlerweile gibt, ist doch schon die Frage:

Wie kann man Klarheit in seinen Positionen mit breiter Gesprächsfähigkeit, mit der Suche nach Gemeinsamkeit verknüpfen?

Forst: Ich will noch kurz die Frage nach dem Sinn fürs Gemeinsame und der Individualisierung aufgreifen, weil das ein Punkt ist, wo wir vorsichtig sein müssen, dass wir den Begriff des Republikanismus nicht zu stark in eine kommunitaristische Richtung rücken. Er hat viele Traditionsstränge, und darüber muss man sorgfältig nachdenken, historisch auch in der Spannung zur Demokratie und der Hervorhebung einer tugendhaften politischen Elite. Ein zentraler Strang des Republikanismus war immer eine politische Philosophie der Freiheit. Er trat an gegen die Tyrannei Einzelner, gegen die Tyrannei korrupter Eliten, aber auch gegen die Tyrannei von Mehrheiten, die bereit sind, diese Macht zu nutzen, um andere zu unterdrücken und in ihrem Status als freie und gleiche Person infrage zu stellen. Deshalb kann der Republikanismus auf den Freiheitsbegriff nicht verzichten. Aber es ist kein Freiheitsverständnis, das als individueller Egoismus auszubuchstabieren wäre. Es kann nur ein Freiheitsverständnis sein, das das Eingeschlossensein in sozialer Not und kultureller Diskriminierung eben als Unfreiheit versteht. Freiheit ist nur kollektiv herzustellen in einer Gesellschaft, in der die Einzelnen einander respektieren und wissen, dass auch die Bildung von Mehrheiten nicht dazu autorisiert, sich anderen gegenüber nicht mehr zu rechtfertigen oder gar ihre Grundrechte zu beschneiden. Das nur deshalb, weil wir den Freiheitsbegriff nicht den Libertären zuschieben können, die ihn verunstalten, sondern eine umfassendere, sorgfältigere Freiheitskonzeption brauchen, die auf die strukturellen Zwänge, die in einer ungerechten Gesellschaft bestehen, einfach blickt als das, was sie sind: Unfreiheiten.

Rainer Forst ist Professor für Politische Theorie und Philosophie und Direktor des Forschungszentrums Normative Ordnungen an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Seine jüngste Veröffentlichung zum Thema: Die noumenale Republik, Suhrkamp 2021. Er ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, der British Academy und der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung. 2012 zeichnete ihn die DFG mit dem Leibniz-Preis aus.

Felix Banaszak ist ein Kind des Ruhrgebiets und kennt die Herausforderungen des Strukturwandels einer Industrieregion aus der eigenen Familiengeschichte. Er ist seit November 2024 Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen und seit 2021 Abgeordneter aus Duisburg im Deutschen Bundestag. Von Januar 2018 bis Juni 2022 war er Landesvorsitzender der Grünen Nordrhein-Westfalen.



▲ Rainer Forst

Ob beim Wasserwerk oder im Jobcenter, ob bei der Bauaufsicht oder in der Straßenbahn: Viele öffentliche Unternehmen verrichten tagtäglich fast unsichtbar ihre Dienste. Dahinter stehen Menschen, Bürgerinnen und Bürger, die damit nicht nur den Staat am Laufen halten, sondern zugleich Teil des Staates werden. Einige von ihnen haben wir in drei deutschen Städten an einem Arbeitstag begleitet.

Ein Tag in Deutschland

Texte: Jens Uthoff und Jonas Waack
Illustration: Martha Burger

Bürger:innen machen Staat

NEUBRANDENBURG, 07.41 UHR

Hendrik Thees, Stadtwerke
Neubrandenburg - Pumpwerk

Heute stehen viele Ölwechsel an. Hendrik Thees holt zwei schwarze Kanister aus dem Transporter der Neubrandenburger Stadtwerke, öffnet die Tür eines unscheinbaren Betonwürfels und steigt die Treppe hinab in einen kargen, von Neonröhren beleuchteten Keller. Darin sitzen wie grüne Zylinder zwei Pumpen auf den Rohren, die das Abwasser aus dem benachbarten Becken in Richtung Klärwerk führen. Mit einem Ruck öffnet Thees die Sicherheitschrauben, hält einen der Kanister unter einen Hahn an der Pumpe. Altes, durchsichtiges Öl fließt heraus, keine Frage, das muss ausgewechselt werden. Der zweite Kanister steht schon bereit.



**MAGDEBURG, 07.56 UHR**

Johannes Lauf,
Straßenbahnfahrer - Linie 4

Die Straßenbahn 4 erreicht die Wendeschleife. Johannes Lauf hat heute »Mitteldienst«, fährt eine Linie am Morgen und eine andere am Nachmittag. Jetzt, an der Endhaltestelle, pausiert die Straßenbahn, alle Fahrgäste sind ausgestiegen. Der 35-jährige Straßenbahnfahrer kommt aus seiner Fahrerkabine, schreitet durch die Gänge. Er öffnet an einem Sitz eine Klappe, unter der sich ein Behälter mit Brems sand befindet. »Der muss immer gut aufgefüllt sein. Ohne den Brems sand wäre eine Weiterfahrt verboten.« Er geht weiter durch den Wagen, fischt eine Pfandflasche vom Boden und stellt sie hinaus neben das Gleis. »Für unsere Pfandsammler. Die kennen diesen Ort schon, da stellen wir immer Flaschen ab«, sagt er. Weiter geht's. Die 4 fährt wieder los Richtung Magdeburg-Cracau.

BERLIN, 08.30 UHR

Camilla Dalerci,
Bundesdruckerei - Büro

Während im Keller unter ihr High-Tech-Maschinen Banknoten, Reisepässe und Führerscheine drucken, beginnt Camilla Dalerci ihren Arbeitstag in der Bundesdruckerei mit einem Kaffee, Nachrichten auf Microsoft Teams und vielen Mails. Sie ist stellvertretende Projektleiterin des KI-Kompetenzzentrums der Innovationsabteilung der Bundesdruckerei. »Das ist viel Koordinierungsarbeit«, sagt sie. »Dadurch wird die Arbeit nie langweilig.«

MAGDEBURG, 09.12 UHR

Johannes Lauf, Straßenbahn-
fahrer - unterwegs auf der
Linie

Johannes Laufs Arbeitstag verläuft bislang entspannt, doch er muss immer aufmerksam sein. Die Strecke zu überblicken, vorausschauend zu fahren, das sei das

Wichtigste. Vor den Kreuzungen müsse er schauen, ob die Weichen automatisch richtig gestellt wurden. »Wenn das mal nicht funktioniert, muss ich aussteigen und sie mit dem Stelleisen selbst stellen.«

BERLIN, 09.30 UHR

Camilla Dalerci, Bundes-
druckerei - Telefonkabine

Der Laptop wird in einer kleinen Kabine mitten im Büro aufgeklappt. Einmal pro Monat telefoniert die Projektleiterin dort mit einer Sicherheitsbehörde über den Fortschritt des Programms »Modelle öffentlicher Verwaltung evaluieren« - »Möve«. Sie berät mit dem Amt, welche KI-Sprachmodelle sie evaluieren wollen und wie. Ist es nachhaltig? Versteht es Behördendeutsch? »Der öffentliche Sektor war nie Vorreiter beim Einsatz von neuen Technologien«, sagt Dalerci. »Jetzt muss er es sein, um mitzuhalten.«

MAGDEBURG, 10.07 UHR

Frau Hamann, Jobcenter – Büro

Auf dem Bildschirm öffnet sich ein Kalender. Für 10 Uhr ist ein Gespräch mit einem Klienten notiert. Er ist noch nicht da. Frau Hamann*, 43, ist Fallmanagerin des Jobcenters Magdeburg und unterstützt Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt nur schwer Fuß fassen. »Es geht in den ersten Schritten oft darum, sie im Lebensalltag zu unterstützen«, erklärt sie. »Einige haben Schulden angehäuft, und wir vermitteln eine Schuldnerberatung. Wieder andere benötigen vielleicht zunächst eine Therapie.« All diese Voraussetzungen müssten erst mal erfüllt sein, bis man von einer Eingliederung in den Arbeitsmarkt sprechen könne. »Viele haben überhaupt keine Vorstellung davon, mit welchen Schicksalen wir es hier zu tun haben«, sagt Frau Hamann. Dass Menschen nicht arbeiten wollen, erlebe sie so gut wie nie.

Um 10.48 Uhr ist der Klient immer noch nicht erschienen. Frau Hamann macht eine Notiz. Beim nächsten Termin wolle sie mit ihm darüber sprechen. Die Zusammenarbeit der Kund:innen mit dem Fallmanagement ist freiwillig. Sanktionen sind hier nicht die Regel.

BERLIN-SPANDAU, 10.50 UHR

René Poltier, Bauaufsicht – Tankstelle

Im Eilschritt läuft René Poltier zu einer Tankstelle in Berlin-Spandau. Poltier arbeitet für die Bauaufsicht des Bezirks. Vor drei Wochen zogen sich an der Tankstelle plötzlich Risse durch Wände und Fugen. Grund war die Baustelle eines Mehrfamilienhauses nebenan. Die Tankstelle musste den Betrieb einstellen, die Bauarbeiter den Bau. Heute Morgen bekam Poltier dann einen Anruf von der Bauleitung des Mehrfamilienhauses, dass die Mängel behoben seien. Nun muss er nachschauen, ob das stimmt. »Da kann ich mir jetzt nicht mehr Zeit lassen als zwingend notwendig«, sagt er. »Will ich auch nicht. Wir brauchen ja Wohnraum.«

NEUBRANDENBURG, 11.10 UHR

Hendrik Thees, Stadtwerke Neubrandenburg – Außeneinsatz

Auf dem Weg zur nächsten Pumpe wirft Hendrik Thees einen Blick aus dem Autofenster. Er entdeckt einen beschädigten Gullideckel. Sein Kollege und er holen je einen Haken aus dem Transporter, setzen sie in die Löcher des Deckels und drehen ihn routiniert um 180 Grad. Eine Befestigung





am Gulli ist verboten – gefährlich für Autofahrer. »Man hört so Sprüche wie »ihr von den Stadtwerken fahrt doch den ganzen Tag nur herum«, erzählt Thees. »Dann sag ich, »du hast Strom, Wasser, Internet und Kabelfernsehen zu Hause und es funktioniert, oder? Ja, dann machen wir doch unsere Arbeit.«

BERLIN-SPANDAU, 11.12 UHR
René Poltier, Bauaufsicht – Baustelle

Die Baustelle ist verlassen. Logisch, schließlich ist ein Baustopp angeordnet. René Poltier steht vor dem Metallzaun. Und guckt. Wo vorher die Grube des Verbaus nicht gesichert war, stehen nun Holzzäune. Die Holzlatten und -keile zwischen den eingerüttelten Stahlträgern, die vorher fehlten, sind jetzt da. Der Bau kann weitergehen – sobald die entsprechende Anordnung geschrieben ist.

MAGDEBURG, 13.03 UHR
Johannes Lauf,
Straßenbahnfahrer – Linie 9

Johannes Lauf fährt mit der Linie 9 ein. Er befördert jetzt vor allem Schulkinder, die schon frei haben, ein dankbares Klientel. Problematischer seien aggressive Erwachsene. Er selbst habe nie etwas wirklich Schlimmes erlebt, aber »ein Kollege ist mal verprügelt worden, er hat schwer verletzt eine Woche im Krankenhaus gelegen«.

Sein Arbeitgeber, die Magdeburger Verkehrsbetriebe, stünde für Vielfalt, sagt Lauf: »Wir sind ja auch ein Unternehmen, das für alle da ist. Vielleicht denken da auch die Mitarbeiter:innen inklusiver als in anderen Firmen.« Und wie blickt er auf eine mögliche Regierung mit AfD-Beteiligung? »Wir sind ein Unternehmen der Daseinsfürsorge. Auch eine AfD kann einen Nahverkehrsbetrieb nicht mal eben umkrepeln«, sagt er.

NEUBRANDENBURG, 14.14 UHR,
Hendrik Thees, Stadtwerke
Neubrandenburg – Außeneinsatz

Nächstes Pumpwerk, nächster Ölwechsel für Hendrik Thees. Als die Arbeit erledigt ist, nimmt er sich einen Berichtsbogen und füllt ihn aus. Ob er stolz auf diese unsichtbare Arbeit ist? »Stolz nicht, nein. Stolz bin ich auf meine Familie. Aber wohl fühlt man sich schon, wenn alles geklappt hat«, sagt er.



BERLIN, 14.29 UHR

René Poltier, Bauaufsicht –
Rathaus Spandau

Ein fettes A markiert das Exemplar der Baugenehmigung fürs Amt, ein fettes B das Exemplar für den Bauherren. René Poltier sitzt in einem Raum des Rathauses Spandau und schafft Übersicht. Ein anderer Stempel bestätigt, dass die Bauvorlage legitimer Teil der Baugenehmigung ist.

MAGDEBURG, 14.34 UHR

Herr Malzahn, Universitäts-
klinikum – Patientenbegleit-
dienst

Sein Dienst hat gerade begonnen. Herr Malzahn* arbeitet im Universitätsklinikum im Patientenbegleitdienst. Das heißt, er fährt die Patient:innen in ihren Betten von A nach B: von der Zentralen Notaufnahme auf die Station, von der Station zum MRT, von einem Haus zum anderen. Gerade schiebt er ein Bett mit einer Patientin – eine ältere Frau, vielleicht 90 Jahre, halb geöffnete Augen, trüber Blick – Richtung Fahrstuhl. »Jetzt ruckelt es ein bisschen«, sagt er zu ihr, während das Bett über die Schwelle in den Aufzug gleitet. Vor der Station warten Kinder und Enkelkinder auf die ältere Frau.

Die Universitätsmedizin Magdeburg ist die größte Klinik Sachsen-Anhalts. 6.791 Mitarbeitende zählt das Unternehmen, Mitarbeiter:innen aus über 50 Nationen, sagt eine der Pressebeauftragten der Klinik.

MAGDEBURG, 16.00 UHR

Frau Hamann, Jobcenter – Büro

Zwei telefonische Termine mit Bildungsträgern stehen an. »Diese Gespräche sind sehr wichtig für mich, damit ich weiß, wie meine Kundinnen und Kunden vorankommen.« Vorankommen – das ist ein Wort, das Frau Hamann oft benutzt. Wenn ihre Kund:innen vorankommen, kommt auch sie voran: »Ihre Erfolge motivieren mich«, sagt sie. Aber »natürlich kommt es auch zu Konflikten«, sagt sie. Einmal habe ein Kunde in ihrem Büro einen Tisch umgeworfen. Angst habe sie deshalb nicht bei der Arbeit.

MAGDEBURG, 21.42 UHR

Herr Malzahn, Universitäts-
klinikum – Patientenbegleit-
dienst

Sein Dienst geht gleich zu Ende. »Es war ein recht unauffälliger, normaler Tag«, sagt Malzahn. Den Nachmittag über hatte er mehr als 25 Transporte. Um seine Schrittebilanz muss er sich keine Sorgen machen. Etwa 12 Kilometer reißt er durchschnittlich während einer 8-Stunden-Schicht ab. Die körperliche Belastung ist für den Patientenbegleiter kein Problem. »Ich mag meinen Job, sonst würde ich ihn sicher auch nicht so lange machen«, sagt er. Und die psychischen Belastungen? Damit umzugehen sei zeitweise schwer. Gerade hat Malzahn noch eine Patientin auf seiner Liste. Es ist die wohl letzte für heute.

NEUBRANDENBURG, 23.00 UHR

Hendrik Thees, Stadtwerke
Neubrandenburg – Außeneinsatz

Vor einer Stunde hat Thees' Diensthandy geklingelt: Bereitschaft. Er ist zu der Pumpe gefahren, die laut Leitstelle eine Störung anzeigt. Jetzt steht er vor dem Schaltkasten im Pumpwerk, an dem eines der beiden roten Lämpchen leuchtet. Der Motorschutz, eine Art Sicherung für die Pumpe, ist rausgeflogen. Thees drückt sie wieder rein und versucht, die Pumpe wieder anzuschalten. Statt wie früher am Tag zu surren, knurrt die Pumpe nun. »Die ist verstopft«, sagt Thees, »vielleicht ein Lappen, den jemand runtergespült hat.« Thees ruft die Leitstelle an und meldet die Verstopfung. »Aber die zweite Pumpe läuft vernünftig«, sagt er. Auch mit einer Pumpe kann das Pumpwerk arbeiten, die verstopfte wird hier aus dem Abwasser gezogen und direkt vor Ort repariert. Thees kann wieder nach Hause fahren.

*Frau Hamann und Herr Malzahn wollten in diesem Text nur mit ihrem Nachnamen genannt werden.

Jens Uthoff ist Redakteur des
Gesellschaftsteils der wochentaz.

Jonas Waack arbeitet als Klima-
Redakteur für die taz.

Derya

- 1 Was machen Sie? Ich bin freischaffende Musikerin aus Hamburg. Neben internationalen Tourneen mit meiner Band »Derya Yıldırım & Grup Şimşek« arbeite ich in unterschiedlichen künstlerischen Kontexten. Seit 2024 unterrichte ich an der Popakademie Baden-Württemberg im Hauptfach Bağlama.
- 2 Was ist Ihnen wichtig im Leben? Mitgefühl ist für mich zentral, das ist ein wichtiger Bestandteil meiner Identität.
- 3 Was verbinden Sie mit Deutschland? Meine Beziehung zu Deutschland ist von Ambivalenz geprägt. Ich gehöre zur dritten Generation einer Familie, deren Großeltern als Gastarbeiter:innen nach Deutschland kamen. Einerseits bin ich hier aufgewachsen, andererseits habe ich oft das Gefühl, meine Zugehörigkeit und Identität immer wieder behaupten zu müssen.



Die
neue

Republik

Porträtserie von
Christian Werner

In Deutschland sprechen nicht nur Richter:innen Recht, auch Bürger:innen sitzen als Schöff:innen mit im Gerichtssaal, hören zu, wägen ab und entscheiden mit. Eine Richterin und ein Laienrichter über Verantwortung, Grenzen – und darüber, wie sich Staat plötzlich ganz konkret anfühlt.

Moderation: David Muschenich

Im Namen des Volkes – so fern, so nah



▲ Katrin Seidel

David Muschenich: Herr Heil, Sie waren früher Fußballtorwart und Finanzberater. Anschließend haben Sie sich als Schöffe gemeldet, saßen ehrenamtlich neben Berufsrichter:innen am Landgericht Leipzig und haben bei vielen Fällen mit geurteilt. In welchen Momenten haben Sie vor Gericht gemerkt, dass Ihre Stimme zählt?

Thomas Heil: Meine Stimme hat immer gezählt, aber es gab sicher kleine Unterschiede bei den Kammern. Manchmal wurde ich regelrecht um meine Meinung gebeten. Manchmal hatte ich den Eindruck, dass ein Vorsitzender Richter auch nicht unglücklich war, wenn ich meine Meinung nicht kundgetan habe. Unterdrückt wurde sie aber nie.

Wie kam es dazu, dass Sie sich als Schöffe beworben haben?

Heil: Nachdem ich nicht mehr in der Bank gearbeitet habe, wollte ich mich nützlich machen. Da bekam ich von einer Bekannten einen Wink, die hier auch als Schöffin arbeitete. Ich habe mir das angesehen und gedacht: Mensch, das ist genau die Sache, die du machen möchtest.

Frau Seidel, wie ist es für Sie als Vorsitzende Richter:in der 6. Strafkammer am Landgericht Leipzig, mit Schöff:innen zusammenzuarbeiten?

Katrin Seidel: Ich empfinde die Zusammenarbeit als angenehm und durchaus auch kontrovers. Die Schöffen haben das gleiche Stimmrecht wie wir.



▲ Thomas Heil

Wir Berufsrichter übersehen manchmal, dass die Hauptverhandlung nicht richtig rund und verständlich ist. Da brauchen wir dann den gesunden Menschenverstand der Ehrenamtlichen, die uns darauf hinweisen.

Was meinen Sie mit »gesundem Menschenverstand«? Den Blick des präzisen Beobachters von außen, also des juristischen Laien?

Seidel: Das meint die Fähigkeit, Situationen logisch und pragmatisch zu beurteilen und maßvoll zu reagieren. Nicht, dass es der Richterschaft an gesundem Menschenverstand fehlen würde, aber unsere Schöffen bringen ihre ganz unterschiedlichen Lebens- und Berufserfahrungen ein

und tragen dazu bei, dass unsere Entscheidungen transparent und gerecht sind. Die Hauptverhandlung muss das Urteil tragen. Nur wir Berufsrichter kennen die Akte, während Schöffen ihre Überzeugung ausschließlich im Zuge der Hauptverhandlung entwickeln, also nur durch das, was dort zur Sprache kommt. Fehlt ihnen etwas, um sich ein Bild machen zu können, weisen sie uns darauf hin.

Haben Schöff:innen Ihre juristische Sicht schon mal verändert oder beeinflusst?

Seidel: An so eine Situation erinnere ich mich nicht. Natürlich beeinflusst man sich durch jedes Gespräch, jede Beratung mehr oder weniger subtil gegenseitig. Das ist aber eher ein Prozess des Lernens und der Erweiterung des persönlichen Horizonts.

Heil: Dabei kann auch eine Rolle spielen, dass viele Schöffen älter sind. Die bewerben sich erst im Ruhestand und bringen Lebenserfahrung mit ein.

Wie wirkt diese Lebenserfahrung auf die Urteilsfindung?

Heil: Mit steigendem Lebensalter wächst oft auch die Menschenkenntnis. Das hilft bei der Befragung von Angeklagten oder Zeugen und bei der Einschätzung ihrer Aussagen.

Seidel: Die ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen kommen aus ganz unterschiedlichen Professionen. Da nehmen wir immer irgendwas mit an neuer Erkenntnis. Darunter sind auch junge Leute, aber die haben durchaus Probleme bei längeren Verfahren.

Und warum haben junge Leute damit mehr Probleme?

Seidel: Wenn dem kleinen Betrieb die wertvolle Mitarbeiterin fehlt, weil sie an 20 Verhandlungstagen im Jahr als Schöffin hier am Gericht ist, ist das ein Problem. Oder wer Familie hat: Da bleibt oft wenig Kraft für diese Arbeit, die wir alle hier sehr schätzen und brauchen. Darum bin ich froh, wenn sich Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft, auch Jüngere, für das Schöffenamts interessieren und mit uns um die richtigen Urteile ringen.

Herr Heil, bevor Sie zum Schöffen wurden, haben Sie sich in Gerichtsverhandlungen gesetzt und den Ablauf angeschaut. Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie dann das erste Mal neben den Richter:innen saßen?

Heil: Da macht man natürlich erst einmal die Ohren ganz weit auf und guckt: Wie läuft denn das hier so? Ich hatte nicht damit gerechnet, wie viel Mühe sich die einzelnen Kammern des Gerichts bei jedem Prozess geben, um ein gerechtes Urteil zu finden.

Die Urteile haben Sie mit den Richter:innen zusammen gefällt. Haben Sie dabei ein Machtgefühl gespürt?

Heil: Ich habe dieses Amt nie als Macht erlebt. Man bestraft jemanden für das, was er getan hat – mit einem ausgewogenen Urteil.

Seidel: Es geht um Verantwortung, nicht um Macht. Und unabhängig vom Tatvorwurf spüren wir dieselbe Verantwortung – ob es nun um eine lebenslange Freiheitsstrafe geht mit besonderer Schwere der Schuld oder um eine Geldstrafe. Wenn wir falsche Urteile fällen, dann tun wir in gewisser Weise auch Unrecht.

Als Richterin haben Sie nicht nur jahrelang Erfahrung, sondern auch ein umfangreiches Studium absolviert. Von Schöff:innen wird das nicht verlangt. Ist das nicht ein Ungleichgewicht?

Seidel: Das ist doch kein Ungleichgewicht, es beugt unserer »Blindheit« vor. Man merkt vielleicht Unterschiede bei der Strafzumessung oder der Versuchsmilderung. Wie beim Handwerk haben wir Berufsrichter gelernt, diese Instrumente zu gebrauchen. Die Schöffen nicht. Aber sie prüfen wie ein Kunde beim Tischler: Funktioniert das Ergebnis? Ist das Produkt in Ordnung, quietscht da was oder fehlt da was?

Heil: Ich fände es trotzdem nicht schlecht, wenn man vor dem Amtsantritt eines Schöffen ein paar Schulungen durchführen könnte, damit die Schöffen über bestimmte Prinzipien Bescheid wissen und sich sicherer fühlen.

Seidel: Das stimmt. Es gibt Handreichungen und eine Einführung zum Amtsbeginn. Aber am Anfang ruckelt es immer ein bisschen. Nach zwei, drei Verhandlungen hat man sich an die Abläufe gewöhnt.

Ist es nicht riskant, Bürger:innen ins Gericht zu setzen und zu sagen: Ihr urteilt jetzt mit über diese Leute?

Seidel: Nein, das Risiko sehe ich nicht. Theoretisch ist es denkbar, dass ein Schöffe meint, jetzt mische ich den Laden auf. Erlebt habe ich das aber nie.

Heil: Ich habe mal gelesen, dass es so gewisse Tendenzen geben soll, dass sich Menschen mit religiös-extremer oder politisch-extremer Meinung in die Schöffenfunktionen einschleusen.

Seidel: Es ist durchaus möglich, Schöffen auch zu entlassen. Ein theoretisches Beispiel dafür: Eine Kollegin fällt durch eine extreme Position auf, weil sie etwa die Todesstrafe verhängen will. Da würde natürlich reagiert. Praktisch kann ich Ihnen aber kein Beispiel dafür nennen.

Herr Heil, inwieweit hat Ihre Arbeit als Schöffe Ihnen dabei geholfen, besser zu verstehen, wie Gerichte zu ihren Urteilen kommen?

Heil: Meine Arbeit als Schöffe hat mich vieles überhaupt erst verstehen lassen. Zum Beispiel, wie eine Strafkammer einen Prozess führt, welchen Weg sie geht, um eine Anklageschrift der Staatsanwaltschaft anzuerkennen oder nicht – durch Zeugen, durch Sachverständige oder auch durch die Inaugenscheinnahme von Beweisstücken oder Fotos.

Fühlten Sie sich der Gemeinschaft durch Ihre Arbeit als Schöffe stärker verbunden?

Heil: Ich habe mich einfach nützlich gefühlt, weil ich dazu beitragen konnte, dass Straftaten bewiesen werden konnten und bestraft wurden. Ich fühle mich der Gemeinschaft deswegen aber nicht mehr verbunden. Wir sind keine homogene Gemeinschaft, die in gleichem Maße Straftaten geahndet wissen will. Für manche Straftaten, zum Beispiel unrechtmäßiges Vereinnahmen von Sozialleistungen oder Steuerhinterziehung, besteht in Teilen der Gemeinschaft kein oder wenig Unrechtsbewusstsein.

Sie sind seit etwa zwei Jahren kein Schöffe mehr, weil Sie die Altersgrenze überschritten haben. Hätten Sie weitermachen wollen?

Heil: Ja. Man hat ein anderes Selbstwertgefühl, als wenn man nur am Küchentisch sitzt und auf die nächste Mahlzeit wartet. Ich finde das mit der Altersgrenze auch nicht in Ordnung. Es gibt Unterschiede. Bei manchen sind schon mit 60 Jahren verschiedene Sinne abhandengekommen, ein anderer kann das noch mit 80 Jahren.

Wie finden Sie beide den Satz: Wer als Bürger oder Bürgerin Recht spricht, erfährt den Staat nicht mehr als abstraktes Konstrukt, sondern als etwas, das er oder sie selbst mitträgt.

Seidel: Das trifft es gut. Man bekommt einen internen, sehr intensiven Einblick und merkt, dass ein Gesetz mehr ist als auf Papier geschriebene Worte. Es ist etwas, das wirklich lebt. Das ist auch Sinn und Zweck eines Gesetzes, im Leben geprüft zu werden. Den Satz kann ich so unterschreiben.

Heil: Ja, ich auch.

Katrin Seidel, Jahrgang 1965, arbeitet seit Anfang der 1990er-Jahre in der Justiz des Freistaates Sachsen. Unter anderem war sie Staatsanwältin, Ermittlungs- und Amtsrichterin sowie im Justizvollzug. Seit dem Jahr 2004 ist sie Richterin am Landgericht Leipzig und seit April vergangenen Jahres Vorsitzende der 6. großen Strafkammer.

Thomas Heil, Jahrgang 1949, engagierte sich ab 2009 für über 14 Jahre ehrenamtlich als Schöffe am Landgericht Leipzig. Er wuchs in der DDR auf und arbeitete nach deren Ende als Kundenberater in einer Bank.

David Muschenich, Jahrgang 1996, ist als Korrespondent der taz in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt unterwegs. Dort berichtet er über aktuelle Entwicklungen in Politik und Gesellschaft.

»Die rechtsprechende Gewalt wird durch Berufsrichter und durch ehrenamtliche Richter ausgeübt.«

(§1, Deutsches Richtergesetz)

§ Wo Bürgerinnen und Bürger Recht sprechen

Rote Roben, seitenlange Urteile, grundsätzliche Entscheidungen: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gilt vielen als Sinnbild der Justiz, der dritten Staatsgewalt. Im Alltag sprechen zudem rund 24.700 Berufsrichter:innen tagtäglich Recht, ein im internationalen Vergleich hoher Wert. Was nur wenige wissen: Über 108.000 ehrenamtliche Richter:innen wirken ebenfalls an der Rechtsprechung mit. Sie sind ein integraler Bestandteil der rechtsprechenden Gewalt im Land, in vielen Aspekten den Berufsrichter:innen gleichgestellt und in vielen Gerichtsbereichen beteiligt. Ehrenamtliche Richter:innen sind etwa in Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichten, aber auch – in geringerem Umfang – in Zivil- und Landesverfassungsgerichten tätig.

Die größte Teilgruppe der ehrenamtlichen Richter:innen bilden diejenigen, die in der Strafgerichtsbarkeit mitwirken, diese werden als Schöff:innen bezeichnet. Rund 43.000 Hauptschöff:innen sind so Teil der Strafjustiz, entscheiden am Amtsgericht oder in den Strafkammern der Landgerichte ganz konkret über Schuld und Strafe mit.

Die Beteiligung bei Strafverfahren ist bewusst auf diese Ebene der Rechtsprechung beschränkt. In höheren Instanzen – etwa an Oberlandesgerichten oder am Bundesgerichtshof – entscheiden ausschließlich Berufsrichter:innen. Dort geht es vor allem um die Überprüfung von Urteilen und die Auslegung von Recht, nicht mehr um die unmittelbare Bewertung von Beweisen und konkreten Lebenssituationen.

Wie eben in den Amts- und Landgerichten – und hier bringen Schöff:innen ihre Perspektive mit ein. Ohne juristisches Staatsexamen haben sie bei der Urteilsfindung das gleiche Stimmrecht. Sie tragen dazu bei, dass neben juristischer Fachkenntnis auch Alltagserfahrung und gesellschaftliches Empfinden in die Entscheidung einfließen.

Für die Schöff:innen gibt es ein sogenanntes »Benachteiligungsverbot«. Sie dürfen nicht wegen der Übernahme des Amtes gekündigt werden, und sie haben einen Anspruch darauf, für die Sitzungen freigestellt zu werden, ohne Urlaub dafür zu verwenden. Lohn bekommen die ehrenamtlichen Richter:innen keinen, aber sie können Entschädigung beantragen. Die richtet sich nach dem Bruttoverdienst, beträgt in der Regel aber höchstens 29 Euro je Stunde.

Schöff:innen werden für fünf Jahre gewählt, zuletzt 2023, das nächste Mal 2028. Wer das Amt übernehmen möchte, bewirbt sich bei seiner Gemeinde- oder Stadtverwaltung. Voraussetzung sind unter anderem die deutsche Staatsangehörigkeit, ein Mindestalter von 25 Jahren und, zu Beginn der Amtszeit, ein Alter von unter 70 Jahren – und sie dürfen keine gravierenden Vorstrafen haben. Daten dazu, wie viele Menschen sich in welchem Alter für das Amt bewerben, werden nicht erhoben; seit einem Beschluss des Länderausschusses für Justizstatistik im Jahr 1998 beschränkt sich die Schöff:innenstatistik auf eine Auswertung nach Geschlecht.

Am Ende wählt ein Schöff:innenwahlausschuss die ehrenamtlichen Richter:innen aus. Dabei wird darauf geachtet, dass unterschiedliche Teile der Gesellschaft vertreten sind – neben dem Alter spielen dann auch der Beruf, das Geschlecht und der soziale Hintergrund eine Rolle. So wird Rechtsprechung nicht ausschließlich von Jurist:innen getragen, sondern auch von Bürger:innen, die Verantwortung für den Staat übernehmen.

Mimi

- 1 Was machen Sie? Ich arbeite als Pädagogin in einer jüdischen Kindertagesstätte.
- 2 Was ist Ihnen wichtig im Leben? Familie, Freund:innen, Feminismus, Gleichberechtigung, Tikun Olam (jüdisches Konzept »die Welt reparieren«) und die Werte an die Kinder, mit denen ich arbeite, weiterzugeben.
- 3 Was verbinden Sie mit Deutschland? Ich bin hier groß geworden, auch wenn ich nicht hier geboren bin, Deutschland ist meine Heimat. Ich bin froh, dass ich hier die Freiheiten habe, die ich habe. Dass ich für meine Überzeugungen auf die Straße gehen kann und die Möglichkeit habe, mein Leben so zu führen, wie ich es mir wünsche.





Frauke

- 1 Was machen Sie? Ich organisiere mit meinen Teams in der Verwaltung der Stadt Aachen die Stadtentwicklung, die Mobilität und die Genehmigung des privaten Baugeschehens. Damit sichern wir die Stadtfunktionen im Alltag, und wir richten den Blick nach vorne auf die Frage, wie die Zukunft unserer Stadt aussehen kann.
- 2 Was ist Ihnen wichtig im Leben? Freundschaften, Engagement für das Gemeinwohl, Großzügigkeit und eine tägliche Prise Schabernack.
- 3 Was verbinden Sie mit Deutschland? Ein gefestigtes demokratisches Fundament und etwas zu wenig Heiterkeit.

Text: Katja Dörner und Peter Siller

Das Ganze an einem Ort

Plädoyer für eine republikanische Renaissance der Kommunen in 10 Punkten

Das Vertrauen der Bürger:innen in die Demokratie schwindet, auch in Deutschland nimmt die affektive Polarisierung zu. Raus aus der Wagenburg, rein in den gemeinsamen Aufbruch: Ein Modernisierungsrepublikanismus, der gesellschaftliche Ohnmachtsgefühle und institutionelle Vertrauensverluste zurückdrängen kann, nimmt die Input-Seite der Demokratie in den Blick. Er setzt dort an, wo Bürger:innen und Staat zusammenkommen: in der Kommune vor Ort. Ein Plädoyer für eine neue Republik, mit den Menschen, für die Menschen und vor allem durch die Menschen gestaltet.

1. EINE NEUE BÜRGERSCHAFTLICHE BEZIEHUNG IN DIESER ZEIT

In dieser Zeit der autoritären Gefährdungen gibt es starke Gründe, einen »bürgerschaftlichen Republikanismus« als zentrale strategische Aufgabe zu entdecken und programmatisch zu beschreiben. Ein neuer Republikanismus verstanden als der Versuch, nochmals an die Wurzel der demokratischen Vertrauensverluste zu gehen und eine neue, breite und starke bürgerschaftliche Beziehung zu unserer Demokratie und ihren Institutionen herzustellen. Das setzt eine Stärkung bürgerschaftlicher Begegnungsräume im öffentlichen Raum ebenso voraus wie eine neue Ermöglichung von Bürgerschaft und eine neue Erwartung an Bürgerschaft. Der republikanische Schritt zurück auf die »Input«-Verbindung von Bürgern und Demokratie steht nicht gegen Erneuerung; er ist vielmehr entscheidende Voraussetzung für gemeinsame, nicht nur technokratische Veränderungskraft, für einen »Modernisierungsrepublikanismus«, der nur über ein neues demokratisches Dabeisein entstehen kann, das gesellschaftliche Ohnmachtsgefühle und institutionelle Vertrauensverluste zurückdrängt.

2. EIN BÜRGERSCHAFTLICHER REPUBLIKANISMUS KANN NUR »VON UNTEN« GELINGEN

Im Sinne dieser erneuerten demokratischen Verbindung halten wir die Gestaltungsspielräume der Kommunen für einen entscheidenden Ansatzpunkt. Ein neuer Republikanismus muss von unten kommen, von und aus den Kommunen. Denn dort liegen jene gesellschaftlichen Resonanz- und Erfahrungsräume, in denen sich das Ganze im Kleinen abbildet, in denen auch die ganz großen Dinge besprochen, erstritten und gestaltet werden. Gerade über diese kommunalen Räume können sich ein Gefühl von demokratischem Dabeisein und eine neue republikanische Haltung entwickeln. Deshalb geht es einem neuen Republikanismus von unten im Ausgangspunkt um weit mehr als »kommunale Daseinsvorsorge«. Es geht auch nicht um einen bloß gemeinschaftlichen Lokalpatriotismus, sondern um die gesellschaftlichen Infrastrukturen, Räume und Netze, in denen sich demokratische Bürgerschaft breit und stark konstituiert; um das bürgerschaftliche Dabeisein nicht in einer partikular geschlossenen Gemeinschaft, sondern in einer kommunalen Gesellschaft, einem pluralen Ganzen im Kleinen, in dem auch zusammenkommt, was nicht zusammengehört.

3. ALS BÜRGERIN UND BÜRGER GLEICHWERTIG DABEI SEIN

Der bürgerschaftliche Republikanismus von unten hat in erster Linie all die Räume und Netze im Fokus, in denen gesellschaftliche Begegnung niedrigschwellig stattfindet, an denen man sich – vielleicht auch flüchtig oder beiläufig – sieht und auch riecht, an denen man vorkommt, sich auch über das politisch ganz Große im Kleinen streitet und an denen man so mittut, wie man es leisten kann. Aus dieser Perspektive ist auch das Bild vom »ehrenamtlichen Engagement« unvollständig, das zwar tatsächlich ein großes Pfund ist, aber all jene nicht mit abbildet, die jenseits von Schatzmeister- und Elternsprecher-Posten einfach im Sportverein mitmachen, beim Schulfest abspülen oder sich noch in der Dorfkneipe blicken lassen.

4. EIN PROGRAMM DER ÖFFENTLICHEN RÄUME UND NETZE VOR ORT

Der republikanische Ansatz von unten führt also auf ein ambitioniertes politisches Programm für all jene kommunalen Infrastrukturen, an denen sich ein breites und plurales bürgerschaftliches Zusammensein und Zusammentun alltäglich ereignen können. Dafür entscheidend sind alle »dritten Orte«, die nicht schon durch ihre Zielbestimmung politisch, weltanschaulich, sozioökonomisch oder ethnisch vorsortiert sind; Orte der Bildung, der Arbeit, der Mobilität, des Breitensports oder andere Orte der gesellschaftlichen Begegnung in Kultur- und Naturräumen. In diesem Sinn ist der neue Republikanismus von unten ein selbstbewusster Aufruf für den analogen Raum, in dem wir uns sprichwörtlich wieder als Ganze sehen und aushalten müssen. Die große Aufgabe, den öffentlichen Raum endlich auch digital zu denken, bleibt natürlich dennoch auch im Lokalen – angefangen bei der elementaren Funktion einer lokalen Zeitung mit Informationen und Positionen, auf die man sich gemeinsam beziehen kann, über einen nutzerfreundlichen digitalen Bürgerservice bis hin zur nachbarschaftlichen Vernetzungsplattform.

5. GESTALTUNGSHOHEIT FÜR DIE KOMMUNEN - AUCH EINE AUFGABE DES BUNDES

Eine neue kommunale Trägerschaft der gemeinsamen (Bundes-)Republik und eines gemeinsamen Europas bedeutet dabei keineswegs, dass der Bund seine Kernaufgaben zugunsten einer neuen »Kleinstaaterei« abgeben und dezentralisieren sollte; im Gegenteil: Soweit Dinge bundeseinheitlich geregelt sind, sollte er gemeinsame Instrumente zur Verfügung stellen und auch finanzieren (Beispiel digitale Verwaltung). Damit eröffnet der Bund zugleich selbstbewusst einen Raum der eigenständigen kommunalen Gestaltungshoheit, in dem der ortsspezifische Erfahrungs- und Verständigungsraum im Interesse der gemeinsamen Republik viel stärker zur Geltung gebracht wird als bisher. Dieses Kapitel eines national und europäisch integrierten Republikanismus von unten ist bislang ungeschrieben, und es führt sowohl weg von den schwierigen Erfahrungen eines zentralistischen Republikanismus wie in Frankreich als auch von überzogenen Analogien etwa (historisch) zu Florenz oder (räumlich) zur Schweiz.

6. EINE NEUE VERBINDUNG VON STADT UND LAND

Mit Blick auf die unterschiedlichen Erfahrungs- und Verständigungsräume vor Ort verbietet sich aus republikanischer Sicht eine politische Gesamtstrategie, die ganz auf die Gelingensbedingungen der urbanen Zentren oder umgekehrt ganz auf die der ländlichen Räume setzt. Aber auch ein »Mosaik-Ansatz«, nach dem die Politik je nach sozialräumlicher Zielgruppe ganz andere Ziele ausruft und eine ganz andere Sprache spricht, verliert die gemeinsamen Bezugspunkte, die wir als Republik brauchen. Vielleicht suchen wir danach einmal jenseits beider Pole in den zahlreichen Klein- und Mittelstädten, in denen urbane und ländliche Aspekte zusammenkommen und ausgetragen werden. Es kommt also zum einen darauf an, auf unterschiedliche Lebensorte gleichermaßen adäquate Antworten zu geben, zum anderen ist es an der Zeit, endlich wieder die wechselseitige Angewiesenheit zwischen Stadt und Land deutlich zu machen.

7. NEUE HALTUNG, NEUE GRUNDSÄTZE

In Anerkennung, dass sich ein breites bürgerschaftliches Dabeisein auf der kommunalen Ebene realisiert, bedarf es eines grundlegenden Vertrauens des Staates in die Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger; es gilt, nicht nur die Grundlagen kommunaler Selbstverwaltung wiederherzustellen, sondern diese zu einer kommunalen Selbstgestaltung zu erweitern. Die Kommunen sollten weitestgehende Befreiheit bekommen, ihre öffentlichen Belange selbst zu entscheiden; dies erfordert, dass der Bund und auch die Länder sich darauf beschränken, den Rahmen für gewünschte Entwicklungen zu setzen, aber auf kleinteilige Regulierung verzichten und somit Steuerung und Kontrolle abgeben. Dabei unterstützt der Bund aktiv. Digitale Tools werden zentral zur Verfügung gestellt. Bundesleistungen, die keine Ermessensspielräume mit kommunalem Bezug beinhalten, werden durch Institutionen des Bundes administriert.

»Ein neuer Republikanismus muss von unten kommen, von und aus den Kommunen.«

8. WIE DIE KOMMUNEN SCHON HEUTE BÜRGERSCHAFT STÄRKEN KÖNNEN

Die Kommunen können und sollten schon heute die vorhandenen Handlungsspielräume nutzen. Auch in der Kommune steht und fällt vieles mit den Entscheidungsspielräumen, die die Menschen haben, die sich in den Kommunen engagieren: Mitarbeitende in den Verwaltungen, die die Rückendeckung ihrer Vorgesetzten haben, können Entscheidungen beschleunigen und Ermessensspielräume nutzen. Bürgerinnen und Bürger sind bereit, etwas auf die Beine zu stellen, wenn sie Unterstützung erfahren. Es ist unabdingbar, dass die Kommunen bereit sind, Strukturen und Führungsleitbilder zu entwickeln, um die Versäulung der Verwaltung aufzulösen und programm- und projektorientiertes Arbeiten zu verankern. Viele Kommunen stehen sich mit ihren internen Strukturen selbst im Wege.

9. EIN NEUER, REPUBLIKANISCHER RAHMEN MIT STARKER KOMMUNALER STIMME

Ein nächster Entwicklungsschritt sollte darin bestehen, der kommunalen Ebene eine starke Stimme im föderalen Gefüge zu geben. Zugleich kommt es darauf an, mit diesem Schritt die Komplexität der Entscheidungsprozesse nicht zu erhöhen und deren Geschwindigkeit nicht weiter zu verlangsamen. Das Konnexitätsprinzip im Sinne von »Wer bestellt, bezahlt« ist richtig, verankert aber kein kommunales Mitspracherecht und verhindert auch keine Auseinandersetzungen um die finanziellen Folgen von Bundes- und Landesentscheidungen. Ein realistischer Weg zu einer gestärkten kommunalen Mitsprache in unserer Republik läge in der Institutionalisierung eines eigenen »Ausschusses der Kommunen« im Bundesrat, in dem sich etwa die drei bereits bestehenden kommunalen Spitzenverbände zu einer gemeinsamen, institutionalisierten Stimme zusammenschließen; alternativ könnten die Länder einzelne Bundesratsitze an die kommunale Ebene abtreten; auch der Weg eines kommunalen Ausschusses oder einer kommunalen Kammer auf Landesebene ist interessant. So wichtig es ist, einen neuen Ansatz kommunaler Repräsentanz in der »Groß-Debatte« um eine resiliente, zukunftsstarke Erneuerung unserer Republik aufzurufen, so sollte schon aus den bisherigen Erfahrungen eine kleinteilige und quälende Föderalismusreform III vermieden werden. Die Frage der gestärkten kommunalen Repräsentanz könnte Teil eines »Republikkonvents« zu Beginn der nächsten Legislatur sein, bei dem das ganze Land mit seinen Ebenen und Akteuren einen gemeinsamen Anlauf für eine Neubegründung unserer gefährdeten Demokratie unternimmt.

10. NICHT DIE ERSTE, ABER EINE WICHTIGE AUFGABE: DIE FINANZIELLE STÄRKUNG KOMMUNALER GESTALTUNGSSPIELRÄUME

Die demokratische Frage vom Kopf auf die Füße zu stellen, heißt: mit der republikanischen Ordnung zu beginnen, aber dann auch die finanzielle Ordnung nochmals entsprechend zu justieren; denn wenn Kommunen ihre Aufgaben finanziell nicht adäquat erfüllen können, verstärkt sich ein bestehendes Gefühl von Ausgeschlossenheit und Ungleichbehandlung in der Bevölkerung, und das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz des demokratischen Staates erodiert weiter. Kommunen brauchen eine solide Grundfinanzierung über einen Anteil an den Steuereinnahmen, der dem tatsächlichen Anteil ihrer Leistungen entspricht. Der beschriebene Weg bedeutete deshalb auch das Ende von Förderprogrammen des Bundes, der Länder und der EU mit viel Bürokratie und Kontrolle, die einen Aufwand erfordern, den gerade kleine Kommunen oft gar nicht mehr leisten können. Zudem könnte eine Repräsentanz der Kommunen im föderalen Gefüge, je nach Ausgestaltung, auch direkte Finanzbeziehungen zwischen Kommunen und Bund ermöglichen.

Katja Dörner hat als ehemalige Oberbürgermeisterin von Bonn (2020-2025) und Vizepräsidentin des Deutschen Städtetags (2023-2025) einen klaren Blick auf die kommunalen Gestaltungschancen und -hemmnisse. Von 2009 bis 2020 war sie Bundestagsabgeordnete und ab 2013 stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen.

Peter Siller ist Vordenker und Mitgestalter in republikanischen Grundsatzfragen, u. a. als vormaliger Leiter des Leitungsstabs Transformationspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, als Leiter des Planungsreferats im Bundespräsidialamt und Abteilungsleiter Inland der Heinrich-Böll-Stiftung.

Vor Ort in der Kommune treffen Bürger:innen auf den Staat, auf Politik und Verwaltung. Diese zentrale Schnittstelle, an der »der Staat« greifbar und konkret wird, findet aber zu wenig Beachtung und steht unter massivem Druck, findet Claudia Kalisch, Oberbürgermeisterin von Lüneburg und Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages.

Demokratie beginnt am Empfangsschalter

Text: Claudia Kalisch

Kürzlich haben wir in Lüneburg das erste Kant-Museum Deutschlands eröffnet – getragen von der Ostpreußischen Kulturstiftung, gefördert mit 5,7 Millionen Euro vom Bund und 2,3 Millionen Euro vom Land. Ein großer Tag für unsere Stadt, begleitet von hochrangigen Gästen aus Politik und Wissenschaft.

Daneben wirkt das Ausbessern eines Schlaglochs oder die Reparatur einer Schultoilette unscheinbar. Und doch zeigen gerade solche Beispiele – so unterschiedlich sie inhaltlich sind – das Dilemma der Kommunen: Wo anfangen, wo aufhören? Und vor allem: Wo beginnt Demokratie eigentlich?

Für mich beginnt sie nicht in Berlin, nicht in Hannover und nicht in Brüssel. Sie beginnt hier in Lüneburg – am Ochsenmarkt 1, Eingang A, am Empfang unseres Rathauses.

Ein unspektakulärer Ort: ein gläserner Windfang, ein Tresen, ein freundliches »Guten Tag«. Für viele Menschen ist genau hier der erste Kontakt mit dem Staat. Mit »denen da oben«. Mit der Verwaltung. Hier zeigt sich, dass unser Staat funktioniert (oder wo auch nicht). »Wo beantrage ich Wohngeld?« »Ich brauche einen neuen Personalausweis«, »Die Mülltonne wurde nicht geleert«, »Die Laternen in unserer Straße sind ausgefallen«, »Die Schultoilette ist kaputt«, »Wo kann ich kostenlos parken?«

Das sind keine Nebensächlichkeiten. Das ist gelebte Demokratie – im Alltag, im direkten Kontakt, im Kleinen. Denn sie bedeutet, Menschen zu empfangen: mit ihren Fragen, Sorgen, Ideen und ihrem Ärger. Und diese Anliegen müssen geklärt werden – unabhängig davon, wer gerade Bundeskanzler, Ministerpräsident oder Oberbürgermeisterin ist.

Als Verwaltungschefin einer Stadt mit rund 75.000 Einwohner:innen ist es meine Aufgabe, dieses Leben vor Ort zuverlässig, gerecht und zukunftsfähig zu gestalten. Eine Herausforderung – und eine erfüllende Verantwortung. In Gesprächen mit Kolleg:innen im Deutschen Städtetag spüre ich überall dieselbe Motivation: Kommunen als »lebendigen Staat vor der Haustür« zu entwickeln und zu stärken.

Doch unsere Demokratie steht unter Druck – durch eine komplexer werdende Welt und eine digitale Öffentlichkeit, in der Empörung oft schneller ist als Nachdenken, Vereinfachung lauter als Vernunft und Verunsicherung wirkmächtiger als Fakten.

Gerade dann können Rathäuser etwas entgegensetzen: Verlässlichkeit, Transparenz und Nähe.

Dazu gehört auch, Menschen stärker zu beteiligen – in Sprechstunden, verschiedenen Beteiligungsformaten oder Bürger:innenräten. Viele Verwaltungen haben ihren Blick geweitet und ihr Denken erneuert. Nun braucht es auch ein Umdenken bei Bund und Ländern: Was brauchen Kommunen wirklich? Es geht nicht nur ums Geld – aber ohne ausreichende Mittel bleibt vieles Theorie.

Der Deutsche Städtetag warnt eindringlich vor einer kommunalen Finanzkrise und fordert gemeinsam mit anderen Spitzenverbänden eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen. Der derzeitige Dreiklang aus mehr Aufgaben, mehr Ausgaben und weniger Einnahmen droht uns Kommunen handlungsunfähig zu machen. Und das bringt unsere Demokratie in Gefahr.

Gustav Heinemann sagte: »Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.« Wenn wir kommunale Selbstverwaltung, Föderalismus und

unseren freiheitlich-demokratischen Staat erhalten wollen, müssen wir jetzt handeln.

Oft wird politisch immer zuerst von Berlin aus gedacht – und erst ganz zum Schluss an die Kommunen, die all die Gesetze und Ideen umsetzen sollen. Doch handlungsfähige Städte und Gemeinden sind kein Luxus, sie sind die Grundlage unserer Demokratie.

Kommunale Selbstverwaltung ist das verfassungsrechtlich garantierte Recht, die eigenen Angelegenheiten eigenverantwortlich zu regeln – zum Wohl der Menschen vor Ort. Gesunde Kommunen sind die Basis und damit Voraussetzung eines gesunden demokratischen Gemeinwesens!

Ich wünsche mir, dass das Gemeinschaftsgefühl all jener weiter wächst, die zu unserem Staat stehen, in Parteien und in politischer Verantwortung, auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, in Sportvereinen, Kirchen, Initiativen, Blaulichtorganisationen und ganz besonders in den Verwaltungen.

Sie alle machen uns stark.

Claudia Kalisch (Bündnis 90/Die Grünen) ist seit November 2021 Oberbürgermeisterin der Hansestadt Lüneburg. Zuvor war sie u. a. als Ratsmitglied und Samtgemeindebürgermeisterin kommunalpolitisch tätig. Kalisch ist seit 2022 Mitglied im Hauptausschuss, seit 2023 Mitglied im Präsidium und seit 2026 Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages. Der Deutsche Städtetag vertritt die Interessen aller kreisfreien und der meisten kreisangehörigen Städte, ihm gehören rund 3.200 Städte und Gemeinden mit rund 54 Millionen Einwohner:innen an.

Überall in Deutschland entstehen neue Orte, weil Menschen nicht warten, sondern anpacken. Sie organisieren Nachbarschaft, halten Strukturen aufrecht und übernehmen Verantwortung, wo sie gebraucht wird. Vier Beispiele zeigen, wie Ehrenamt Zusammenhalt stiftet und gegenseitigen Respekt stärkt – und wie eine Republik vor Ort mit Leben gefüllt wird.

Wenn aus Gemeinschaft Gesellschaft wird

Protokoll: Manuela Heim
Illustration: Martha Burger

Räume schaffen: Der Dorfladen als neues Zentrum einer aktiven Dorfgesellschaft

»Wir haben uns zurückgeholt, was verschwunden war.«

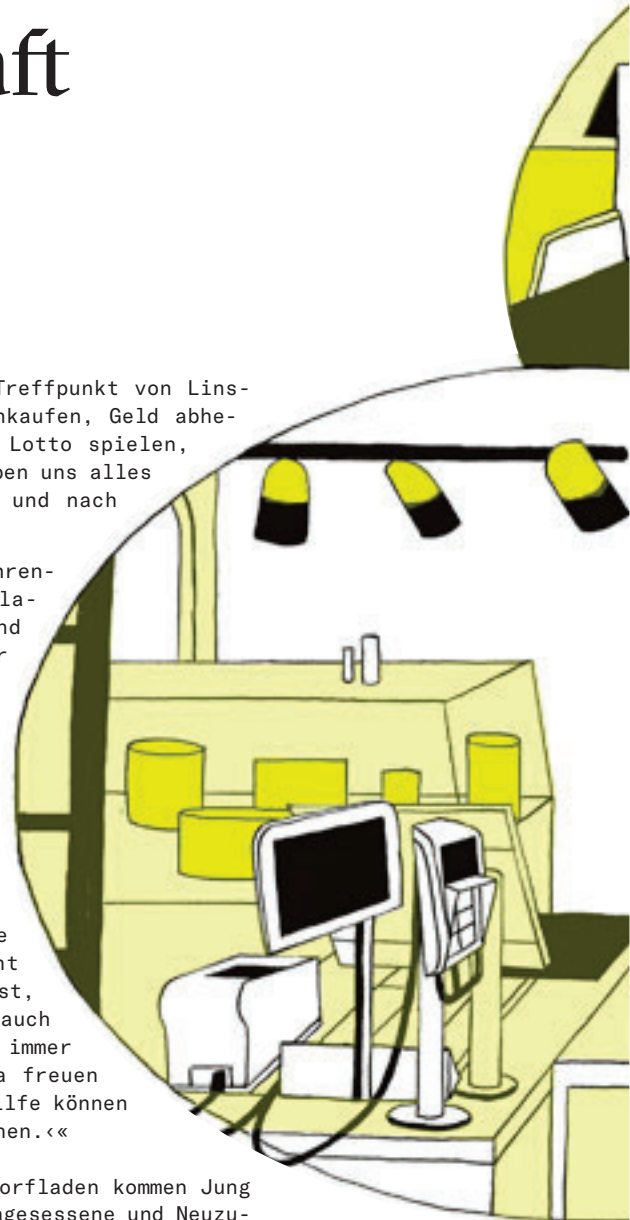
In Linsburg, einem 1.000-Seelen-Dorf zwischen Bremen und Hannover, war Jürgen Leseberg 20 Jahre lang parteiloser Bürgermeister und hat in dieser Funktion die Gründung des Dorfladens maßgeblich vorgebracht. Inzwischen ist der 74-Jährige ehrenamtlicher Vorstand des Dorfladens, der 2025 zum deutschen Dorfladen des Jahres gekürt wurde. Der Dorfladen gehört den Bewohner:innen des Ortes – fast alle halten Anteilsscheine. Er arbeitet wirtschaftlich, in Kooperation mit einer privaten Supermarktkette. Aber ohne das kommunalpolitische und ehrenamtliche Engagement wäre er nie entstanden.

DIE MISSION: »Wir hatten in Linsburg mal 1.100 Einwohner. Wir hatten Bäcker, Schlachter, Kneipen, zwei Banken, das war ein lebendiges Dorf. Dann ging die Einwohnerzahl runter, und in den letzten zwanzig Jahren ist alles verschwunden. Auf einmal war nur noch eine Kneipe da, und die machte dann vor gut zehn Jahren auch dicht. Es gab nicht mal mehr einen Ort, an dem man sich nach Beerdigungen treffen konnte. Das wollten wir vom Gemeinderat nicht hinnehmen, wir konnten doch nicht zusehen, wie alles stirbt. Also haben wir einen Aufruf gemacht und gesagt: ›Mensch, lasst uns was dagegen unternehmen.« Wir haben uns in der alten Kneipe getroffen, und es sind so viele Leute gekommen, die schon lange gar nicht mehr ins Gespräch gekommen waren. Mit unheimlich viel ehrenamtlicher Arbeit haben wir das dann auf die Beine gestellt, die Gemeinde hat mit Fördergeldern die Gastwirtschaft gekauft, und die Einwohner haben sie alle zusammen renoviert. Heute ist der

Dorfladen der soziale Treffpunkt von Linsburg. Hier kann man einkaufen, Geld abheben, die Post abgeben, Lotto spielen, Kaffee trinken – wir haben uns alles zurückgeholt, was nach und nach verschwunden war.«

DAS EHRENAMT: »Ohne Ehrenamt gäbe es den Dorfladen ja gar nicht, und auch heute haben wir noch mehrere Leute, die ehrenamtlich im Café und im Dorfladen mitarbeiten. Sie können mitgestalten und werden gebraucht. Das gilt auch für mich, so bin ich aufgewachsen: im Gefühl, mitverantwortlich zu sein für die Allgemeinheit und nicht nur für mich. Wichtig ist, dass dieses Engagement auch jemand anerkennt. Dass immer wieder jemand sagt: ›Da freuen wir uns drüber, deine Hilfe können wir richtig gut gebrauchen.«

DIE BEGEGNUNGEN: »Im Dorfladen kommen Jung und Alt zusammen, Alteingesessene und Neuzugezogene – inzwischen haben wir wieder viele Neubürger, wir sind ein beliebter Ort. Und wenn wir zur Dorf- und Feldpflege aufrufen, dann kommen alle. Wir haben auch keine Probleme, Kandidaten für die Kommunalwahlen zu finden, wie andere Dörfer. Weil die Linsburger einander kennen, sich verantwortlich und wertgeschätzt fühlen für das, was sie für den Ort machen. Und dann geht es noch um etwas anderes: Meine alte Nachbarin war über 90 und kam manchmal zwei Mal am Tag in den Dorfladen. Nicht weil sie vergesslich wurde, sondern weil sie ein bisschen einsam war und sich gefreut hat, wenn da einfach jemand zum Quatschen war.«





**Räume überwinden:
Mit den Landfrauen
Distanzen überwinden**

»Wir geben dem ländlichen
Raum eine starke Stimme.«

Auch die Lebensrealität von Familien in ländlichen Räumen ist vielfältig, viele Klischees von »Landleben« sind überholt. Eines aber bleibt: Weite Wege und ausgedünnte Infrastrukturen bringen alltägliche Herausforderung mit sich. In den Landfrauenverbänden vernetzen sich Frauen seit der Nachkriegszeit. Ihre Projekte schaffen Begegnungsorte, thematisieren Lebens- und Arbeitsbedingungen, verschaffen weiblichen Perspektiven im Alltag und in der Kommunalpolitik mehr Gewicht. Auch die Förderung der politischen Repräsentation von Frauen steht mittlerweile auf der Agenda. Inzwischen gibt es auch eine jüngere Generation, die sich zusammenschließt. Caroline Stegelmann, 45, ist eine von ihnen und Teil der »Jungen Landfrauen östliches Vorpommern«.

DIE MISSION: »Bei den Landfrauen geht es darum, die ländliche Region mitzugestalten und sich als Teil einer Gemeinschaft zu fühlen. Ich bin vor 13 Jahren auf einen Hof in Mecklenburg-Vorpommern gezogen und gerade, wenn man neu irgendwo ist: Da wartet keiner auf einen und sagt, »Schön, dass du jetzt da bist«. Da muss man sich engagieren, sozusagen einen Kuchen mehr backen. Mit dem Kuchenstand beim Dorffest verbinden viele die Landfrauen, und das ist tatsächlich ein wichtiger Teil unserer Arbeit. Das Leben auf dem Land ist traditioneller, aber auch uns beschäftigen progressivere Themen. Als ich hier bei den Landfrauen dazukam, war ich eine der Jüngsten und habe mit ein paar Gleichgesinnten die »Jungen Landfrauen östliches MV« gegründet. Wir vernetzen uns über die sozialen Medien, treffen uns regelmäßig, organisieren Veranstaltungen wie Frauenflohmärkte oder Workshops zum Thema Altersvorsorge – das ist gerade für die Frauen von Landwirten ein großes Thema. Aber wir sind auch nach wie vor bei den Veranstaltungen der erfahrenen Landfrauen dabei – zum Beispiel als Decken genäht wurden für Frauen in Frauenhäusern. Wir stehen füreinander ein, und im Verbund sind wir Frauen auch sichtbarer, sprechen mit stärkerer Stimme.«

DAS EHRENAMT: »Viele sagen heute, sie haben keine Zeit und es ist alles so schwierig, aber uns geht es doch gut! Wenn ich an das Leben meiner Oma denke, das war noch viel härter, und trotzdem haben sich die Frauen und die verschiedenen Generationen füreinander engagiert. Meine beiden Großmütter waren bei den Landfrauen, meine Mutter ist es immer noch. Wir arbeiten fast alle ehrenamtlich, und es ist auch wichtig, das den Kindern mitzugeben. Hier gilt es auch eine Vorbildfunktion zu leben und etwas für die Gesellschaft zu tun.«

DIE BEGEGNUNGEN: »Bei uns auf dem Land gibt es nicht wie in der Stadt Kultureinrichtungen, die Begegnungsorte schaffen, zu denen man einfach nur hingehen braucht. Wir müssen selbst was bewegen, sonst sitzt jede nur auf ihrem Hof. Dafür ist das Miteinander auch individueller, von uns selbst gestaltet. Bei den Landfrauen begegnen sich junge und alte Frauen, aus der Landwirtschaft und ganz anderen Berufen, Zugezogene und Alteingesessene, aus dem Osten und dem Westen. Was am Ende zählt, ist nicht, woher du kommst, sondern, dass du dich einbringen willst für die Gemeinschaft. Die Landfrauen geben dem ländlichen Raum eine starke Stimme, das ist unser Anspruch.«

Gekonnt streiten: Ein Raum für gewinnbringende Kontroverse

»Damit auch die Leisen
zu Wort kommen.«

Ulrich Post ist Experte für Entwicklungs- politik, er war lange im südlichen Afrika und in der Welthungerhilfe aktiv. Aber was tun, wenn vor der eigenen Haustür die Dinge schief laufen? Wenn in der Gesellschaft die Räume immer rarer werden, in denen respektvoll diskutiert wird? Zusammen mit einer Schauspielfeldregisseurin und einem Ex-Bio- tech-Unternehmer hat Post das Konzept für den »Respektraum« entwickelt – einen republikanischen Begegnungsort mit Spielregeln. Die kostenlosen Respekträume finden inzwischen in ganz Deutschland statt.

DIE MISSION: »Das Projekt Respektraum haben wir gegründet, weil wir es unerträglich fanden, wie die Leute einander vor allem in den sozialen Medien beschimpfen und runtermachen. Im vergangenen Jahr haben wir 34 Respekträume mit ganz unterschiedlichen Partnern in verschiedenen Städten veranstaltet. Man muss sich das so vorstellen: In einem Raum hängen verschiedene Thesen zu Migration, Menschenrechten, Religion, Respekt – zu den Grundwerten des Zusammenlebens. So eine These schnappst du dir und setzt dich an einen Tisch und dann setzt sich ein anderer dazu und ihr diskutiert miteinander. Das Ganze wird moderiert, es gibt Spielregeln, die dafür sorgen, dass ein echtes Gespräch entsteht, dass Meinungen begründet werden müssen und dass auch die Leisen zu Wort kommen. Später können eigene Thesen formuliert werden. Wir kooperieren mit Museen, Theaterfestivals, Cafés, Buchläden, Universitäten, Unternehmen und vielen anderen. An manchen Orten wird das Projekt bereits auf eigene Faust weitergeführt – wie ein gemeinnütziges Franchise-Unternehmen, das ist besonders toll. Inzwischen haben wir auch ein Paket für Schulen, das zum Selbstkostenpreis erworben werden kann.«

DAS EHRENAMT: »Ich bin seit meiner Jugend immer auch ehrenamtlich tätig gewesen, um etwas zu bewegen. Zuletzt habe ich hauptamtlich viele Jahre, sehr gerne und sehr viel in der Entwicklungshilfe gearbeitet. Und dann kam die Rente, und ich hatte Sorge, dass ich in ein Loch falle. Es tut mir einfach gut, zusammen mit anderen positiv denkenden Menschen etwas mit dem zu machen, was ich nicht gut finde in der Gesellschaft. Nicht zu meckern, sondern zu gestalten. Und das Gefühl zu haben, auch außerhalb der Familie gebraucht zu werden.«



DIE BEGEGNUNGEN:

»Wir waren in ost-, süd-, nord- und westdeutschen Städten und haben viele Gespräche unter Studenten, Managern, Rentnern und Geflüchteten erlebt. Natürlich kommen vor allem die Aufgeschlossenen, aber gerade in Unternehmen sind das längst nicht alle Grünen-Wähler. Und was fast immer als Feedback kommt: wie wenig Gelegenheit es doch gibt, über die Dinge, die einen bewegen, respektvoll und ohne Moralisieren zu sprechen. Wie sehr das wappnet für Gespräche im Alltag und gegen das Gefühl von Ohnmacht. Das Bedürfnis danach finden wir überall, wo wir hinkommen.«

Haare schneiden: Respekt macht den Unterschied

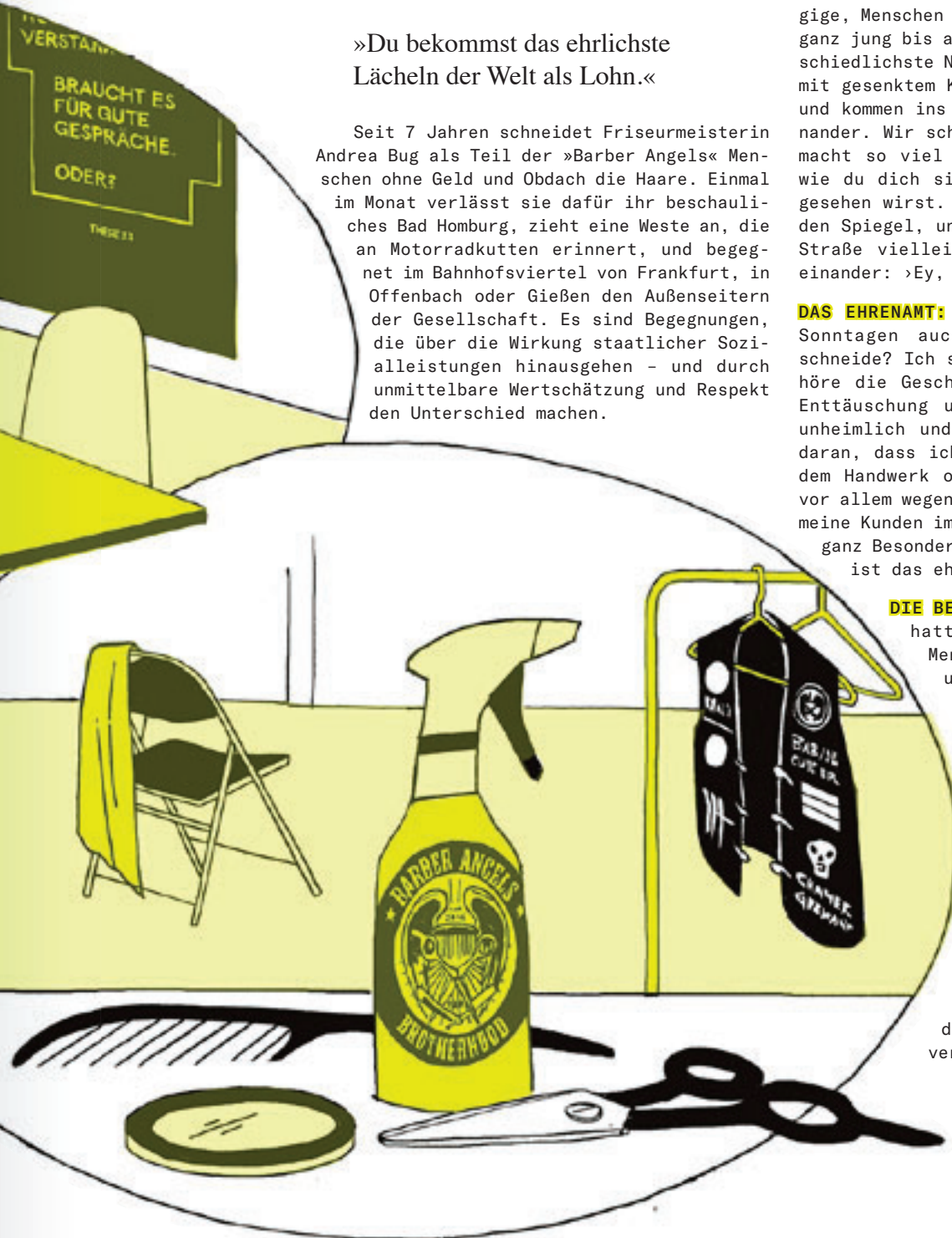
»Du bekommst das ehrlichste Lächeln der Welt als Lohn.«

Seit 7 Jahren schneidet Friseurmeisterin Andrea Bug als Teil der »Barber Angels« Menschen ohne Geld und Obdach die Haare. Einmal im Monat verlässt sie dafür ihr beschauliches Bad Homburg, zieht eine Weste an, die an Motorradkuppen erinnert, und begegnet im Bahnhofsviertel von Frankfurt, in Offenbach oder Gießen den Außenseitern der Gesellschaft. Es sind Begegnungen, die über die Wirkung staatlicher Sozialleistungen hinausgehen – und durch unmittelbare Wertschätzung und Respekt den Unterschied machen.

DIE MISSION: »Die Barber Angels schneiden Menschen die Haare, die sich das sonst nicht leisten könnten. Wir gehen in karitative Einrichtungen, in meinem Fall im Raum Frankfurt am Main, meist sonntags, ungefähr einmal im Monat. Unsere Gäste sind Drogenabhängige, Menschen ohne Wohnung oder Obdach. Von ganz jung bis alt, Männer und Frauen, unterschiedlichste Nationalitäten. Oft kommen sie mit gesenktem Kopf rein in den Frisierstuhl und kommen ins Gespräch, mit uns und miteinander. Wir schneiden »nur« Haare, aber das macht so viel – mit dem Selbstwertgefühl, wie du dich siehst und wie du von anderen gesehen wirst. Am Ende schauen die Gäste in den Spiegel, und auch die, die sich auf der Straße vielleicht spinnefeind sind, sagen einander: »Ey, du siehst aber toll aus.«

DAS EHRENAMT: »Warum ich an meinen freien Sonntagen auch noch ehrenamtlich Haare schneide? Ich schaue in diese Gesichter und höre die Geschichten von Kampf, Hoffnung, Enttäuschung und Verlust. Das erdet mich unheimlich und erinnert mich immer wieder daran, dass ich diesen Job nicht nur wegen dem Handwerk oder dem Geld mache, sondern vor allem wegen den Menschen. Ich liebe auch meine Kunden im Salon, aber das hier ist was ganz Besonderes: Was ich als Lohn bekomme, ist das ehrlichste Lächeln der Welt.«

DIE BEGEGNUNGEN: »Berührungsängste hatte ich nie. Mensch bleibt Mensch, alles andere sind Vorurteile. Neulich hatte ich einen Gast, der mir erzählt hat, wie er auf den Drogen gelandet ist. Und der hat mich in seiner ganzen Art und mit seinem Charisma so sehr an einen Salonkunden von mir erinnert – einer mit einem guten Leben, mit Haus und allem Drum und Dran. Das berührt mich. Viele wollen da nicht hinsehen. Aber ich glaube, dass auch deshalb so viel falsch läuft in der Welt, weil wir die Augen verschließen.«



Manuela Heim ist Redakteurin bei der taz. Sie schreibt vor allem über Gesundheitspolitik und soziale (Un-)Gerechtigkeit.

Lukas

- 1 Was machen Sie? Ich bin Förster im Bayerischen Staatswald.
- 2 Was ist Ihnen wichtig im Leben? Die Möglichkeit zu haben, meinen Leidenschaften nachzugehen.
- 3 Was verbinden Sie mit Deutschland? Deutschland ist meine geografische Comfort Zone.



Nicole

- 1 Was machen Sie? Als Bundeswehr-Offizierin führe ich Soldatinnen und Soldaten, und ich bin in der Kompanie für Organisation und Ausbildungsplanung zuständig.
- 2 Was ist Ihnen wichtig im Leben? Ich möchte einen Sinn in dem erkennen, was ich tue, und das Leben der Menschen in meinem Einflussbereich positiv beeinflussen.
- 3 Was verbinden Sie mit Deutschland? Mit Deutschland verbinde ich Freiheit und Demokratie und Werte, für die ich eintreten will.

Aus Gewissensgründen verweigerte der Theologe Stephan Anpalagan den Kriegsdienst. Heute, nach der Zeitenwende, setzt er sich für eine starke Bundeswehr ein.

Das Land lieben, die Menschen verteidigen, den Nachbarn beistehen

Text: Stephan Anpalagan

Ich bin gläubiger Christ. Mit großer Familie. Mir sind Sicherheit und Ordnung wichtig. Ich glaube an das Aufstiegsversprechen und das Leistungsprinzip. Ich mag die schönen Dinge des Lebens und kann nachvollziehen, dass nicht alles, was früher gut war, heute schlecht sein muss.

Ich habe ein Buch geschrieben über die Sehnsucht vieler Migranten, in Deutschland anzukommen und die Bundesrepublik zu ihrer Heimat zu machen. Die erste Kapitelüberschrift und der letzte Satz in meinem Buch lauten: »Ich liebe dieses Land« und »Man kann dieses Land nur mit gebrochenem Herzen lieben. Aber man kann es lieben.«

Würde man all diese Informationen nebeneinander legen, hätte man beim Konservatismus-Bingo schnell alle Felder beisammen. Das ist bemerkenswert. Nicht nur deshalb, weil ich mich selbst nicht als konservativ verstehe, sondern auch, weil sich viele Konservative schwertun würden, mit mir im selben Verein zu spielen.

Zu Recht.

Gerade das, was vielen Konservativen lieb und heilig ist – die »Liebe zur Heimat« und die »Treue zum Vaterland« –, waren lange Zeit Kategorien, die ich nicht unbedingt positiv wahrgenommen habe. Zu sehr war alles das mit den schwarz-weißen Bildern in meinem Geschichtsbuch verwoben. Deutsche Männer in Sportstadien, die sich für den »totalen Krieg« begeistern. Dazu die ungebrochenen Kontinuitäten vieler Wehrmachtsoffiziere, die nach dem Ende des »Dritten Reiches« in Bundeswehr, Polizei und Geheimdienst weitermachen konnten, ohne für ihre Menschheitsverbrechen zur Verantwortung gezogen zu werden.

Heimat. Vaterland. Treue. Ehre. Schwierig.

Aber auch wenn es den Progressiven, Liberalen, Linken und Grünen nur schwer über die Lippen gehen mag ... Dieses Land, unsere Heimat, ist ein schönes und lebenswertes Fleckchen Erde. Mit wunderbaren Menschen. Ein Land mit einer bemerkenswerten Geschichte, aus der Licht und Schatten in die Gegenwart hineinragen. Ich habe als Manager und Unternehmensberater nahezu jede Ecke Deutschlands besucht und kann nicht anders, als dieses Land zu lieben. Es tut mir in der Seele weh, wenn ich sehe, wie abgehängt meine Landsleute und wie perspektivlos meine Mitmenschen sind. Wie sich Rechtsextreme aufmachen, diese Unzufriedenheit in Wut und diese Wut in Hass zu übersetzen.

Die inneren Gefahren sind derart groß, dass man darüber nicht der Versuchung erliegen darf, die äußeren Bedrohungen aus den Augen zu verlieren. Russische, chinesische, US-amerikanische oder sonstige Despoten machen sich auf, die Welt, und damit auch Europa, neu aufzuteilen.

Ich wünschte, es wäre anders. Ich wünschte, ich könnte mir selbst, meinen Kindern und meinen Kindeskindern etwas anderes erzählen. Ich wünschte, ich könnte meinen Eltern, die aus einem Kriegsgebiet geflohen sind, versprechen, dass der Krieg ihre neue deutsche Heimat nicht erreichen wird. Ich wünschte mir, wir könnten allesamt in Frieden leben, ohne uns auf den Krieg vorbereiten zu müssen.

Als Joschka Fischer im Jahr 1999 vor seine Partei tritt und den ersten Militäreinsatz der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg verkündet, wird er niedergeschrien. Ein Farbbeutel platzt neben seinem rechten Ohr. Fischer schreit zurück,

»Wir alle, Einheimische und Einwanderer, Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund, Konservative und Progressive werden uns zusammenreißen und die gesellschaftlichen Gräben überwinden müssen, wenn dieses Land, unsere Heimat, eine Zukunft haben soll.«

plädiert für einen Bundeswehreinsatz, um den Völkermord in Jugoslawien zu beenden. Dabei sagt er etwas, was mir seit nunmehr 27 Jahren nicht mehr aus dem Kopf geht:

»Ein ganzes Volk zum Kriegsziel zu nehmen, zu vertreiben durch Terror, durch Unterdrückung, durch Vergewaltigung, durch Ermordung und gleichzeitig die Nachbarstaaten zu destabilisieren, dies bezeichne ich als eine verbrecherische Politik. (...) Frieden setzt voraus, dass Menschen nicht ermordet, dass Menschen nicht vertrieben, dass Frauen nicht vergewaltigt werden. Das setzt Frieden voraus.«

Ich muss immer wieder an das Bild des farbverschmierten Joschka Fischer und an seine Worte denken. Ich muss an diese Worte denken, wenn ich die Bilder aus Mariupol, Butscha und Marjinka sehe. Wieder Krieg, wieder Völkermord im Herzen Europas. In der Mitte unseres Kontinents. In unserer direkten Nachbarschaft. Frauen werden vergewaltigt, Kinder werden verschleppt, Männer werden in Kellern gefoltert. Wenn die russischen Schergen fertig sind mit ihren Opfern, richten sie ein Blutbad an.

Ich bin nicht konservativ. Joschka Fischer war nicht konservativ. Aber gerade aus der tiefen Überzeugung heraus, dass die Schwachen Schutz und die Schutzlosen Beistand benötigen, kann niemand diesen Horror zulassen.

Ich habe nun ein zweites Buch geschrieben. Es handelt davon, warum sich ein Mensch wie ich - Migrant, Kriegsflüchtling, Zivi, Theologe, mittelkonservativ - mit Landesverteidigung, Wehrpflicht, »Kriegstauglichkeit« und »Doppel-Wumms« auseinandersetzt. Warum er darüber nachdenkt, seine Kriegsdienstverweigerung zu widerrufen. Und warum er leidenschaftlich für eine Auseinandersetzung mit Militär und Soldatentum plädiert.

Wir alle, Einheimische und Einwanderer, Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund, Konservative und Progressive, werden uns zusammenreißen und die gesellschaftlichen Gräben überwinden müssen, wenn dieses Land, unsere Heimat, eine Zukunft haben soll.

Dazu gehört die feste Überzeugung, dass es sich für diese Heimat zu kämpfen lohnt. Dass wir die Bundeswehr dringend in einen funktionalen Zustand versetzen müssen und die Solidarität mit unseren europäischen Nachbarn nicht weniger als unsere verdammte Pflicht ist. Lassen Sie uns gemeinsam für dieses Land kämpfen, seine Menschen verteidigen und unseren europäischen Nachbarn beistehen. Unabhängig davon, in welchem politischen Verein wir spielen.

Stephan Anpalagan ist Autor, Moderator, evangelischer Theologe und ehemaliger Personalmanager. Er ist Kolumnist beim Stern und schreibt für das politische Feuilleton der Zeit. Außerdem ist er Vorsitzender der Jury des Grimme Online Awards und Mitglied der Jury des Grimme-Preises. Als Lehrbeauftragter an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW bildet er Polizist:innen in den Fächern Ethik und Interkulturelle Kompetenz aus.

► Zum Weiterlesen

Stephan Anpalagan:
Für den Frieden – Widerruf meiner
Kriegsdienstverweigerung, Fischer 2026.

Ein meinungsstarker Beitrag zu Kriegstüchtigkeit und Wehrpflicht, in dem der Autor von seiner moralischen Kehrtwende berichtet und argumentiert, dass Frieden nur gemeinsam – von Alteingesessenen wie Zugewanderten – und mit einer starken Bundeswehr erhalten werden kann.

Die Debatte um die Wehrpflicht oder einen neuen Gesellschaftsdienst bewegt das Land. Im Zentrum steht die Frage, wozu der Staat seine Bürgerinnen und Bürger verpflichten darf. Junge Menschen wären besonders betroffen. Ein Streitgespräch zwischen Leon Eckert und Quentin Gärtner zu einer republikanischen Schlüsselfrage, moderiert von Rabea Haß.

Brauchen wir eine neue Dienstpflicht?

Rabea Haß: Herr Eckert, Herr Gärtner, wir diskutieren heute über Wehrpflicht und Gesellschaftsdienst. Was darf der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern eigentlich abverlangen?

Leon Eckert: Ich bin grundsätzlich gegen jegliches Pflichtelement und sehe die Wehrpflicht als ein Instrument aus einem anderen Jahrhundert. Wenn wir als Gesellschaft nicht erklären können, warum jemand bereit sein sollte, einen so hohen Preis wie sein Leben für diese Gesellschaft zu zahlen, wird jede Pflicht am Ende scheitern. Eine starke Gesellschaft bringt durch Selbstorganisation von unten solidarische Lösungen, wie ein starkes Ehrenamt, hervor. Wir sollten Menschen aus freier Überzeugung gewinnen und nicht durch zentral verordnete Maßnahmen von oben.

Quentin Gärtner: Dem muss ich widersprechen, denn für mich ist der Pflichtdienst heute vor allem ein Versuch, den Frieden

aktiv zu bewahren. Mein Ansatz ist es, die Bundeswehr so stark zu machen, dass es eben gar nicht erst zu bewaffneten Konflikten kommt. Wir müssen die Abschreckung als eine Notwendigkeit begreifen, um die Freiheit, die wir in Deutschland genießen, zu verteidigen. Ohne Sicherheit ist am Ende alles nichts, und dieses sicherheitspolitische Argument sticht für mich den Wunsch nach totaler individueller Freiheit an dieser Stelle aus. Es ist besser, wenn jeder ein Jahr seines Lebens investiert, um sicherzustellen, dass wir wehrhaft sind, als am Ende unvorbereitet in einen Konflikt zu geraten.

Ein zentrales Argument in dieser Debatte ist immer wieder die soziale Durchmischung. Kann ein Dienstjahr die Risse in der Gesellschaft kitten?

Gärtner: Diese Durchmischung an sich wäre bereits wahnsinnig viel wert, da unsere Gesellschaft massiv nach sozialer Herkunft aufgeteilt ist, was schon in Kita und Schule beginnt. Unterschiedliche



▲ Leon Eckert



▲ Quentin Gärtner

Milieus treffen heute kaum noch aufeinander, und auch Vereinsstrukturen brechen zunehmend weg. Ein Dienst beim Bund oder in sozialen Einrichtungen würde junge Menschen mit Personen zusammenbringen, die eine völlig andere Perspektive haben, zum Beispiel wenn man gemeinsam in einer Stube klarkommen muss. Das ist eine gewinnbringende Erfahrung, die man in der eigenen Blase niemals machen würde. Dieses Jahr sollte man dann auch für verstärkte Demokratiebildung nutzen. Das schützt uns auch gegen die Attacken von äußeren Feinden, die davon profitieren, dass wir anfällig für Fake News und Populismus sind. Ein Gesellschaftsjahr könnte genau hier ansetzen und die Resilienz von uns allen stärken.

Eckert: Wenn die Analyse ist, dass unser Schulsystem diese Trennung verfestigt, dann sollten wir das Schulsystem inklusiver und durchlässiger gestalten, anstatt im Nachgang ein Gesellschaftsjahr als »Reparaturbetrieb« obendrauf zu setzen. Mein Staatsverständnis ist, dass der Staat die Voraussetzungen schaffen muss, damit jeder sich mündig einbringen kann. Dafür müssen wir die sozialen und materiellen Voraussetzungen für alle verbessern, um echtes, milieuübergreifendes Engagement zu ermöglichen. Die Gefahr besteht, dass am Ende bei Hunderttausenden zentral organisierten Stellen für Pflichtdiensten die Qualität in der Breite nicht gewährleistet wird und junge Leute gezwungenermaßen stumpf ihre Zeit absitzen.

Wie steht es dabei um die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und innerhalb der Gesellschaft?

Gärtner: Wir haben hier tatsächlich Trade-offs, da wir die Zeit nicht für alle zurückdrehen können. Es gibt jetzt einige »goldene Jahrgänge«, die das Glück hatten, in der Zwischenzeit geboren zu sein, in der es keine Pflicht gab. Ich halte es nicht für richtig, jetzt Menschen in der Mitte ihres Lebens, die vielleicht schon Väter oder Mütter sind und im Job aufgestiegen sind, plötzlich mit Anfang 30 noch für ein Jahr zum Bund zu ziehen. Das ist keine Lösung. Wir müssen uns auf die jungen Leute konzentrieren, auch wenn ein Wandel bedeutet, dass manche begünstigt sind und andere Nachteile haben. Am Ende ist es eine Abwägung: Auf der einen Seite stehen das Leben und die Selbstbestimmung des Einzelnen, auf der anderen Seite das Überleben der Gesamtbevölkerung und der Erhalt unserer Freiheit. Ich wäre an dieser Stelle bereit, Gerechtigkeitslücken hinzunehmen, um die Verteidigungsfähigkeit unserer Demokratie sicherzustellen.

Eckert: Jede Pflicht hat Gerechtigkeitslücken. Wir dürfen uns da nichts vormachen: Je mehr Kapital, Verbindungen oder Bildung jemand hat, desto leichter ist es, eine solche Pflicht zu umgehen. In Kriegsgebieten sieht man oft, dass die Reichsten als Erste weg sind, weil sie am mobilsten sind. Das ist ein furchtbarer Effekt. Wir müssen uns klarmachen, dass wir mit einer Wehrpflicht am Ende auch massiv Eigentum von wenigen verteidigen. Ich möchte diese Gerechtigkeitsfragen erst beantwortet haben, bevor ich junge Menschen dazu bringe, das Eigentum von Leuten zu beschützen, die ihre eigenen Kinder im Zweifel außer Landes bringen. Wenn es um Leben und Tod geht, stellt sich die Frage nach der Gerechtigkeit viel verschärfter als in jedem anderen Politikfeld. Eine Pflicht als Abkürzung zu nutzen, ohne diese tiefen sozialen Ungerechtigkeiten zu adressieren, halte ich für gefährlich.

Trotzdem bleibt das Problem der personellen Unterbesetzung bei der Bundeswehr bestehen. Kommen wir hier mit Freiwilligkeit weiter?

Gärtner: Man hat es über ein Jahrzehnt mit Freiwilligkeit versucht und die Ziele nie erreicht. Selbst mit hoher Vergütung und Boni schaffen wir es nicht, die notwendige Truppenstärke für eine effektive Landesverteidigung aufzubauen. Freiwilligkeit ist ein schöner Wunsch, aber sie stößt an ihre Grenzen, wenn es um die nationale Sicherheit geht. Wir brauchen eine große Anzahl an Reservisten, die eine Grundausbildung

durchlaufen haben, um im Ernstfall mobilisierungsfähig zu sein. Nur so können wir glaubhaft abschrecken und verhindern, dass ein Angreifer denkt, wir seien ein leichtes Ziel.

Eckert: Das Problem ist eher, dass die Bundeswehr als Organisation zu starr und hierarchisch ist. In für die Mitgliedergewinnung dezentralen Strukturen wie der Feuerwehr oder dem THW sehen wir, wie kreativ und erfolgreich Menschen für die Sicherheit gewonnen werden können. Bei der Feuerwehr engagieren sich Leute ehrenamtlich und setzen zum Beispiel in ihrer Freizeit komplexe IT-Lösungen für die Alarmierung per Handy um, weil sie den Sinn dieses Ehrenamtes unmittelbar sehen. Die Bundeswehr hingegen bremst durch ihre starren Strukturen oft genau diesen Gestaltungswillen aus. Es braucht auch mehr Beteiligung, Transparenz und die Stärkung von individuellen Kompetenzen. Eine Pflicht darf keine Abkürzung für politisches Versagen sein, die Bundeswehr neu aufzustellen.

Was wäre denn die wichtigste Zutat für einen Dienst, den junge Menschen gerne leisten, sodass sich die Frage nach Pflicht oder Freiwilligkeit gar nicht mehr stellt?

Eckert: Sinnhaftigkeit und die Abwechslung vom Alltag sind entscheidend. Man muss etwas lernen, was man im normalen Leben nicht erfährt. Das Schöne am Ehrenamt, beispielsweise bei der Feuerwehr, ist, dass man sich auf die Leute neben sich blind verlassen kann, egal woher sie kommen. Diese Sichtbarkeit und Wertschätzung des Einsatzes für die Gemeinschaft müssen wir viel stärker betonen.



▲ Dr. Rabea Haß

Gärtner: Ein Dienst muss eine echte Perspektive bieten und darf sich nicht wie eine lästige Unterbrechung der Biografie anfühlen. Wenn junge Menschen dort Orientierung finden, Demokratiekompetenzen erwerben oder Qualifikationen wie einen Tauchschein oder Sanitätsausbildungen mitnehmen können, steigt die Akzeptanz automatisch. Wenn die ersten Berichte kommen, dass die Zeit dort einen wirklich weitergebracht hat, dann brauchen wir vielleicht gar nicht mehr so intensiv über den Zwang zu streiten, weil die Attraktivität des Dienstes für sich selbst spricht.

Was braucht es aus eurer Sicht, damit wir auch in zehn Jahren noch in einer wehrhaften und sicheren Demokratie leben können?

Eckert: Wir müssen anerkennen, dass wir in einer postheroischen Gesellschaft leben, in der die persönliche Entfaltung des Individuums und dessen Leben viel mehr zählen als die Bereitschaft, für einen Staat oder eine nationale Idee im Kampf zu sterben. In dieser Zeit funktioniert das alte Modell »Pflicht gegen Orden« nicht mehr. Ich warne deshalb davor, eine Pflicht als politische Umgehung zu nutzen, anstatt den harten Weg der Erklärung zu gehen. Wenn Menschen in einem Konflikt sterben, ohne dass wir vorher gesellschaftlich ausgehandelt haben, warum dieser Preis gezahlt werden muss, wird der Grundkonsens zerbrechen. Schon eine kleine Zahl an Menschen, die eine Pflicht nicht verstehen oder ablehnen, reicht aus, um den gesellschaftlichen Frieden massiv ins Wanken zu bringen. Das ist der leichteste Gewinn für unsere

Gegner: Sie müssen keinen Schuss abfeuern, wenn sie unsere Gesellschaft über Desinformation und hybride Attacken an genau diesen Spaltungslinien treffen. Wir können uns nicht vorstellen, wie der Verlust von Angehörigen oder eigenen Kindern eine Gesellschaft ins Wanken bringen kann. Wir brauchen also keine Pflicht von oben, sondern die Ermächtigung der mündigen Bürgerinnen und Bürger von unten.

Gärtner: Ich glaube nicht, dass wir in einer postheroischen Gesellschaft angekommen sind, sondern eher in einer Gesellschaft, die nach Jahren der Sorglosigkeit jetzt massive Angst vor der Zukunft hat. Diese Angst führt zu einem neuen Verantwortungsgefühl. Wir sehen bei der Klimathematik, dass Individualismus allein nicht ausreicht – man kann nicht darauf hoffen, dass jeder von selbst das Richtige tut, während der Nachbar weiter SUV fährt. Wir brauchen einen »Policy-Mix« aus Eigenverantwortung und kollektiver Inpflichtnahme. Nur auf den Einzelnen zu setzen, wird bei existenziellen Fragen wie der nationalen Sicherheit scheitern, genau wie es beim Klimaschutz scheidert. Wir müssen die Bundeswehr so attraktiv machen, wie es geht, aber am Ende ist die Sicherheit die Grundlage für alles andere. Wenn wir die Freiheit verteidigen wollen, müssen wir bereit sein, als Kollektiv einen Beitrag zu leisten. Das ist der Preis für eine wehrhafte Demokratie.

Leon Eckert, Jahrgang 1995, ist seit 2021 Mitglied des Deutschen Bundestags (Bündnis 90/Die Grünen). Er bearbeitet u. a. die Themen Gesamtverteidigung und Bevölkerungsschutz im Innenausschuss. Er vertritt den Wahlkreis Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen und ist bis heute ehrenamtlich aktiv, u. a. bei der Feuerwehr Eching, als Vorsitzender des Deutschen Komitees Katastrophenvorsorge e. V. (DKKV) und als Mitglied des Kreistages des Landkreises Freising.

Quentin Gärtner, Jahrgang 2007, vertrat bis November 2025 als Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz die Interessen von über 7,5 Millionen Schüler:innen gegenüber Politik und Öffentlichkeit, u. a. als geladener Sachverständiger im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages zur Beratung des Wehrdienstmodernisierungsgesetzes. Seit Oktober 2025 studiert er Molekulare Biotechnologie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Er ist Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen und u. a. im Kreisvorstand der Grünen Rems-Murr ehrenamtlich engagiert.

Dr. Rabea Haß promovierte am Institut für Soziologie der Goethe-Universität in Frankfurt am Main zum Freiwilligen Wehrdienst. Zudem forschte sie von 2011 bis 2014 an der Hertie School of Governance zu nationalen und internationalen Freiwilligendiensten. Sie ist Co-Autorin zweier Studien zur Machbarkeit eines Gesellschaftsdienstes in Deutschland und Europa, die sie im Auftrag der gemeinnützigen Hertie-Stiftung von 2021 bis 2024 verfasste.

► Beratung und Diskussion nach der Zeitenwende

Mach, was wirklich zählt.

Unter diesem Motto wirbt und berät die Bundeswehr junge Menschen zu Karrierewegen und Berufsperspektiven, in Uniform oder in Zivil:
www.bundeswehrkarriere.de

Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung?

Es gibt ein breites Beratungsangebot, das jungen Menschen bei dieser lebensprägenden Entscheidung zur Seite steht, etwa im Rahmen der Friedensarbeit der Evangelischen Kirche: www.eak-online.de

Ein Gesellschaftsdienst für alle.

Die Debatte um die Einführung eines Gesellschaftsdienstes bewegt das Land schon länger. Zwei wissenschaftliche Studien der Hertie-Stiftung, erarbeitet von Rabea Haß und Grzegorz Nocko, zeigen konkrete Umsetzungsmöglichkeiten und offene Fragen auf: www.gchst.de/gesellschaftsdienst



Die neue Republik

Porträtserie von Christian Werner

Umut

- 1 Was machen Sie? Ich bin selbstständig als Obst- und Gemüsehändler im Einzelhandel.
- 2 Was ist Ihnen wichtig im Leben? Gesundheit, Frieden, Respekt und Toleranz.
- 3 Was verbinden Sie mit Deutschland? Heimat und Sicherheit. Demokratie und Werte, für die ich einstehen will.



Die neue Republik

Porträtserie von Christian Werner

Urban

- 1 Was machen Sie? Ich leite die Klosterbrauerei Weißenhohe in Oberfranken.
- 2 Was ist Ihnen wichtig im Leben? Mir sind Glück, Zufriedenheit, Nachhaltigkeit und Gesundheit wichtig.
- 3 Was verbinden Sie mit Deutschland? Tradition, Familie, Mittelstand, Handwerk - und auch immaterielle Werte jenseits von Konflikten und Extremkapitalismus. Und Rechtsstaatlichkeit: Die Rechtsstaatlichkeit ist in Deutschland eine sehr wichtige Sache.

Wahlanalysen

Nach der Wahl

Im September 2026 haben die Bürger:innen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern die Wahl – mit Signalwirkung für die gesamte Republik. Die Kurzanalysen der Heinrich-Böll-Stiftung liefern empirisch fundierte Beiträge und ordnen die Wahlen ein.

boell.de/wahlanalysen

Publikationen

Politikstile

Vieles, was wir wissen, wissen wir aus den Medien. In der Studie wird analysiert, wie deutsche Leitmedien über die Politikstile der Spitzenkandidat:innen zur Bundestagswahl 2025 berichtet haben und welchen Einfluss dies auf das Vertrauen in die Demokratie hat.

Wie Wahlen gewonnen werden

Demokratien stehen unter Druck, auch von innen. Doch immer wieder können Parteien und Kandidat:innen aus dem Mitte-links-Spektrum Wahlerfolge erzielen. Die Studie untersucht, wie diese möglich waren und was sich daraus lernen lässt.

Deutschlands Rüstungsbeschaffung in Zeiten transatlantischer Unsicherheiten

Um gegen Angriffe von außen verteidigungsbereit zu sein, rüstet die Republik auf. Welche Herausforderungen bestehen und wie diese bewältigt werden können, zeigt dieses böll. paper auf.

Diese und weitere Publikationen finden Sie unter

boell.de/publikationen

Gespräch

75 Jahre Republik und keine Bundespräsidentin

16. Juni 2026, 18–19.30 Uhr, Heinz Bude, Bettina Munk und Karin Wieland im Gespräch mit Swantje Karich (Der Spiegel) in der Heinrich-Böll-Stiftung.

75 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik ist das höchste Amt noch immer unbesetzt von einer Frau. Was muss eine Gesellschaft sich erst vorstellen können, bevor sie es politisch verwirklichen kann? Aus Fakten, Fiktion und Bildern entwickeln BudeMunkWieland eine Geschichte über Freiheit, Exil, Widerstand und Anpassung – und eine Einladung zur politischen Imagination.

Die neue Republik

Ein gemeinsamer Aufbruch

Konferenz und Ausstellung

26. Juni 2026, ab 12 Uhr bis abends, vor Ort in der Heinrich-Böll-Stiftung und live auf boell.de

Demokratie gegen Autokratie: Wie gut wir uns in diesem Konflikt um Macht und Werte behaupten, wird maßgeblich darüber entscheiden, wie frei wir in Zukunft leben werden. Und doch wirkt die demokratische Mitte oft mutlos und blockiert. Dabei haben wir erhebliche Möglichkeiten, wenn wir unsere Republik gemeinsam erneuern: von Bürger:innen-Power und Gestaltungsmacht vor Ort über bessere Infrastrukturen und Reformen für mehr Fairness und Zusammenhalt bis hin zu einer neuen Wehrhaftigkeit. Mit der Konferenz laden wir dazu ein, diese neue Republik als unsere gemeinsame Sache zu entdecken und sie selbstbewusst mit Leben zu füllen. Ein Tag für alle, die bei einem demokratischen Aufbruch dabei sein wollen, u. a. mit Jacob Frey (Bürgermeister von Minneapolis), Joschka Fischer, Franziska Brantner, Christian Stöcker, Bodo Ramelow, Ricarda Lang, Stephan Anpalagan, Nicola Fuchs-Schündeln, Rainer Forst, Omid Nouripour, Daniela Dröscher, Elisabeth Niejahr, Katarina Peranić und Jérémie Gagné (More in Common). Begleitend gibt es die Fotoausstellung »Die neue Republik« von Christian Werner.

Programmupdates und Anmeldung:

boell.de/die-neue-republik

Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Wirklich?

Sind Frauen gleichberechtigte Bürgerinnen der Republik?
Die Politikwissenschaftlerin Juliane Lang über
den Handlungsauftrag des Staates, sexualisierte Gewalt
und Tradwives.

Drei Fragen an Juliane Lang

böll.thema: Das Grundgesetz ist klar in seinen Worten, aber wie sieht die Realität aus? Sind Frauen ein gleichberechtigter, voll anerkannter Teil unserer Republik?

Die Mütter des Grundgesetzes haben hart darum gerungen, die Gleichberechtigung der Geschlechter in Artikel 3 GG zu verankern. Dieser Artikel enthält auch den Auftrag an den Staat, die Gleichberechtigung tatsächlich durchzusetzen. Dieser Auftrag hat sich auch im Jahre 2026 nicht erledigt! Die Zahl der Gewalttaten gegen Frauen ist weiterhin sehr hoch. Maßnahmen zur Gleichstellung, die Frauen stärker in von Männern dominierte Bereiche wie Politik und Wirtschaft bringen sollen, kommen nur schleppend voran. Viel dramatischer finde ich jedoch die Schiefelage in der öffentlichen Daseinsvorsorge: Alleinerziehende Mütter sind am häufigsten von Armut und Altersarmut betroffen. Kernbereiche der Medizin entwickeln ihre Behandlungsmethoden nach wie vor am männlichen Körper – und das hat Folgen: Frauen werden oft weniger angemessen behandelt und sterben etwa bei Schlaganfällen häufiger.

In den letzten Monaten wurde – wieder – über sexualisierte Gewalt gesprochen, und es beschleicht einen das Gefühl: Diese Debatten kennen wir, bewegt hat sich wenig. Was muss passieren, damit sich wirklich etwas ändert?

Geändert hat sich vor allem, wie über sexualisierte Gewalt gesprochen wird: Immer mehr betroffene Frauen gehen allen Widrigkeiten zum Trotz an die Öffentlichkeit und benennen dabei nicht nur Einzelfälle, sondern auch die strukturelle Dimension von Gewalt gegen Frauen. Sie fordern die Gesellschaft zum Umdenken und die Politik zum Umlenken auf. Der Satz »Es sind nicht alle Männer, aber es ist immer ein Mann« bringt auf den Punkt, dass eine Gesellschaft versagt, wenn sie junge Mädchen dazu erzieht, sich vor Männern zu fürchten – anstatt jungen

Männern beizubringen, gleichberechtigt und gewaltfrei mit Frauen zu leben. Unter dem Eindruck der #MeToo-Bewegung hat die Politik den Schutz von Frauen vor sexualisierter Gewalt gestärkt. Jüngere Fälle zeigen jedoch deutlich, dass dies nicht ausreicht und Gesetzeslücken weit über digitale Gewalt hinaus bestehen.

In den sozialen Medien hat ein extrem traditioneller Hausfrauen-Lebensstil der 1950er-Jahre Konjunktur: Tradwives. Was ist da los?

Der Trend kommt aus dem englischsprachigen Raum und hat dort zur Popularisierung etwa der MAGA-Bewegung beigetragen. In Deutschland sind es vorwiegend extrem rechte Frauen, die diesen Trend aufgreifen und sich ein eigenes Betätigungsfeld schaffen, politisch wie wirtschaftlich. Ihre Selbstinszenierung als traditionelle Hausfrau kombiniert gängige Schönheitsideale mit politischer Botschaft. Ziel ist es, in den sozialen Medien Klicks zu generieren und der extremen Rechten ein weibliches Antlitz zu geben. Das Engagement extrem rechter Frauen im vorpolitischen Raum ist nicht neu: Schon früher brachten sie sich etwa im Kitabeirat oder bei Gemeindefesten ein. Mal offen, mal subtil vertraten sie rassistische oder queerfeindliche Positionen und suchten den Kontakt zu Menschen jenseits der Parteipolitik. Das ist heute gefährlicher als damals, weil die Ansprache in den sozialen Medien niedrigschwelliger ist als im lokalen Kitabeirat und mehr Menschen erreicht.

Dr. Juliane Lang arbeitet wissenschaftlich und in der politischen Bildung zu Themen rund um die extreme Rechte und Geschlecht. Seit Februar 2023 forscht sie als Principal Investigator und Projektleiterin zu Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen und der zeitgenössischen extremen Rechten (siehe www.projekt-gerdea.de).

Der besondere Tipp

Veranstaltungen

Perspektiven für bezahlbares Wohnen und nachhaltiges Bauen
25. Juni (Do), 17-18:30 Uhr
Heinrich-Böll-Stiftung

Grüner Wirtschaftstag 2026: Abhängigkeiten reduzieren
2. Juli (Do), 13-20 Uhr
Online und Heinrich-Böll-Stiftung (Livestream)

calendar.boell.de

Publikationen

Konzernatlas 2026
Der Atlas beleuchtet die Marktmacht der großen Konzerne vom Saatgut bis zum Supermarkt und zeigt auf, wie Politik und Bürger:innen diese Macht begrenzen können – für eine umweltverträgliche, sozial gerechte und nachhaltige Ernährung.
boell.de/konzernatlas

Bildung in der Einwanderungsgesellschaft
Nach Deutschland geflüchtete Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung. Dieses Policy Paper plädiert für eine Schulpflicht ab Tag eins und gibt Empfehlungen für eine phasenorientierte schulische Betreuung nach Unterbringungsart, damit eine optimale Förderung und Integration gelingen.
boell.de/de/2026/01/28/bildung-in-der-einwanderungsgesellschaft

Dossier

Erneuerung ermöglichen
Finanzpolitik und Sozialpolitik sind zwei entscheidende Politikfelder, um verloren gegangenes Vertrauen in staatliche Handlungsfähigkeit und die Demokratie zurückzugewinnen. Reformen können wirtschaftliche, staatliche und gesellschaftliche Erneuerung ermöglichen. In diesem Dossier bündeln wir Studien, Policy Papers und Gesprächsformate, die aus einem längeren Forschungs- und Dialogprojekt der Heinrich-Böll-Stiftung hervorgegangen sind.
boell.de/impulse-fuer-die-finanz-und-sozialpolitik

Tschernobyl: 40 Jahre nach der Katastrophe
Vierzig Jahre nach Tschernobyl riskiert Russland mit direkten Angriffen auf Atomkraftwerke in der Ukraine die nukleare Sicherheit im Osten Europas, zugleich halten viele Länder an der Atomkraft fest und planen neue Reaktoren. Das Dossier verbindet Rückblicke und aktuelle Debatten.
boell.de/tschernobyl-40-jahre-nach-der-katastrophe

Podcasts

Märkte, Macht und Emissionen
In der neuesten Folge »American Energy Dominance vs. Santa Marta« besprechen wir mit dem Wirtschaftshistoriker Adam Tooze die Ergebnisse der alternativen Klimakonferenz in Kolumbien und ob sich hier eine vielversprechende Alternative zu den UN-Weltklimakonferenzen abzeichnet, bei denen Fortschritte so schwer zu erreichen sind.

Pick Your Battles mit Lukas Scholle
In dieser Folge von spricht der Ökonom Lukas Scholle mit Vorstand Jan Philipp Albrecht u. a. darüber, wie sich Klimapolitik sozial oder unsozial auswirkt. Sie diskutieren über Gerechtigkeitslücken bei politischen Entscheidungen und darüber, was dafür oder dagegen spricht, große Immobilieneigentümer mehr in die Verantwortung zu ziehen.

Digital, kreativ, weiblich – Strategien der Gen-Z-Bewegungen
Weltweit gehen junge Menschen gegen autoritäre Regime, Korruption und wirtschaftliche Unsicherheit auf die Straße. Wir sprechen mit engagierten Frauen aus Nigeria, Nepal, Indonesien und Sri Lanka über Protest, Geschlechtergerechtigkeit, politische Teilhabe und die Frage, was die Gen Z weltweit verbindet.

Über den Tag hinaus
Dr. Imme Scholz und Jan Philipp Albrecht führen mit ihren Gästen spannende Gespräche mit direktem Bezug zur Stiftungsarbeit. In der neuesten Folge geht es mit der Juristin und HateAid-Co-Geschäftsführerin Josephine Ballon um sexualisierte Deepfakes und Hass im Netz.

boell.de/podcasts

Impressum

Herausgeberin
Heinrich-Böll-Stiftung e.V. – die grüne politische Stiftung
Schumannstraße 8, 10117 Berlin
T 030 – 2 85 34 – 0
F 030 – 2 85 34 – 109
info@boell.de
www.boell.de

Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Konzept und fachliche Beratung
Prof. Dr. Sebastian Bukow

Redaktion
Prof. Dr. Sebastian Bukow
Dr. Roman Schmidt, Bastian Hermisson

Art Direction / Gestaltung
State, Berlin
www.s-t-a-t-e.com

Titel-Illustration
Sonja Erb, Berlin

Druck
PIEREG Druckcenter Berlin GmbH

Papier
Umweltpapier + Umweltsiegel

Die Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung dürfen nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Bezugsbedingungen
Zu bestellen bei oben genannter Adresse. Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0
Fotos und Illustrationen wie angezeigt

bsky.app/profile/boell.de
facebook.com/boellstiftung
youtube.com/user/boellstiftung
soundcloud.com/boellstiftung
flickr.com/photos/boellstiftung
instagram.com/boellstiftung/

»Bürger sind Erwachsene und haben einen Anspruch darauf, als solche behandelt zu werden.«

Böll.Thema 26-1
Wir, die Republik

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über 100 Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der grünen politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit

den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 38 Auslandsbüros ist sie weltweit vernetzt. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

www.boell.de